Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3461

04.12.79

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

über die Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 3. bis 11. Oktober 1979 in Straßburg

Während der Herbsttagung (Zweiter Teil der 31. ordentlichen Sitzungsperiode) erörterte die Parlamentarische Versammlung des Europarates Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Empfehlungen und Entschließungen, die sich mit folgenden Themen befaßten:

— **Tätigkeitsbericht des Präsidiums,** des Ständigen Ausschusses sowie des Ausschusses für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und zur Öffentlichkeit.

Hierzu sprachen die Abg. Reddemann (S. 6), Frau von Bothmer (S. 6)

Die Versammlung nahm folgende Beschlüsse des Ständigen Ausschusses vom 28. Juni 1979 zur Kenntnis:

Empfehlung Nr. 866 betr. Datenschutz

Empfehlung 867 betr. Luftverschmutzung über große Distanzen und internationale Grenzen hinweg

Empfehlung 868 betr. vermißte politische Gefangene in Chile

Empfehlung 869 betr. Vorauszahlung des staatlichen Kindergeldes

Empfehlung 870 betr. Ratifizierung der Übereinkommen und Konventionen des Europarates

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0 22 21) 36 35 51

Empfehlung 871 betr. Folgemaßnahmen zu Empfehlungen der Versammlung und Beziehungen zum Ministerkomitee

Empfehlung 872 betr. Industrie-Archäologie

Empfehlung 873 betr. Anwendung und Revision des Europäischen Kodex für Soziale Sicherheit und seines Protokolls

Entschließung 696 betr. Anwendung der Datenverarbeitung in der Arbeit der Parlamente

Entschließung 697 betr. Einführung der automatischen Kupplung bei den europäischen Eisenbahnen

Entschließung 698 betr. die Lage der Flüchtlinge in Süd-Ostasien

Entschließung 699 betr. Organisation eines Kolloquiums über internationale Steuerumgehung und Steuerflucht

Entschließung 700 betr. Forstwirtschaft in Europa

Entschließung 701 betr. Menschenrechte-Preis des Europarates

— **Politische Fragen** (Das Flüchtlingsproblem in Süd-Ostasien; die Lage im Nahen Osten; die Lage im Iran)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Enders (S. 17), Frau v. Bothmer (S. 38), Büchner (Speyer) (S. 39), Dr. Vohrer (S. 39), Dr. Holtz (S. 39), Reddemann (S. 40)

Beschlüsse der Versammlung

Entschließung 705 betr. das Flüchtlingsproblem in Süd-Ostasien (S. 18)

Entschließung 706 betr. Hilfe für die Bevölkerung von Kambodscha (S. 19)

Entschließung 712 betr. die Lage im Iran (S. 42)

— **Sozialfragen und Gesundheit** (Internationales Jahr des Kindes; Kindesmißhandlung; Beteiligung der Öffentlichkeit bei Entscheidungen über Fluglärmangelegenheiten)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Schwencke (Nienburg) (S. 6), Büchner (Speyer) (S. 8)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 874 betr. eine Europäische Charta der Rechte des Kindes (S. 9)

Empfehlung 875 betr. Beteiligung der Öffentlichkeit bei Entscheidungen über Fluglärmangelegenheiten (S. 12)

— **Wanderarbeitnehmer, Flüchtlinge und Demographie** (23. Tätigkeitsbericht des Sonderbeauftragten des Europarates für nationale Flüchtlinge und Übervölkerung – Antwort der Versammlung; Zusammenarbeit für den Wiederaufbau von Nicaragua)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 876 betr. 23. Tätigkeitsbericht des Sonderbeauftragten des Europarates für nationale Flüchtlinge und Übervölkerung

Empfehlung 877 betr. Zusammenarbeit für den Wiederaufbau von Nicaragua

— **Rechtsfragen** (Friedliche Schlichtung von Streitfragen; 300. Jahrestagung der Habeaskorpusakte; der Personenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 878 betr. Friedliche Schlichtung von Streitfragen

Empfehlung 703 betr. 300. Jahrestag der Habeaskorpusakte

Empfehlung 879 betr. Personenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates

— **Verkehr** (24. und 25. Jahresbericht der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister [CEMT] – Antwort der Versammlung)

Hierzu sprach Abg. Lemmrich (S. 13)

Beschluß der Versammlung

Entschließung 704 betr. Antwort auf den 24. und 25. Jahresbericht der Europäischen Verkehrsminister (S. 14)

— **Kultur und Erziehung** (Erhaltung des europäischen architektonischen Erbes; das ländliche architektonische Erbe)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Schwencke (Nienburg) (S. 19), Dr. Müller (S. 21)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 880 betr. die Erhaltung des europäischen architektonischen Erbes

Entschließung 707 betr. die Rolle der nationalen Parlamente bei der Erhaltung des architektonischen Erbes

Entschließung 708 betr. die Rolle der kommunalen und regionalen Verwaltung bei der Erhaltung des architektonischen Erbes

Entschließung 709 betr. die Rolle unabhängiger Vereinigungen bei der Erhaltung des architektonischen Erbes

Empfehlung 881 betr. das ländliche architektonische Erbe (S. 23)

— **Wirtschaft und Entwicklung** (Bewertung der Auswirkungen von gewissen individuellen und korporativen Anreizen auf

Produktivität und Lebensstandard; Tätigkeitsbericht der OECD 1978 – Antwort der Versammlung; 6. und 7. Jahresbericht der Kernenergieagentur der OECD – Antwort der Versammlung)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Holtz (S. 15; 17; 24), Dr. Vohrer (S. 16; 27), Dr. Müller (S. 25)

Beschlüsse der Versammlung

Entschließung 710 betr. Tätigkeitsbericht der OECD 1978
Direktive 385 betr. Auswirkungen der Steigerung des Goldpreises

— **Wissenschaft und Technologie** (6. und 7. Jahresbericht der Kernenergieagentur der OECD – Antwort der Versammlung)

(Siehe: Wirtschaft und Entwicklung; der Bericht wurde in verbundener Debatte mit dem Tätigkeitsbericht der OECD 1978 behandelt.)

Beschlüsse der Versammlung

Entschließung 711 betr. 6. und 7. Jahresbericht der Kernenergieagentur der OECD (S. 31)

Direktive 386 betr. 5. Konferenz „Parlament und Wissenschaft"

— **Raumordnung und Gemeinden** (Ersuchen des Ministerkomitees um Stellungnahme zum Entwurf einer Europäischen Rahmenkonvention über grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene; Wasserverschmutzung im Rheinbecken)

Hierzu sprach Abg. Dr. Ahrens (S. 46)

Beschlüsse der Versammlung

Stellungnahme 96 betr. den Entwurf einer Europäischen Rahmenkonvention über grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene

Empfehlung 882 betr. die Wasserverschmutzung im Rheinbecken

Die Reden der deutschen Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung sind nachstehend mit Auszügen der betreffenden Beschlüsse der Versammlung abgedruckt.

Die Versammlung wählte den österreichischen Abg. Hesele zum Vizepräsidenten.

Den turnusmäßigen Bericht des Ministerkomitees trug dessen amtierender Vorsitzender, der norwegische Außenminister Knut Frydenlund, vor.

Zur Versammlung sprachen der spanische König, Juan Carlos I., Lord Hailsham of Saint Marylebone, Lord Chancellor des Vereinigten Königreiches, der jugoslawische Verkehrsminister und Vorsitzende der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister (CEMT), Ante Zelic, der Generaldirektor der OECD, Jonkheer Emile Van Lennep, der ägyptische Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten, Boutros Boutros-Ghali, und der israelische Außenminister Moshe Dayan.

Als Beobachter nahmen an der OECD-Debatte parlamentarische Delegationen aus Australien, Kanada und Finnland teil.

Bonn, den 18. Oktober 1979

Gerhard Reddemann, MdB
Sprecher

Dr. Manfred Geßner, MdB
Stellvertretender Sprecher

Mittwoch, 3. Oktober 1979

Tagesordnungspunkt:

Tätigkeitsbericht des Präsidiums, des Ständigen Ausschusses sowie des Ausschusses für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und zur Öffentlichkeit
(Drucksache 4416)

Berichterstatter: Abg. Adriaensens

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Mir ging es heute wie manchem unserer Kollegen: wir kamen in unser Haus des Europarats und fühlten uns etwas fremd. Nicht nur daß die Harmonie dieses Saales durch eine Fülle von neuen Tischen und Bänken in Barrikadenform außerordentlich gestört wurde; wir erlebten auch, daß Kollegen von uns mit recht profanen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Kollegen meiner Delegation mußten erfahren, daß neue Mitarbeiter dieses Hauses wohl eine Menge über das Europäische Parlament wußten, nicht aber ahnten, daß in diesem Hause des Europarats überhaupt ein Europarat existierte. Es wurde einigen verweigert, in die Garage des Hauses zu kommen, mit der Begründung, sie seien nicht Mitglied des Europäischen Parlaments und gehörten demgemäß nicht hierher. Wir erfuhren außerdem, daß eine vom Europarat einberufene Konferenz, die in diesem Plenarsaal stattfinden sollte, deswegen nicht durchgeführt werden konnte, weil für das Europäische Parlament Installationen vorgenommen wurden.

Herr Präsident, bitte, mißverstehen Sie mich nicht! Ich begrüße selbstverständlich außerordentlich, daß die Kollegen des Europäischen Parlaments hier nach Straßburg gekommen sind. Ich freue mich auch, daß sie in unserem Saal mit uns gemeinsam oder allein für die europäische Entwicklung arbeiten wollen. Aber ich habe ein wenig die Sorge – mit einigen anderen Kollegen —, daß aus dem erwarteten Nebeneinander ein Hintereinander geworden ist und daß bei diesem Hintereinander der Europarat an der letzten Stelle steht. Da bei uns das Sprichwort gilt, daß den letzten die Hunde beißen, wäre ich dankbar, wenn Sie, Herr Präsident, und Sie, Herr Generalsekretär, der **Verwaltung** dieses Hauses klarmachten, daß dies ein Haus für alle Europäer ist und nicht zuletzt das Haus der Parlamentarischen Versammlung des Europarats.

Frau von Bothmer (SPD): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich kann das, was Herr Roper soeben gesagt hat, nur unterstreichen. Es hat auch mich aufs äußerste erstaunt, daß es diesen beliebten Treffpunkt, die Pressebar, nicht mehr gibt. Auch hier wieder der Verlust eines Stükkes Geselligkeit und Gemeinsamkeit, die wir doch für unsere Arbeit so dringend brauchen.

Ich möchte nun auf den Bericht unseres Kollegen Adriaensens betreffend meinen Ausschuß zurückkommen. Erstens ist es natürlich meine Pflicht, daran zu erinnern, daß es an uns allen liegt, daß die **Öffentlichkeitsarbeit und die Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten** nicht nur am Rande behandelt werden, sondern daß auf diesem Felde wirklich etwas geschehen muß. Jeder einzelne von uns ist aufgerufen, da tätig zu werden.

Zweitens möchte ich bemerken, daß das Europäische Parlament gerade jetzt, nachdem es gewählt ist, im Mittelpunkt des Interesses der Presse steht – vorläufig auch noch deswegen, weil es dort Schwierigkeiten gibt, und die sind für die Presse immer interessant. Bei uns gibt es solche Schwierigkeiten in der Debatte eben nicht, und ich weiß auch nicht, ob ich sie uns wünschen sollte.

Ich möchte den neuen Generalsekretär, der die Probleme aus vergangenen Jahren ja sehr genau kennt, herzlich bitten, sich ganz besonders diesen Aufgaben zu widmen und uns zu helfen, damit nicht die Öffentlichkeitsarbeit für dieses Haus im Schatten des Europäischen Parlaments noch weiter zurückfällt und damit unsere nationalen Parlamente die Notwendigkeit dieser Versammlung – oder immerhin ihre nicht völlige Unwichtigkeit – akzeptieren lernen. Ich sage das so, weil ich weiß, daß in den nationalen Parlamenten und Regierungen immer sehr hohe Worte gesprochen werden, daß aber die Praxis nicht entsprechend aussieht. Das wollte ich zu diesem Punkt noch mit Nachdruck sagen. – Danke vielmals.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Generalsekretärs des Europarates, Dr. Franz Karasek

Tagesordnungspunkt:

Internationales Jahr des Kindes
(Drucksache 4376)

Berichterstatter: Abg. Tabone und Frau Havrøy

Kindesmißhandlung
(Drucksache 4387)

Berichterstatter: Abg. Frau Knight

Dr. Schwencke (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Während wir hier parlamentarisch reden, sterben Tausende von Kindern in der Dritten und Vierten Welt, weil sie nichts zu essen haben, werden Zehntausende von Kindern physisch mißhandelt überall in der Welt, und werden Hunderttausende von Kindern seelisch gequält, insbesondere in unserer hochindustrialisierten Welt, in einer Welt, wo die Leistung eher mit Quantität als mit Qualität zusammenhängt, in einer Gesellschaft, wo als Tugend gilt, auf den Status quo unserer Gesellschaft hinreichend abgerichtet zu sein.

Wenn wir uns dieses gesellschaftliche Dilemma nicht vor Augen halten, wird die Kontribution des Europarates, die mit diesem Bericht einen wesentlichen Fortschritt nehmen sollte, nicht den gebührenden Erfolg haben. Wir müssen daran denken, daß die eigentlichen Probleme dieser Gesellschaft damit zusammenhängen, daß das seelische Defizit unserer Kinder in dieser Leistungsgesellschaft unheimlich groß ist. Wenn wir nicht dagegen ankämpfen, werden wir nicht politisch dazu beitragen, daß die für die Zukunft unserer Kinder wirklich wichtigen Tugenden den gebührenden Rang erhalten; dann werden wir mit unserem Beitrag lächerlich dastehen und keinen Beitrag zum **Internationalen Jahr des Kindes** geleistet haben. Auf der Strecke bleiben dann die Tugenden, die als moralische Qualitäten zu entwickeln sind: die in diesem Bericht genannte „Solidarität", ferner, wie ich hinzufüge, Phantasie sowie die Fähigkeit zum Frieden. Ich glaube, dies sind die wichtigsten Qualifikationen, deren unsere Kinder für eine positive Zukunftsperspektive bedürfen.

Erklärungen und Deklarationen haben wir genug. Ich denke an die zehn Punkte der UNO-Erklärung, ich denke an die Beschlüsse der jeweiligen nationalen Komitees zum Jahr des Kindes, die eine Fülle von Maßnahmen vorsehen, und ich denke auch an die sicherlich notwendige und hilfreiche Europäische Charta für das Kind, an die der Ausschuß mit seiner Empfehlung denkt.

Aber eines ist sicher, muß sicher bleiben: Liebe kann man nicht einklagen und Geborgenheit auch in der Familie kann man nicht erzwingen. Wenn wir im Jahr des Kindes wirklich etwas zugunsten der Kinder ändern wollen, dann müssen wir uns selber ändern. Damit würden wir einen Beitrag leisten, auch die Gesellschaft zu verändern: Es geht um die Voraussetzung für die Emanzipation des einzelnen und um die Humanisierung der Gesellschaft. Das ist aber nur dann möglich, wenn wir selber dazu den wichtigsten Beitrag leisten.

Dies mag allzu persönlich klingen. Tatsächlich ist es aber ein Politikum sui generis. Sowenig Humanität erzwingbar ist – ich sagte es schon –, sosehr bedarf sie doch gewisser Voraussetzungen, die allein durch eine politische Entscheidung geschaffen werden können.

Von den vielen Notwendigkeiten greife ich einen Bereich heraus, der in dem Bericht selber nur am Rande und in der Empfehlung fast gar nicht vorkommt: den Bereich, den ich mit „Kultur" bezeichne. Ich werde Ihnen gleich sagen – in Anknüpfung an das, was unser Kollege Coutsocheras sagte –, was wir darunter im einzelnen verstehen. Es ist ja beinahe schon symptomatisch, oder tatsächlich nur ein Zufall (und kann diesem Haus sicherlich auch nicht vorgeworfen werden), daß in der Aufzählung von UNO-Erklärung und Sozial-Charta des Europarats die Kultur-Konvention fehlt, die eine der Möglichkeiten bietet, die Kreativität der Kinder zu vergrößern, die Chancen, sie in das Leben einzubinden, zu verbessern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir so viel – einige haben das nach meiner Auffassung sehr stark getan – von der Wärme der Familie reden, so dürfen wir nicht vergessen, daß die Familie ja nicht an sich, sondern nur in dem konkreten Umfeld ihres Lebens, des Wohnens, des Arbeitens gesehen werden kann. Was ich meine, ist Stadtteil-Kulturarbeit, ist die **Kulturpolitik**, die insbesondere in den Kleinstädten und in den Dörfern angeboten oder eben nicht angeboten wird. Dort zu leben und dort zu existieren, wo man sich mit seiner Umwelt identifizieren kann, dies zum Beispiel ist der Beitrag einer Kulturpolitik, die durch Kommunikation, Partizipation und Sozialisation geprägt und die in diesem Hause unter dem Stichwort „kulturelle Demokratie" entwickelt worden ist.

Woran denke ich? Ich denke daran, daß wir, mindestens durch den Anstoß des Jahres des Kindes, Stätten schaffen wie etwa Jugendmusikschulen, Kreativitätsschulen, daß wir mehr Angebote für Kinder in den Volkshochschulen haben, daß wir kreativitätsfördernde Maßnahmen in den Kindertagesstätten, in den Kindergärten verstärken.

Das Entscheidende, was gerade in den ersten Jahren der Kindheit wichtig ist, ist die Entwicklung zur Kreativität. Dies ist nach meiner Auffassung einer der wichtigsten politischen Beiträge, die wir zu leisten haben.

Wir müssen uns auch vorstellen, daß das Kind, ob man will oder nicht, ob man von dem Mut zur Erziehung sprechen will – und das in einem Kontext, der mir nicht sympathisch ist – oder es unterläßt, nur ein Drittel der Zeit in der Familie verbringt, während es zwei Drittel der Zeit in der Schule oder anderswo ist. Darum müssen wir gerade diesen Bereich der Öffentlichkeit humaner für die Kinder gestalten. Dieses ist auch der Tenor der Entschließung, die uns vorgelegt wird.

Ich gehe noch zwei Schritte weiter: Wenn wir hier unseren Beitrag leisten, leisten wir auch einen Beitrag für das Selbstverständnis derer in der demokratischen Gesellschaft, die dann nicht mehr Kinder oder Jugendliche, sondern Erwachsene sein werden. Das heißt, sie werden, wenn wir geholfen haben, ihre Kreativität zu entwickeln, zur politischen Kultur unserer Länder, unseres Erdteils ihren Beitrag leisten. Wenn wir eine solche Entwicklung nicht fördern, verkümmern sie, bleiben in einem Statusquo-Denken, in der Anpassung in einer Leistungsgesellschaft mit allen ihren Zwängen hängen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Politik ist von Moral getragen, wenn sie das fördert, was ich „politische Kultur" nenne.

In diesem Kontext gilt es den Versuch zu machen, Tugenden zu entwickeln, zu humanisieren. Liebe, Solidarität und Frieden sind dafür Voraussetzungen. Hierfür ist die Moral nur ein vorletzter Grund. Für mich ist unzweifelbar: Letzter Grund bei der Gestaltung menschlichen Zusammenlebens ist die Liebe und nicht die Moral. Dazu einen Beitrag zu leisten wäre eine adäquate Antwort auf das „Jahr des Kindes", eine Herausforderung, der wir noch nicht genug entgegengestellt haben.

Donnerstag, 4. Oktober 1979

Tagesordnungspunkt:

(Fortsetzung der Aussprache vom Vortage)

Schlußwort des Ausschußvorsitzenden:

Büchner (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die große Zahl der Redner und die engagierte Teilnahme an dieser Debatte hier im Plenum markierten keinen Unterschied gegenüber dem Stil und auch dem Engagement, womit im Ausschuß über dieses Thema geredet wurde. Ich habe dafür sehr zu danken: allen Rednern hier, aber auch unseren drei Berichterstattern, die eine schwierige Aufgabe hatten, weil sie die Überlegungen ihrer Berichte in einer Resolution zusammenfügen mußten. Gleichwohl glaube ich, Herr Präsident, daß der Anstoß gut war, zum **Jahr des Kindes** eine einzige Resolution vorzulegen.

Wir bekennen, daß unser Komitee dieses Thema mit sehr gemischten Gefühlen beraten hat. Wir fordern eine Charta für die Rechte der Kinder in Europa. Wir wissen aber gleichzeitig, daß es in der Welt Millionen von Kindern gibt, die heute morgen noch nicht wissen, ob sie an diesem Tag etwas zu essen haben werden. Wir wissen, daß es viele Kinder gibt, die oft die einfachste medizinische Betreuung entbehren müssen. Wir wissen, daß viele Kinder das erste Lebensjahr nicht überleben werden. Wir wissen, daß es Hunderttausende von Kindern gibt, die auf der Flucht und von ihren Eltern getrennt sind, Kinder, die Liebe, Geborgenheit und Heimat nicht kennen; oder auch Kinder, für die es wenig Hoffnung auf persönliche Freiheit und ein späteres Leben in einer demokratischen Ordnung gibt. Wir schämen uns vor diesen Kindern, weil wir in der Vergangenheit versagt haben und weil wir jeden Tag neu versagen. Wir schämen uns, und wir fordern die Regierungen und Mächte dieser Welt auf, das Jahr des Kindes nicht verstreichen zu lassen, ohne den Kampf gegen die größten Nöte, gegen Hunger, Armut, Krankheit und soziales Elend dieser Kinder aufzunehmen. Nicht nur jede Regierung muß sich an der Situation der Kinder in ihrem Lande messen lassen, sondern ich glaube, die gesamte menschliche Gesellschaft wird ihre großen Probleme nicht lösen können, wenn sie weiterhin an den Kindern versagt.

Wir wissen also, daß manche Forderungen, die wir für diese **Europäische Charta für die Rechte der Kinder** erheben, relativ unwichtig erscheinen mögen angesichts der großen existentiellen Not von Millionen Kindern in dieser Welt. Gleichwohl fordern wir diese Charta, und wir tun es auch in dem Wissen, daß es viele Kinder gibt, die glücklich heranwachsen können, denen Liebe und Zuneigung ihrer Eltern gehören, die materielle und psychische Not nicht kennen und die eine gute Ausbildung erhalten. Wir danken diesen Eltern, und wir danken den Verantwortlichen, die alles tun, um Kindern eine glückliche Gegenwart und eine glückliche Zukunft zu ermöglichen. Das Glück eines Kindes ist in der Tat ein Sonnenstrahl der Hoffnung unserer Gesellschaft in die Zukunft hinein.

Die Charta, die wir fordern, soll Normen beinhalten, an denen sich die politischen Bemühungen ausrichten. Nun sind viele Abänderungsanträge mit speziellen Forderungen vorgelegt worden. Ich habe dafür sehr viel Verständnis, aber ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, die Abänderungsanträge vorlegen und die nachher über diese Abänderungsanträge entscheiden, die großen politischen Leitlinien im Auge zu behalten und nicht unbedingt Einzelheiten, die sicherlich da oder dort wichtig sein mögen, in dieses Papier hineinbringen zu wollen auf die Gefahr hin, daß dann große Leitlinien verloren gehen.

Ich möchte vor der Verabschiedung alle Redner, die gestern dazu gesprochen haben, aber auch alle Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus darauf hinweisen, daß sie besondere Verantwortung für die Punkte, über die heute beraten und abgestimmt wird, auch im nationalen Parlament haben. Es kann ja sein, daß die Formulierung einer Charta noch eine gewisse Zeit dauert, aber zwischenzeitlich können wir uns, wenn wir heute ja zu diesen Forderungen sagen, im nationalen Rahmen schon mit unseren Handlungen daran orientieren. Ich glaube, es wäre absurd, Herr Präsident, würden wir hier die Erziehung zu Brüderlichkeit und Demokratie fordern, zu Hause aber nichts tun gegen die Prügelstrafe, die noch in vielen Schulen herrscht, würden wir hier eine ausreichende Ernährung fordern, da und dort aber die öffentlichen Mittel zum Beispiel für die Schulmilchversorgung streichen, würden wir uns hier für die Selbstentfaltung und bestmögliche Erziehung und Ausbildung von Kindern aussprechen, zu Hause aber nichts gegen das Prinzip tun: je kleiner die Kinder sind, desto größer können die Klassen sein, würden wir hier von Elternverantwortung reden, zu Hause aber weiterhin einen Elternrechtsbegriff pflegen, der den Zugriff der Eltern auf das Kind in einem persönlichen Eigentumsverhältnis so versteht, daß nicht nur die Möglichkeit besteht, das Kind zum Glück hin zu erziehen, sondern auch das Wehe des Kindes ausschließlich in die Hand der Eltern gelegt ist und daß die erste Begegnung eines jungen Menschen mit dem Staat vielleicht die mit der Polizei oder gar dem Richter und nicht einer Hilfsorganisation sein wird, würden wir hier gegen die Überforderung und den Zwang gegenüber Kindern im Leistungssport zu Felde ziehen, zu Hause aber vielleicht stolz sein auf die 15jährige Eisprinzessin oder den 16jährigen Schwimmweltmeister. Nein, meine Damen und Herren, an den Normen, die wir hier gemeinsam für richtig halten und die wir als Forderungen für eine Charta aufstellen, muß sich natürlich auch unser Handeln in den nationalen Parlamenten ausrichten.

Noch ein Appell für die Schlußabstimmung, meine Damen und Herren: Es mag ja sein, daß der eine oder andere Kollege der Meinung ist, manches sei nicht exakt genug gefaßt in dieser Resolution, die ja in zweifacher Hinsicht ein Kompromiß sein mußte. Zum einen mußten drei Berichte zusammengefaßt werden, zum anderen mußten sehr verschiedene – wen wundert es auf diesem Gebiet –, auch ideo-

logische Vorstellungen in Einklang gebracht werden. Manchem ist also manches nicht exakt genug. Dem anderen fehlt etwas in diesen Punkten. Manches ist vielleicht da und dort zuwenig betont. Ein anderes steht an einem falschen Platz und hat deswegen zuwenig Gewicht. Dies alles sind respektable Erwägungen. Sollten Sie aber eine solche Einzelerwägung zur Grundlage Ihres Verhaltens machen und sagen: ich kann deswegen den gesamten Bericht nicht billigen, dann würde ich das außerordentlich bedauern. Wir würden nämlich dann in der Summation solcher Einzelbedenken vielleicht zu dem Ergebnis kommen, daß dieser Europarat die Gelegenheit versäumt, einen wesentlichen Impuls im Jahre des Kindes zu geben. Ich bitte Sie, die Einzelbedenken gut zu erwägen, eventuell sogar zurückzustellen. Geben Sie freie Bahn für diesen Impuls! Es geschieht für unsere Kinder. – Danke schön.

Nach Erörterung und Abstimmung von 28 Änderungsanträgen wurde folgende Empfehlung angenommen:

Empfehlung 874

betr. eine Europäische Charta der Rechte des Kindes
Die Versammlung

1. berücksichtigt die Berichte des Ausschusses für Sozialordnung und Gesundheit über die rechtliche Stellung des Kindes und die kommerzielle Ausbeutung, über Gesundheitspflege und Kinderarbeit und über Kindesmißhandlung (Dok. 4376 und 4387);

2. verweist auf ihre Empfehlung 561 aus dem Jahre 1969 über den Schutz von Minderjährigen gegen Mißhandlungen und stellt mit Genugtuung fest, daß das Ministerkomitee den in dieser Empfehlung aufgestellten Richtlinien bei den intergouvernementalen Aktivitäten des Europarates Rechnung getragen hat;

3. verweist auf die Europäische Menschenrechtskonvention und die Europäische Sozialcharta;

4. berücksichtigt die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes vom 20. November 1959;

5. begrüßt den Beschluß der Vereinten Nationen, das Jahr 1979 zum Internationalen Jahr des Kindes (IJK) zu erklären, und vermerkt mit Genugtuung die Programme, die in den Entwicklungsländern von Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, wie z. B. UNICEF, eingeleitet wurden;

6. bringt die feste Hoffnung zum Ausdruck, daß das IJK und die daraus entstehenden Bemühungen den gesetzlichen Schutz der Kinder fördern, in der Öffentlichkeit das Bewußtsein für ihre Probleme und Bedürfnisse erhöhen und ihre Lebensbedingungen in allen Gebieten der Welt verbessern werden;

7. betont, daß die Lebenskraft einer Gesellschaft von den Möglichkeiten abhängt, die sie den jungen Generationen im Hinblick auf ein Wachstum und eine Entwicklung in Sicherheit sowie auf Selbstentfaltung, Solidarität und Frieden bietet;

8. ist sich bewußt, daß der größte Teil der Kinder die erforderliche Zuwendung und Pflege erhält, und ist sich ebenfalls bewußt, daß die Kinder in den Mitgliedstaaten des Europarates ein besseres Schicksal haben als diejenigen in den Entwicklungsländern, für die die Probleme des täglichen Überlebens, der Ernährung und der Unterkunft weiterhin akut bleiben;

9. ist überzeugt, daß die Situation der Kinder selbst in Westeuropa noch Verbesserungen erfordert, insbesondere dort, wo Armut und soziale Ungerechtigkeiten bestehen;

10. ist überzeugt, daß sie anläßlich des Internationalen Jahres des Kindes erneut unterstreichen muß, wie wichtig es ist, die Kinder vor Mißhandlungen zu schützen;

11. ist der Ansicht, daß körperliche Mißhandlungen oder seelische Grausamkeit gegenüber Kindern zu den abscheulichsten Formen der Mißhandlung gehören, die in irgendeinem Land stattfinden können;

12. ist der Meinung, daß man unter Mißhandlung nicht allein die körperliche Züchtigung der Kinder durch Eltern, Vormunde oder Aufsichtspersonen verstehen sollte, sondern daß es sich um ein umfassenderes Problem handelt, das alle physischen oder psychischen Mißhandlungen, mangelnde Pflege und Entzug von Liebe und Zuwendung einschließt;

13. vertritt die Ansicht, daß alle Mitgliedsregierungen einer Gesetzgebung Vorrang verleihen sollten, die die Kinder vor Mißhandlungen durch Eltern oder gesetzliche Vormunde schützt und in schweren Fällen den Entzug des Sorgerechts vorsieht;

14. ist sich der im allgemeinen ungeschützten Lage der Kinder, ihrer tatsächlichen Ausbeutung und der starken Zunahme der Aktivitäten im Bereich der „harten Pornographie" bewußt und weiß, daß diese Aktivitäten eine ganz besonders schmutzige Art des Geschäftemachens darstellen;

15. ist überzeugt, daß die öffentliche Darstellung von Gewalt, Kriminalität und Terrorismus in den Massenmedien eine ständige Gefahr für die Jugend darstellt;

16. vertritt die Ansicht, daß es in Europa zu viele Familien gibt, die in einem Zustand der äußersten Armut leben, und daß die Kinder der Vierten Welt mehr als andere unter dem Mangel an Nahrungsmitteln, ärztlicher Versorgung und sozialen Einrichtungen und unter der Unzulänglichkeit des Erziehungssystems leiden;

17. empfiehlt dem Ministerkomitee, unverzüglich geeignete Maßnahmen zur Schaffung einer Europäischen Charta über die Rechte des Kindes zu ergreifen, die so abgefaßt sein sollte, daß sie den Eltern ein Höchstmaß an Unterstützung bei der Erfüllung ihrer schwerwiegenden Verpflichtungen gewährt, und die sich u. a. von folgenden Prinzipien und Richtlinien leiten lassen sollte:

I. Allgemeine Prinzipien

a) Die Kinder dürfen nicht mehr als Eigentum ihrer Eltern betrachtet werden, sondern müssen als Individuen mit eigenen Rechten und Bedürfnissen anerkannt werden;

b) In den Regierungspolitiken und -programmen der Mitgliedstaaten muß die Bedeutung berücksichtigt werden, die Liebe und Zuwendung ebenso wie der Bedarf an materieller Unterstützung für die Kinder haben;

c) Um den Schulbesuch aller Kinder und insbesondere der am stärksten benachteiligten Kinder sicherzustellen, sollten die Unterrichtsprogramme und die Erziehung in den Mitgliedsländern im allgemeinen folgende Ziele haben:

— internationale Solidarität und Frieden

— Erziehung zur Demokratie

— Zusammenarbeit und Gleichheit

— Gleichberechtigung und Chancengleichheit unter den Geschlechtern

II. Die rechtliche Stellung des Kindes

a) Die Rechte der Kinder in ihrer Umgebung sollten dadurch geschützt werden, daß zu diesem Zweck ein offizielles Organ auf kommunaler Ebene geschaffen wird;

b) Der Rechtsstatus des Kindes innerhalb der Familie und bei den Institutionen sollte harmonisiert und stärker vereinheitlicht werden;

c) Der Begriff „elterliche Autorität" muß durch den Begriff „elterliche Verantwortung" ersetzt werden, wobei die Rechte des Kindes als individuellen Familienmitglieds klar definiert werden müssen;

d) Das gesetzlich anerkannte Recht des Kindes auf einen eigenen Rechtsbeistand (Pflichtverteidiger) im Falle von Konflikten zwischen den Eltern, wie z. B. Scheidungs- und Trennungsverfahren, muß verbessert werden; dieses Recht muß auf dem Prinzip basieren, daß die Interessen des Kindes eigenständig sind;

e) Es sollte bestätigt werden, daß die Kinder in Kriegszeiten einen angemessenen Schutz erhalten müssen, wie dies in der Genfer Konvention über den Schutz der Kriegsopfer aus dem Jahre 1949 vorgesehen ist.

III. Kindesmißhandlung

a) Sowohl Jungen als auch Mädchen sollten in den letzten Schuljahren auf die Elternrolle vorbereitet werden.

b) Die Bedürfnisse der Kinder von berufstätigen Müttern sollten berücksichtigt werden; wenn die Mutter aufgrund wirtschaftlicher Bedingungen gezwungen ist, für den Unterhalt ihrer Familie zu arbeiten, sollten subventionierte Einrichtungen, wie z. B. kommunale Kindertagesstätten, verfügbar sein; und die Gesellschaft sollte insofern eine Hilfestellung geben, als ein Elternteil, falls er es wünscht, die Möglichkeit haben sollte, sich ausschließlich der Versorgung und Erziehung der Kinder zu widmen, ohne wirtschaftlichen Zwängen ausgesetzt zu sein;

c) Lehrer und andere Personen, die in regelmäßigem Kontakt mit Kindern stehen und häufig feststellen, daß eine Familie sich in einer schwierigen Phase befindet, sollten das Sozialamt benachrichtigen;

d) Die im Bereich der Kinderfürsorge tätigen Personen sollten durch gesetzliche Bestimmungen ermutigt werden, das Sozialamt zu benachrichtigen, sobald ein Verdacht auf Kindesmißhandlung besteht, und andere Personen ebenfalls zu veranlassen, in ähnlichen Fällen mit den zuständigen Sozialbehörden in Verbindung zu treten;

e) Maßnahmen sollten getroffen werden, um die Zusammenarbeit zwischen Angehörigen aller Berufsgruppen, die mit Kinderfürsorge befaßt sind, wie z. B. Lehrern, Vorschulerziehern, Psychologen, Sozialarbeitern, Juristen und Polizeibeamten, im Hinblick auf die Kindesmißhandlung zu verbessern;

f) Angesichts der Bedeutung einer Früherkennung sollte es in allen Mitgliedstaaten zur Pflicht gemacht werden, die vorhandenen Kenntnisse über die Kindesmißhandlung in die Ausbildung aller Berufsgruppen, die sich mit Kindern befassen, einzubeziehen.

IV. Prostitution und Pornographie

a) Eine gesunde und verantwortungsbewußte Haltung gegenüber sexuellen Fragen muß dadurch gefördert werden, daß objektive Informationen über die Familie, Empfängnisverhütung und Geschlechtskrankheiten bereitgestellt werden;

b) Besondere Aufmerksamkeit sollte allen Beziehungen geschenkt werden, die zwischen Kinderprostitution, organisierter Kriminalität und Rauschgifthandel existieren können, und es sollte berücksichtigt werden, daß eine liberale Haltung gegenüber den sogenannten „weichen Drogen" äußerst negative Folgen haben kann (siehe Empfehlung 609 der Versammlung);

c) Es sollten strenge Gesetze und Vorschriften verabschiedet werden, um die Kinderpornographie zu beseitigen, und die diesbezügliche Gesetzgebung der Mitgliedstaaten sollte harmonisiert werden;

V. Kinderarbeit

Die Kinderarbeit, die trotz der anhaltenden Arbeitslosigkeit in den Mitgliedsländern zunimmt, muß so geregelt werden, daß das Kind gegen Ausbeutung, gegen Gefährdung seiner Gesundheit und gegen Praktiken geschützt wird, die seiner Erziehung und seiner physischen, moralischen und geistigen Entwicklung Schaden zufügen; zu diesem Zweck müssen insbesondere folgende Rechtsgrundsätze verwirklicht werden:

a) Das Verbot der Vollzeitbeschäftigung für Jugendliche unter 16 Jahren muß ein Ziel aller Mitgliedstaaten werden, das innerhalb der nächsten vier Jahre zu erreichen ist, und in der Zwischenzeit sollten alle Mitgliedstaaten Artikel 7 der Europäischen Sozialcharta, der das Mindestalter für die Zulassung zu einer Beschäftigung festsetzt, akzeptieren und anwenden;

b) Die sogenannte „Gelegenheitsarbeit" oder Arbeit in einem Familienbetrieb muß streng geregelt werden und darf in keiner Weise den Schulbesuch und die normale Entwicklung des Kindes beeinträchtigen;

c) Die europäischen Normen im Hinblick auf ein Mindestalter für die Zulassung zu einer Beschäftigung sollten ebenfalls auf die im Ausland tätigen europäischen Unternehmen Anwendung finden;

d) Da die Eltern in erster Linie für die Arbeit der Kinder verantwortlich sind, sollten die zuständigen öffentlichen Stellen sie regelmäßig über die geltenden Gesetze, die Gefahren und Folgen der Kinderarbeit informieren;

VI. Sozial- und Gesundheitsschutz

a) Die Rechte eines jeden Kindes auf Leben vom Augenblick der Empfängnis an, auf Unterkunft, ausreichende Nahrung und eine geeignete Umwelt sollten anerkannt werden, und die nationalen Regierungen sollten die Verpflichtung übernehmen, eine vollständige Verwirklichung dieser Rechte sicherzustellen;

b) Das Recht auf eine angemessene Pflege, einschließlich wirksamer Maßnahmen gegen Krankheit und Unfälle, und auf eine angemessene ärztliche Versorgung sollte sichergestellt sein;

c) Alle Mitgliedsregierungen sollten Systeme zur obligatorischen und kostenlosen Gesundheitskontrolle für Kinder einrichten;

d) Gebührende Aufmerksamkeit sollte dem Schutz gegen Mißbrauch von Medikamenten, Tabak und Alkohol und der Werbung für diese Produkte in Radio und Fernsehen geschenkt werden;

e) Das Recht der behinderten Kinder auf umsichtige Pflege, angemessene Ausbildung und Erziehung sollte gewährleistet werden; die Probleme von Kindern bei langfristigen Krankenhausaufenthalten sollten dringende Beachtung finden; die Organisation von freiwilligen Besuchsprogrammen unter Inanspruchnahme der Werbung hierfür in den Massenmedien und durch andere Verfahren sollte ins Auge gefaßt werden.

VII. Sport

a) Es sollte sichergestellt werden, daß Leistungssport eine freiwillige Betätigung bleibt, daß in dieser Hinsicht keinerlei Zwang ausgeübt wird und daß die menschliche Würde unter allen Umständen respektiert wird;

b) Um die Gefahren für die Gesundheit und Nachteile in der Ausbildung zu verringern, sollten die Trainingsmethoden und -zeiten durch Vorschriften geregelt werden;

c) Die Anwendung bestimmter Medikamente, die das Wachstum vorzeitig zum Stillstand bringen oder die sexuelle Entwicklung beeinträchtigen können, sollte überwacht werden;
die Dopingtests bei Wettbewerben sollten verstärkt durchgeführt werden;

d) Die Möglichkeit für behinderte Kinder, an sportlichen Aktivitäten teilzunehmen, sollte verbessert werden;

18. Empfiehlt dem Ministerkomitee ferner, die Parlamentarische Versammlung über den Inhalt der vorgeschlagenen Europäischen Charta über die Rechte des Kindes zu konsultieren.

Tagesordnungspunkt:

Beteiligung der Öffentlichkeit bei Entscheidungen über Fluglärmangelegenheiten

(Drucksache 4375)

Berichterstatter: Abg. Onslow

Schlußwort des Ausschußvorsitzenden:

Büchner (SPD): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich nach diesen beiden Beiträgen recht kurz fassen: Wenn sich auch weniger Kollegen als am Vormittag an der Debatte beteiligt haben, so steht doch fest, daß es wohl kaum einen Abgeordneten dieser Versammlung gibt, der nicht in der letzten Zeit in seinem Wahlkreis verstärkt mit den berechtigten Klagen der Bevölkerung über wachsenden **Fluglärm** befaßt wurde. Oft

sind diese Klagen sehr emotional und manchmal auch extrem.

Wer hätte allerdings dafür kein Verständnis, wenn gerade durch tieffliegende Militärflugzeuge ein kleines Kind aus dem Mittagsschlaf gerissen wurde oder wenn ein solches tieffliegendes Flugzeug die Scheiben zum Klirren gebracht hat und ältere Leute dadurch an Flugzeugangriffe aus dem letzten Krieg erinnert wurden? Oft entsteht durch solche Ereignisse eine emotional begründete Feindschaft zu Militärischem überhaupt.

Ich meine allerdings: Beim Ärgernis darf es nicht bleiben. Deswegen hat der Ausschuß für Soziales und Gesundheit die Initiative und die Arbeit von Herrn Kollegen Onslow sehr begrüßt, die darauf ausgerichtet sind, die Entscheidungen zu demokratisieren und das notwendige Verständnis auf beiden Seiten zu fördern, auf der einen Seite das Verständnis für die unabdingbaren und unabwendbaren Notwendigkeiten des zivilen und militärischen Flugbetriebs, auf der anderen Seite aber auch das Verständnis für die berechtigten Forderungen der Bürger, die Belästigungen so niedrig wie möglich zu halten.

Besonders beim Ausbau und Neubau von Flughäfen scheint uns noch ein Defizit an Konsultation zu bestehen. Außerdem sind bei manchen Projekten die primären und sekundären Schutzmaßnahmen noch wesentlich verbesserungsfähig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen dieses Thema nicht nur Experten überlassen, obwohl wir natürlich auf den Rat und die Erklärungen der Experten angewiesen sind. Wir müssen die betroffene Bevölkerung in die Konsultationen und in die Entscheidungen mit einbeziehen. Wir werden gemeinsam lernen müssen, daß das mit Recht gewachsene ökologische Bewußtsein der Bevölkerung auch den Verzicht auf den ungebremsten Ausbau des Flugbetriebes, sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich, einschließt.

Ich glaube, zur Bewußtmachung dieser Fragen leistet der vorliegende Bericht einen wichtigen Beitrag. Die Kommission für Soziales und Gesundheit bittet um Ihre Zustimmung.

Empfehlung 875

betr. die Mitwirkung der Öffentlichkeit an der Entscheidungsbildung in Fluglärmangelegenheiten

Die Versammlung

...

...

5. empfiehlt dem Ministerkomitee, die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern:

   i) auf satzungsgemäßer Grundlage auf allen wichtigen nationalen und internationalen Flughäfen in Europa einen beratenden Ausschuß einzusetzen, der damit betraut ist, im Interesse der örtlichen Bevölkerung für eine möglichst umfassende Konsultierung und einen möglichst umfassenden Informationsaustausch über die Auswirkung des Fluglärms sowie über den Betrieb des Flughafens und seinen gesamten Service zu sorgen und sicherzustellen, daß die Benutzer des Flughafens, die Beschäftigten des Flughafens und der Luftverkehrsgesellschaften und – in der geeignetsten Form – die Anwohner sowie die Geschäftsführer des Flughafens und der Luftverkehrsgesellschaften und die technischen Behörden, die für die Zivilluftfahrtpolitik und die Luftverkehrskontrolle verantwortlich sind, in diesen beratenden Ausschüssen vertreten sind;

   ii) ohne vorherige Umfrage in der Öffentlichkeit keine Entscheidung über bedeutende Erweiterungen irgendeines Zivilflughafens oder den Bau eines neuen Zivilflughafens zu fällen;

   iii) zur Information der kommunalen Behörden – vor allem der Raumordnungsplaner – und der allgemeinen Öffentlichkeit sowie der Luftverkehrsgesellschaften, die den betreffenden Flughafen benutzen, regelmäßig und so früh wie möglich Vorhersagen über bedeutende Verkehrszuwachsraten auf allen wichtigen Zivilflughäfen zu veröffentlichen;

   iv) auf allen öffentlich zugelassenen Flughäfen wirksame Verfahren zur Behandlung von Klagen über Fluglärm durch Angehörige der breiten Öffentlichkeit auszuarbeiten;

   v) die Militärbehörden zu ersuchen, auf allen Militärflugplätzen Vorkehrungen zu treffen, um die Anwohner rechtzeitig über alle Änderungen in bezug auf Art oder Intensität der Flugbewegungen, die zusätzliche Lärmbelästigung verursachen könnten, in Kenntnis zu setzen, und die Wünsche der lokalen Bevölkerung bei der Festlegung der Flugpläne und -zeiten des jeweiligen Flugplatzes soweit wie möglich zu berücksichtigen;

   vi) dafür Sorge zu tragen, daß die jeweils betroffene Bevölkerung immer konsultiert wird, wenn der Bau oder die Vergrößerung eines Militärflugplatzes beabsichtigt ist, und denjenigen einen angemessenen Ausgleich zu bieten, die von diesen Arbeiten beeinträchtigt werden;

   vii) wirksame Vorkehrungen zu treffen, um alle beabsichtigten Änderungen bezüglich der Pläne und Zeiten für Niedrigflüge, insbesondere wenn eine eindeutige Erhöhung der Anzahl dieser Flüge vorgesehen ist, aber auch jede größere Aktivität an Wochenenden oder zwischen Sonnenaufgang und Sonnenuntergang rechtzeitg anzukündigen und diese Pläne nach Möglichkeit so zu gestalten, daß vernünftige Einwände von Anwohnern berücksichtigt werden;

viii) umfassende Konsultationsverfahren einzurichten, um die Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit weiterer Maßnahmen zur Abschwächung der Auswirkung von Fluglärm, einschließlich von Nachtsperrstunden, Anbringung von Doppelverglasung zur Lärmisolierung, Verbesserung der Flugwege und unterschiedlicher Landegebühren, zu erörtern, um die Luftverkehrsgesellschaften zum Kauf geräuschärmerer Flugzeuge zu veranlassen;

ix) die bestehenden Flugwege zu überprüfen, um eine Beschädigung historischer Denkmäler zu vermeiden, und sicherzustellen, daß die Stellungnahmen unabhängiger Denkmalschutzverbände bei der künftigen Entwicklung des Luftverkehrs berücksichtigt werden.

Tagesordnungspunkt:

23. Tätigkeitsbericht des Sonderbeauftragten des Europarates für nationale Flüchtlinge und Übervölkerung – Antwort der Versammlung

(Drucksache 4395)

Berichterstatter: Abg. Dejardin

Tagesordnungspunkt:

Zusammenarbeit für den Wiederaufbau von Nicaragua

(Drucksache 4397)

Berichterstatter: Abg. Frau Gradin

Tagesordnungspunkt:

Friedliche Schlichtung von Streitfragen

(Drucksache 4406)

Berichterstatter: Abg. Grieve

Freitag, 5. Oktober 1979

Tagesordnungspunkt:

300. Jahrestag der Habeaskorpusakte

(Drucksache 4407)

Berichterstatter: Abg. Grieve

Tagesordnungspunkt:

Der Personenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates

(Drucksache 4405)

Berichterstatter: Abg. Pires

Tagesordnungspunkt:

24. und 25. Jahresbericht der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister (CEMT) – Antwort der Versammlung

(Drucksachen 4282, 4379, 4408)

Berichterstatter: Abg. Desmond

Lemmrich (CDU/CSU): Herr Präsident! Beim Lesen der neuen Berichte der **Europäischen Verkehrsministerkonferenz** fällt dem Leser früherer Berichte auf, daß seit Jahren dieselben Probleme behandelt werden, ohne daß sich Lösungen abzeichnen. Ohne gemeinsame europäische Lösung sind aber eine Reihe wichtiger nationaler Probleme nicht zu bewältigen. Leider muß festgestellt werden, daß sich manche verkehrspolitischen Probleme, z. B. die Wettbewerbsverzerrungen, zusätzlich verschärft haben und daß sich die Energiefrage zu einem sehr brennenden Problem entwickelt hat.

Zur Problematik der **Wettbewerbsverzerrungen** gehört auch die von Österreich eingeführte Straßenverkehrssteuer. Daß Österreich als Transitland in den Alpen besonders hohe Kosten für Straßenbau und Straßenunterhalt aufbringen muß, bezweifelt niemand. Es verschließt sich auch niemand der Einsicht, daß Österreich sich dafür beim Kraftverkehr Finanzquellen erschließen muß. Die neue österreichische Straßenverkehrssteuer ist jedoch von ihrer Struktur her so beschaffen, daß sie bei scheinbarer Gleichbehandlung österreichischer und ausländischer Kraftwagen den österreichischen einen Vorteil gibt. Damit ist im europäischen Verkehr eine neue Wettbewerbsverzerrung geschaffen worden.

Dieser Effekt ergibt sich daraus, daß die österrreichische Straßenverkehrssteuer nicht nur pro Fahrt, sondern auch pauschaliert gezahlt werden kann. Halter von Lastkraftwagen, die viel fahren, zahlen die Steuer pauschal, was gegenüber der Zahlung der Steuer für Einzelfahrten zu Ersparnissen führt und auch den Anreiz gibt, möglichst viel auf der Straße zu transportieren. Die Halter österreichischer Lastkraftwagen zahlen die Steuer fast alle pauschaliert und sparen damit Kosten, während die Halter ausländischer Fahrzeuge, die ab und zu die Transitstrecke durch Österreich benutzen, durch die höhere Steuer für Einzelfahrten um vieles stärker mit Kosten belastet werden. Es soll sogar österreichische Spediteure geben, die aus diesem Sachverhalt gute Geschäfte machen, indem sie ihren Kunden die Steuer für Einzelfahrten berechnen, während sie selbst die niedrigere pauschalierte Steuer zahlen.

Die dadurch erzielten Gewinne sind beträchtlich. Für solche Spediteure ist die Steuer keine Belastung, sondern ein Geschenk; sie sagen es sogar hinter vorgehaltener Hand.

Das System der Steuer sollte daher von Österreich überprüft werden mit dem Ziel, diese erneut eingetretene europäische Wettbewerbsverzerrung abzubauen. Es ist jedoch notwendig, daß für Transitländer – wie Österreich, aber auch mein Land, die Bundesrepublik Deutschland, eines ist – europäische Lösungen gefunden werden. Natürlich ist das für ein Land wie Österreich, das teure Gebirgsstraßen bauen muß, ein besonders brennendes Problem. Eine europäische Lösung könnte darin bestehen, daß sich andere Länder, deren Fahrzeuge diese Straßen benutzen, an den Investitionskosten beteiligen.

Dieser Vorgang zeigt aber auf der anderen Seite auch, daß man bei der Lösung des schwerwiegenden Problems der Wegekosten und der Wettbewerbsverzerrungen, das der Präsident der Konferenz ja dargelegt hat, bisher um nichts weitergekommen ist. Es liegt auf der Hand, daß dieses Problem unbedingt gelöst werden muß. Ich weiß sehr wohl, daß auch in diesem Haus seit 20 Jahren darüber geredet wird; aber es wird eben nur geredet, geschehen ist nichts.

An dieser Stelle darf ich auch auf das eingehen, was der Präsident der Konferenz hinsichtlich der maximalen Liberalisierung gesagt hat. Für mein Land kann eine weitere Liberalisierung nur dann in Frage kommen, wenn die Wettbewerbsverzerrungen abgebaut und die Wettbewerbsbedingungen harmonisiert werden. Das ist für jedes Transitland eine existentielle Frage. Solange es auf diesem Gebiet keine Fortschritte gibt, kann es auch im Bereich weiterer Liberalisierung im Straßengüterverkehr keinen neuen Schritt geben.

Der Hoffnung, durch eine derartige Straßengüterverkehrssteuer Verkehre von der Straße auf die Schiene zu verlagern, sind so lange enge Grenzen gesetzt, solange u. a. die Leistungsfähigkeit, die Schnelligkeit und Flexibilität der **Eisenbahnen** nicht wesentlich verbessert werden.

Wenn ich an den Nord-Süd-Verkehr denke, muß ich sagen, daß eine so wichtige europäische Eisenbahnstrecke wie die Brenner-Eisenbahn einfach in einem unzureichenden Zustand ist. Ein schneller Neubau ist in europäischem Interesse unerläßlich. Es sollte eine europäische Gemeinschaftsleistung werden.

Unerläßlich für den Eisenbahnverkehr ist es aber auch – und das darf ich bei dieser Gelegenheit auch einmal anführen –, daß auf den italienischen Eisenbahnstrecken nicht ständig gestreikt wird. Nur wenn der Nord-Süd-Eisenbahnverkehr zeitlich berechenbar wird, werden sich mehr Kunden dieser Eisenbahnverbindungen bedienen. Auch die Zuverlässigkeit gehört zu einer modernen Eisenbahn, die wir im Blick auf die vor uns liegenden Energieprobleme mehr denn je benötigen werden. Es muß eine neue, eine schnellere, eine flexiblere Eisenbahn sein; denn sonst wird man auch mit allen Bemühungen in Richtung Huckepack-Verkehr und Container-Verkehr nicht den Durchbruch erzielen, den sich alle erhoffen. Angesichts seines Volumens muß der Straßenverkehr augenscheinlich Vorteile haben. Die Bahn muß große Anstrengungen unternehmen, um ihnen erfolgreich begegnen zu können. Das scheint mir möglich zu sein.

Lassen Sie mich noch ein Wort zum Problem von **Energie und Verkehr** sagen: Die Problematik des Mineralölverbrauchs in der Verkehrswirtschaft kann nur im Zusammenhang des gesamten Energieverbrauchs betrachtet werden. Mineralöl ist für alle mobilen Verbrennungsanlagen – ich darf das einmal so sagen –, Autos, Baumaschinen und was sonst noch alles fährt oder sich bewegt, bisher der günstigste Energieträger. Bei ortsfesten Verbrennungsanlagen sollte man das Öl, wo es nur geht, ersetzen. Dann wird man Zeit gewinnen, um für das Verkehrswesen auch andere Energiequellen zu finden.

Ein gut funktionierendes Verkehrswesen mit günstigen Transportpreisen ist für das Wohlergehen der Staaten Europas und seiner Völker von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die europäische Zusammenarbeit kann im Bereich des Verkehrswesens zu noch größerer Effizienz führen. Daher bitte ich die europäischen Verkehrsminister, in ihren Anstrengungen nicht nachzulassen, gemeinsame Lösungen im Bereich der Verkehrspolitik zu finden und, vor allen Dingen, zu verwirklichen.

Entschließung 704

betr. die Antwort auf den 24. und 25. Jahresbericht der Europäischen Verkehrsministerkonferenz (ECMT)

Die Versammlung

...

...

13. fordert die ECMT auf, dem Ausbau des Schienen- und Binnenschiffahrtsverkehrs, der weniger Energie verbraucht als andere Verkehrsmittel, Vorrang zu verleihen und insbesondere einen kombinierten Schienen/Straßenverkehr zu fördern;

14. fordert die ECMT dringend auf:

    i) eine Kosten/Nutzen-Analyse der verschiedenen Beförderungsarten durchzuführen und dabei die erforderlichen Investitionen, Sozial- und Energieaufwendungen und die Auswirkung auf die Umwelt zu berücksichtigen, um eine fundierte politische Entscheidungsbildung zu ermöglichen;

    ii) Mittel und Wege zu finden, um insbesondere unter dem sozialen Aspekt objektive Wettbewerbsbedingungen zwischen dem Straßen- und Schienenverkehr zu schaffen und dabei die Auswirkungen des Transitverkehrs auf die Bevölkerung und Umwelt der Transitländer gebührend zu berücksichtigen;

iii) ihre Arbeiten in Transitfragen aktiv zu verfolgen, um die Behinderungen des internationalen Straßenverkehrs zu verringern und einen weiteren Anstieg der multilateralen Kontingente zu ermöglichen;

iv) ihre Bemühungen um Verbesserungen im Bereich des städtischen Verkehrs fortzusetzen, insbesondere im Hinblick auf eine Förderung der öffentlichen Verkehrsmittel in großen Städten und zwischen ländlichen und städtischen Gebieten;

15. unterstützt die Bemühungen der ECMT um eine Lösung im Hinblick auf die Terminabstimmung für Beginn und Ende der Sommerzeit in den Mitgliedsländern und um Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses zu Beginn und Ende der Sommerferienzeiten;

16. bedauert, daß der Europarat nicht in der Lage war, zusammen mit der ECMT im Jahre 1979, dem Jahr des Kindes, eine dritte gemeinsame Konferenz über den Verkehrsunterricht in Schulen zu veranstalten, und hofft, daß diese Konferenz 1980 stattfinden wird;

17. beglückwünscht die ECMT zu ihrer Initiative im Hinblick auf die Definition von Maßnahmen, die behinderten Personen eine größere Bewegungsfreiheit ermöglichen sollen.

Tagesordnungspunkt:

Bewertung der Auswirkung von gewissen individuellen und korporativen Anreizen auf Produktivität und Lebensstandard

(Drucksache 4384)

Berichterstatter: Abg. Sir Frederic Bennett

Dr. Holtz (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sir Frederic, Sie haben recht: Dieser Bericht ist umstritten. Ich meine, daß er nicht eine objektive Analyse darstellt, sondern sicher auch zum Teil mit Elementen eines Glaubensbekenntnisses vermischt ist. In weiten Thesen und Passagen findet er nicht meine Zustimmung.

Ich möchte dem spanischen Kollegen sagen, daß der zuständige Wirtschafts- und Entwicklungsausschuß nicht über den Bericht insgesamt, sondern über den Resolutionsentwurf abgestimmt hat, den wir jetzt hier diskutieren.

Die Hauptthese des Berichts lautet: Der Kapitalismus ist das wirksamste Mittel, um zu einer immer reicheren Gesellschaft zu kommen. Sicher haben Sie diese These auch als eine wohlfeile ideologische Waffe für sich im Kampf gegen diejenigen, die andere Auffassungen oder nuanciertere Auffassungen vertreten, begriffen. Ergänzend fügen Sie hinzu, daß der **Kapitalismus** besonders dann zu besseren Resultaten führe, je niedriger die Steuerquote, je niedriger die staatliche Intervention und je höher die individuellen und kollektiven Anreize seien.

Der Hauptmangel dieses Berichts besteht meines Erachtens darin, daß diese Hypothesen nicht ausreichend belegt sind. Sie werden im Bericht mehr oder weniger als apodiktische Wahrheiten vorgetragen. Ich will in sechs Punkten deutlich machen, wo ich die Mängel, die Unvollständigkeiten, dieses Berichtes sehe:

Erstens. Es gibt Gesellschaften, die ein ähnliches **Steuersystem**, die ein ähnliches Anreizsystem für Investitionen oder für persönliche Arbeitsleistungen haben, die einen vergleichbaren Grad von Staatsinterventionismus aufweisen und dennoch zu unterschiedlichen Wirtschafts- und Sozialresultaten kommen. — Dafür fehlt die Erklärung.

Zweitens. Der Bericht würdigt nicht Faktoren wie z. B. klimatische Verhältnisse, Mentalitätsstrukturen, ideologische, auch religiöse Vorstellungen, die die Bevölkerung z. B. in ihrer Arbeitsethik beeinflussen. Er würdigt nicht die Tatsache, daß in vielen Ländern der Welt – und Sie führen Statistiken über eine Reihe von Staaten an – gar keine Schicht oder Klasse kapitalistischer Unternehmertypen besteht.

Drittens. Nicht berücksichtigt ist die Tatsache, daß manche Länder Teile ihres Wohlstandes der Tatsache verdanken, daß sie bis zu einem gewissen Grade auf Grund eines Wirtschafts-, Handels- und Währungssystems, das die einen in einigen Bereichen etwas besserstellt und die anderen benachteiligt, andere Länder übervorteilen. Ich weiß, Sir Frederic, daß Sie einige kurze Hinweise gegeben haben, etwa zu meinem zweiten Kritikpunkt. Ich halte sie aber für keinesfalls ausreichend.

Viertens. Eine Reihe von Statistiken – und da bin ich anderer Auffassung als der, die Sie gerade vorgetragen haben – ist in ihren Definitionen zu unscharf. Man kann für einige Staaten nicht eine einheitliche Steuerquote angeben. Stig Alemyr, der Vorsitzende dieser Kommission, hat deutlich gemacht, daß man für Schweden zwar eine bestimmte Quote für die Reichssteuer angeben könne, die kommunalen Steuerquoten aber wegen unterschiedlicher kommunaler Steuerarten verschieden seien. Dies ist in den Statistiken hier eben nicht berücksichtigt.

Fünftens. Zuwenig ins Blickfeld rücken auch die Arbeitsbeziehungen, das heißt die Beziehungen und Bedingungen, die zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen. Ich meine etwa das große Feld der für uns Sozialdemokraten wichtigen Fragen der **Wirtschaftsdemokratie.** Die politische Demokratie muß eine natürliche Ergänzung in einer wirtschaftlichen Demokratie finden. Ich vermisse in Ihrem Bericht die Darstellung der gleichgewichtigen Faktoren Arbeit und Kapital.

Sechstens. Staatsinterventionismus hat in vielen Fällen gerade für die ärmsten Bevölkerungsschichten zu positiven Resultaten geführt.

So knapp und formelhaft sind also sozio-wirtschaftliche Resultate nicht zu erklären. Die Verfas-

ser des Resolutionsentwurfs sind sich in vielen Punkten dieser Kritik auch bewußt. Ich will das nicht im einzelnen vortragen, um Ihrer Bitte zu entsprechen, Herr Präsident, die Redezeiten abzukürzen. Immerhin darf ich darauf hinweisen, daß in den Punkten 4, 5 und auch 7 dieser Kritik Rechnung getragen wird. Vor allem was den Punkt 6 angeht, so haben wir seinerzeit bei der Mini-Session in Stockholm in der Ausschußsitzung gesagt, daß es sich bei dem, was Sie hier vortragen, nicht um objektive Tatsachen handelt, sondern um Hypothesen. Hypothesen sind es, die im Bericht dargestellt werden. Sie selber haben der Ziffer 8 des Resolutionsentwurfs zugestimmt, worin es heißt, daß weitere Studien objektiver Art bei der OECD notwendig sind.

Deswegen verstehe ich überhaupt nicht das von Herrn Jessel und mehreren seiner Kollegen vorgelegt Amendement Nr. 3, wonach die bisher vorgesehene Fassung der Ziffer 6 durch einen anderen Text ersetzt werden soll; dort ist dann nicht mehr von Hypothesen die Rede, sondern von Tatsachen. Es heißt im französischen Text: „Estimant ...", „Notant ...", sogar „Convaincue ...". Das hieße, man ist überzeugt, und wenn man überzeugt ist, dann muß man im Besitze des Beweises sein.

Sie sagen in Ziffer 8, es seien weitere objektive Studien notwendig. Ich muß sagen, daß ich es insbesondere auch im Lichte dieses Amendements Nr. 3 für geboten erachte, daß nicht nur die OECD weitere objektive Studien anfertigt, sondern daß wir uns auch im Ausschuß nochmals und detaillierter mit dieser brennenden und aktuellen – sicher auch für die britische Diskussion aktuellen – Frage befassen, weil sie an die Grundsubstanz unserer politischen und ökonomischen Auffassungen geht.

Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Dr. Vohrer (FDP): Herr Vorsitzender! Verehrte Kollegen! Wir haben hier eine Resolution vorliegen, die sicher ganz vorrangig mit dem Herzen geschrieben wurde, die aber meiner Ansicht nach einiges an Objektivität, an wissenschaftlicher Analyse einbüßt. Ich habe Verständnis dafür, daß Sir Frederic Bennett einen Bericht vorlegt, der in starkem Maße auf das zurückgeht, was sich in seinem Lande historisch ereignet hat, der den Wechselbädern Rechnung trägt, denen seine nationale Wirtschaft ausgesetzt war, und der vielleicht aus diesem ganz spezifischen Grunde zu dem vorgelegten Ergebnis kommt. Man kann es sich aber nicht so einfach machen, hier die Formel aufzustellen: Keine oder nur geringe Intervention in den Markt, ein freies Unternehmertum, und der Wohlstand, der nationale Reichtum und das wirtschaftliche Wachstum sind gesichert.

Der Berichterstatter hat zwar historisch sicherlich einen herausragenden Theoretiker auf seiner Seite, Adam Smith, aber dies alles liegt 250 Jahre zurück, und wir diskutieren hier einen Bericht im Jahre 1979 und haben zwischenzeitlich den Bericht des Club of Rome vor uns liegen gehabt und Ergebnisse, naturwissenschaftliche Ergebnisse, die uns an mancher Stelle doch nachdenklich machen müssen. Ich als Liberaler zweifele zum Beispiel daran, ob der **Markt** uns die letztlich richtigen Ergebnisse gibt, wenn es darum geht, die Knappheit der Ressourcen zu erfassen und marktwirtschaftlich weiterzugeben. Ich zweifle, wenn es darum geht, in der Energiepolitik nur den Markt entscheiden zu lassen. Ich habe den Eindruck, daß wir als Liberale gefordert sind, die Rahmenbedingungen mit viel ordnungspolitischer Sensibilität zu setzen, die geeignet sind, es auch den zukünftigen Generationen noch zu ermöglichen, sich auf diesem Planeten wirtschaftlich zu betätigen und sich auf diesem Planeten wohlzufühlen.

Ich habe überhaupt kein Verständnis für das wirtschaftliche **Wachstumsdenken**, das in dem Bericht immer wieder zum Ausdruck kommt. Es wird besonders grotesk in der Tabelle auf Seite 17, wo die hier fortschrittlichsten Länder die arabischen Emirate, Libyen, Saudi-Arabien, Oman usw. sind. Sind das denn die freien Gesellschaften, die produktivsten, die es auf der Erde gibt? Das alles basiert doch nur auf der Tatsache, daß ein Produkt anders bewertet wird, daß sich hier ein Kartell organisiert hat gegen den Rest der Welt. Ihr eigenes Land, Sir Frederic Bennett, leidet erheblich unter der Tatsache, daß sich hier eine Preisrelation verändert hat. Aber dies als Beispiel für die These „Weniger Intervention, größerer Wohlstand" anzuführen, würde ich doch sehr zögern, zumal ich überhaupt zögernd bin in der Frage, wie wirtschaftliches Wachstum berechnet wird. Ich bin auch sehr zurückhaltend bei der Frage, ob wirtschaftliches Wachstum ein Kriterium dafür sein kann, ob ich mich wohlfühle, ob ich eine Gesellschaft gut finde oder nicht.

Sir Frederic Bennett, Sie haben dann anschließend den Staatsanteil, die Steuern, alle diese Kriterien, als einen Punkt angeführt, der für die Leistungsfähigkeit, für die Produktivität, für den Lebensstandard, für die Bereitschaft, privat zu investieren, entscheidend verantwortlich ist. Haben Sie denn auch geprüft, wie die Steuern aufkommen? Für mich ist es ein großer Unterschied, ob der Staat seine Steuern zum Beispiel nur dadurch aufbringt, daß er die Arbeitseinkommen reduziert und dann sicherlich an den Punkt kommt, wo der einzelne nicht mehr bereit ist, seine Produktivität zu steigern, mehr zu arbeiten, weil ihm zuviel abgezogen wird oder nicht. Aber es ist unsere Aufgabe als Politiker, ein **Steuersystem** zu erarbeiten, bei dem aus der Mischung von direkten und indirekten Steuern die Staatsleistungen bezahlt werden.

Und dann gibt es auch Staatsleistungen, die in dem einen Land privat bezahlt werden, in einem anderen vom Staat.

Wenn Sie durch Frankreich fahren oder von hier nach Paris fahren – Sie haben ja ein angenehmes Auto –, dann zahlen Sie für jeden Kilometer Straßenbenutzungsgebühren. Wir hingegen finanzieren die Straßen in unserem Land mit Steuern. Was ist besser? Hier kann man nicht sagen, die eine oder andere Art sei besser, und man kann auch nicht generell sagen, mehr Steuern führten zu einem Rückgang des Wohlstands.

Hier geht es um eine reine Finanzierungsfrage. Dabei gibt es kleine, subtile Unterschiede. Daher kann man den generellen Approach, den Sie gewählt haben, mit Sicherheit nicht wählen.

Ich fände es sehr vernünftig, wenn wir uns bezüglich der Frage der Steuervermeidung im Rahmen der Steuerdebatte, die im März noch einmal in einem Kolloquium geführt werden wird, im Rahmen des Europarats darüber unterhielten: Was steht den Steuern an Gegenleistungen für die Bürger gegenüber? Ich stimme Ihnen zu, wenn Sie sagen: Wenn der Bürger für seine Steuerleistung vom Staat kein Äquivalent bekommt, sondern dieser das Aufkommen nur zur Umverteilung benutzt, dann kann sicherlich der Punkt erreicht werden, wo der Bürger nicht mehr bereit ist, seine private Leistungsfähigkeit zu steigern, weil ihm die Umverteilungsmaschinerie zu aufwendig wird.

In § 7 haben Sie angeführt, daß Sie eine positive Korrelation zwischen dem Grad der Demokratie in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat schlechthin einerseits und dem Fortschritt und dem Wohlstand in Wirtschaft und Gesellschaft andererseits sehen. Da kann ich Ihnen weitgehend folgen. Wenn Sie einmal die Diskussion in meinem Land nachvollziehen, wo wir nämlich dabei sind, die Wirtschaft zu demokratisieren und die Mitbestimmung nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch in der Unternehmensspitze zu verwirklichen, dann wird Ihnen bewußt, daß es genau die konservative Gruppe ist, die bislang die **Demokratie der Wirtschaft** gebremst hat. Wenn Sie für Ihr Land und Ihre gesellschaftliche Gruppe, die Sie mit repräsentieren, diese These der Mitbestimmung künftig durchzusetzen versuchten, würde ich mich darüber freuen. Es wäre ein ganz neuer Zug der Konservativen, die Mitbestimmung als ein politisches Ziel zu unterstützen.

Wenn ich mir überlege, daß ich anhand Ihrer Weltkarte, die sich am Schluß des Berichts befindet, eine Reise durch die freien Länder machen würde, dann, verehrter Sir Frederic Bennett, fürchte ich sehr, daß die dunkle Farbe nicht immer ein Indikator für den Freiheitsgrad des Landes ist.

Weil die Korrelation für mich sehr wenig verbindlich ist, komme ich zu dem Ergebnis, daß Ihr Bericht sicherlich mit viel Engagement und viel Glauben an Ihre These geschrieben ist, daß aber die Analyse zu anderen Ergebnissen führen muß. Jedoch ist keiner von uns davor gefeit, solche Theorien zu erstellen. Wenn ich nach drei Jahrzehnten Tätigkeit im Europarat vielleicht einmal die Neigung verspüre, in einem Bericht zu schreiben, daß es Deutschland nur deshalb so gut geht, weil es dort drei Parteien gibt und die Liberalen eine wichtige stabilisierende und für den Wohlstand entscheidende Rolle spielen, dann würde ich mich freuen, wenn Sie mir mit der Toleranz und dem Respekt entgegenträten, mit dem ich Ihnen, Sir Frederic Bennett, entgegentrete. Aber ich hätte auch Verständnis, wenn Sie auf Grund Ihrer Erfahrungen mit dem Zweiparteiensystem meinem Bericht dann nicht zustimmen würden.

Dr. Holtz (SPD): Herr Präsident! Liebe Kollegen! Bereits im Jahre 1972 hatte sich die Parlamentarische Versammlung mit der Einrichtung sogenannter Sozialberichte der Mitgliedstaaten des Europarates befaßt und empfohlen, daß das Ministerkomitee aufgefordert wird, eine Art Modell, eine Art **Muster für Sozialberichte** zu erarbeiten. Man war der Auffassung, daß besonders der soziale Fortschritt auf Grund international vergleichbarer, quantifizierbarer Daten abgeschätzt und beschrieben werden sollte. Zu diesem sozialen Fortschritt zählte die Versammlung damals den Lebensstandard, den Gesundheitsstandard, die Beschäftigungssituation, soziale Mobilität, Lebensbedingungen und andere Dinge. Ich meinte, es ist gerade im Zusammenhang mit Ihrem Bericht, Sir Frederic, wichtig, nicht nur die reinen Wirtschaftswachstumsraten im Auge zu haben, sondern auch diese Sozialdaten zu erfassen. Und da das Ministerkomitee dem damaligen Wunsch der Parlamentarischen Versammlung nicht ausreichend nachgekommen ist, hielt ich es für nötig, nach § 4 diesen Ihnen vorliegenden Zusatz – Änderungsantrag Nr. 1 — zu machen: daß wir an unsere Empfehlung 685 erinnern und gleichzeitig bedauern, daß das Ministerkomitee noch nicht zu konkreten Schlußfolgerungen gekommen ist.

Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, diesem Änderungsantrag zuzustimmen. — Danke schön.

Der Änderungsantrag Nr. 1 zum Empfehlungsentwurf wird von der Versammlung angenommen. Im Verlauf der Abstimmungen über weitere Änderungsanträge werden Bericht und Empfehlungsentwurf an den Wirtschaftsausschuß zurückverwiesen.

Sonnabend, 6. Oktober 1979

Tagesordnungspunkt:

Das Flüchtlingsproblem in Süd-Ostasien

(Drucksache 4399)

Berichterstatter: Abg. Hofer

Dr. Enders (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte um die Probleme der **Flüchtlinge in Südostasien** bezieht sich nicht allein auf die Länder des Europarates, sondern auf fast alle Staaten der Erde. Dort im Fernen Osten fliehen Menschen vor den Nachstellungen totalitärer Machtansprüche aus politischen, rassischen und kriegerischen Gründen. Sie nehmen Verfolgungen und Entbehrungen auf sich, geben ihre Heimat auf, setzen Gesundheit und Leben aufs Spiel, um den Gefahren zu entgehen.

Den nicht betroffenen Menschen in aller Welt müßte es eine moralische Verpflichtung sein, aus weitem Herzen zu helfen, große Hilfsbereitschaft

zur Linderung der Not zu zeigen und Chancen für die Zukunft in Freiheit zu bieten.

Ich habe im vergangenen Jahr in diesem Hohen Hause den Bericht des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen über die Situation der Flüchtlinge in aller Welt vertreten. Damals schon wies ich unter anderem auf das traurige, oft aussichtslose Schicksal der Bootsflüchtlinge in Südostasien hin. Unser damaliger Appell an die Regierungen, tatkräftige Hilfe zu leisten, hat Resonanz gefunden und in vielen Fällen Hilfe gebracht und die Aufnahmequote erhöht.

Ich habe nun in diesem Sommer Flüchtlingslager in Singapur und in Thailand besucht, um mir an Ort und Stelle ein Bild von den tatsächlichen Verhältnissen zu verschaffen.

Vorab möchte ich den Mitarbeitern des Hohen Kommissars, den Botschaftsangehörigen und den Mitgliedern der humanitären Organisationen meine Anerkennung für ihre vorzügliche Arbeit unter schwierigsten Bedingungen aussprechen.

Die Menschen in den Camps leben unter primitivsten Verhältnissen in qualvoller Enge. Oft ist ein Stück Pappe zum Schlafen oder ein Bindfaden, um die Fläche der Familie abzugrenzen, das einzige Hab und Gut. In hygienischer Hinsicht liegt vieles im argen. Dennoch habe ich in den von mir besuchten Lagern bei der naturgemäßen Anspruchslosigkeit dieser Völker und der Hilfe der UNO – etwa ein Dollar pro Person und Tag – glücklicherweise keine unmittelbare Hungersnot oder fehlende gesundheitliche Fürsorge gesehen.

Es besteht jedoch kein Grund, sich auf Lorbeeren auszuruhen. Täglich kommen neue Flüchtlinge über das Meer oder auf dem Landweg von Kambodscha nach Thailand – nicht zu vergessen, daß in den vergangenen Jahren auch schon Tausende von Kindern in den Lagern geboren wurden.

Zum jetzigen Zeitpunkt, Herr Präsident, haben wir die Probleme der Flüchtlinge in Südostasien keineswegs bewältigt, sondern wir müssen vielmehr mit einem neuen Ansturm rechnen. Die jüngsten Berichte aus Kambodscha geben zu schwersten Bedenken Anlaß. Nach dem Monsunregen erwartet man eine Großoffensive Vietnams, um das Land Kambodscha vollends zu unterwerfen. Demgegenüber wollen die Anhänger des von Peking unterstützten Pol-Pot-Regimes den Guerilla-Krieg fortsetzen, und Sihanouk kündigt die Errichtung einer zweiten Front mit Emigranten an. Man braucht kein Prophet zu sein, um voraussagen zu können, daß sich ein Völkermord größten Ausmaßes anbahnt. Die Leidtragenden sind die Menschen in den Kriegsgebieten. Milllionen werden verletzt und getötet werden, von Haus und Hof vertrieben, hilflos einer ungewissen Zukunft ausgesetzt.

Angesichts dieser inhumanen Aspekte muß die Bereitschaft für die Unterstützung der Flüchtlinge vergrößert und die Aufnahme in den Gastländern erleichtert werden. Die Hilfsmaßnahmen dürfen nach meinem Erachten jedoch nicht vom jeweiligen politischen System abhängig gemacht werden; denn die Betroffenen sind Menschen, vom Schicksal entwurzelt und geschlagen. Ihnen muß unsere Hilfe zuteil werden. Dafür sollten sich die Parlamentarier dieses Hohen Hauses hier und allzeit bei ihren Regierungen einsetzen.

Entschließung 705

betr. das Problem der Flüchtlinge aus Südostasien

Die Versammlung

1. hat vom Bericht ihres Politischen Ausschusses über das Problem der Flüchtlinge aus Südostasien (Dokument 4399) Kenntnis genommen;

2. verweist auf ihre Empfehlung 829 (1978) über die Menschenrechte in der Welt;

3. bekräftigt den Standpunkt, den sie in ihrer Entschließung 698 vom 28. Juni 1979 eingenommen hat, in der sie:

   — ihre tiefe Besorgnis über die ernste Lage der Flüchtlinge in Südostasien und die Tatsache, daß eine große Anzahl von Menschen ihr Heimatland verlassen haben, um anderswo Zuflucht zu suchen, zum Ausdruck bringt;

   — die Umstände bedauert, die zu einem riesigen Flüchtlingsstrom aus Südostasien geführt haben, und ihre tiefe Besorgnis über die Verletzung der Menschenrechte äußert, die weiterhin in Vietnam, Kambodscha und Laos stattfindet;

   — insbesondere feststellt, daß diesen Flüchtlingen in vielen Fällen selbst vorübergehendes Asyl verweigert worden ist und daß sie auf die hohe See oder in ihre Heimatländer zurückgeschickt wurden, wo sie häufig großen Gefahren ausgesetzt sind;

4. ist sich bewußt, daß in der tragischen Situation, in der sich Hunderttausende von südostasiatischen Flüchtlingen befinden, jede humanitäre Hilfsaktion Vorrang vor allen politischen Überlegungen haben muß;

5. ist ferner tief besorgt über das erschreckende Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen, denen die Völker von Kambodscha, Laos und Vietnam ausgesetzt sind und die den Völkermord an den Khmer und die Bedrohung der Existenz ethnischer, politischer und sozialer Minderheiten in diesen drei Ländern einschließen.

6. vertritt die Ansicht, daß die Würde und das Ansehen des einzelnen Menschen nicht auf Grund bestehender ideologischer Unterschiede Schaden erleiden dürfen;

7. ist der Meinung, daß es sich nicht um eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten handelt, wenn man für die Verteidigung der Menschenrechte eintritt und diese Frage in internationalen Kreisen aufwirft, die Zusammenarbeit im Hinblick auf die Achtung dieser Rech-

te fördert und sich gegen ernste und wiederholte Verletzungen dieser Rechte, wo immer sie stattfinden, ausspricht;

8. ist sich bewußt, daß die Völker von Kambodscha, Laos und Vietnam unter der ausländischen Einmischung und mehreren aufeinanderfolgenden mörderischen Kriegen in den vergangenen 40 Jahren stark gelitten haben;

9. fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarates auf und ersucht andere Länder dringend, entsprechend den Entschließungen der Genfer Konferenz:

   a) den südostasiatischen Flüchtlingen sowohl in den Aufnahmelagern als auch in den asylgewährenden europäischen Ländern einen größtmöglichen Umfang an humanitärer Hilfe zu gewähren;

   b) ihrer Verpflichtung zur Verteidigung der Menschenrechte und individuellen Freiheiten in ihren politischen und wirtschaftlichen Beziehungen – auf bi- und multilateraler Ebene – zu denjenigen Heimatländern der Flüchtlinge, die für schwerwiegende Verletzungen dieser Rechte verantwortlich sind, Rechnung zu tragen.

Entschließung 706

betr. die Unterstützung der Bevölkerung von Kambodscha

Die Versammlung

1. verweist auf ihre Entschließung über das Problem der Flüchtlinge aus Südostasien und ihren Bericht, Dok. 4399 (siehe Absatz 14);

2. bedauert die Umstände, die sowohl zu dem großen Flüchtlingsstrom aus Südostasien als auch zu der Hungersnot geführt haben, die die Region und insbesondere Kambodscha bedroht;

3. ist über die jüngsten Nachrichten aus Kambodscha bestürzt, wo ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung und insbesondere Kinder im Alter bis zu fünf Jahren bereits den Hungertod erlitten haben;

4. begrüßt die Maßnahmen mehrerer internationaler Organisationen, die alles in ihren Kräften Stehende tun, um dem unglücklichen Volk von Kambodscha trotz der politischen Schwierigkeiten und der Transportschwierigkeiten, mit denen sie konfrontiert werden, zu helfen;

5. ist darüber besorgt, daß die große Mehrheit der Kambodschaner unter Bedingungen lebt, die nicht nur ihre Gesundheit, sondern auch ihr Leben gefährden;

6. begrüßt die Initiativen derjenigen Länder, die bereits Maßnahmen ergriffen haben, um diesem Volk zu helfen;

7. ist überzeugt, daß die Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarates alles in ihrer Macht Stehende tun sollten, um das Schicksal dieser armen Bevölkerungen zu verbessern, und entsprechende politische Maßnahmen ergreifen sollten, um die Gefahr einer weiteren Verschlechterung der Situation zu verringern;

8. ersucht:

   I. alle Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarates:

      a) auf nationaler Ebene konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um der kambodschanischen Bevölkerung zu helfen;

      b) bestimmte Privatinitiativen von Ärzten und anderen hilfsbereiten Personen sowie die internationalen Organisationen, die Kambodscha zu helfen versuchen, zu unterstützen;

   II. insbesondere die Mitgliedsregierungen der Europäischen Gemeinschaften, unverzüglich besondere Anstrengungen zu unternehmen, um diesen Ländern Nahrungsmittel und andere materielle Hilfeleistungen zukommen zu lassen;

9. fordert alle Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates auf, durch ihre persönlichen Initiativen zur Lösung dieses schwerwiegenden Problems, mit dem die ganze Menschheit konfrontiert wird, beizutragen.

Montag, 8. Oktober 1979

Tagesordnungspunkt:

Erhaltung des europäischen architektonischen Erbes

(Drucksache 4396)

Berichterstatter: Abg. Lord Duncan-Sandys

Tagesordnungspunkt:

Das ländliche architektonische Erbe

(Drucksache 4421)

Berichterstatter: Abg. Dr. Schwencke (Nienburg)

Dr. Schwencke (SPD): Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit drei positiven Beispielen des Umwelt- und Denkmalschutzes beginnen, bevor ich zu dem enger gefaßten Thema meines Beitrags komme, der unmittelbar da anschließt, wo Lord Duncan-Sandys heute morgen geschlossen hat.

Als wir, Frau Präsidentin, vor ein paar Wochen in Stockholm waren, konnten wir beobachten, wie mitten in der Stadt die Angler auf der Brücke recht guten Erfolg hatten. Ihre Beute läßt darauf schließen, daß es den Fischen in den Flüssen und Seen Schwedens wieder gut geht.

Und wem sich London – wie mir seit meinen früheren Jugendjahren – als Stadt des Smogs eingeprägt hat, der trifft schon seit Jahren auf einen beinahe klaren Himmel über Großbritanniens Hauptstadt; er ist so klar wie nie zuvor.

Heute schließlich pulsiert mitten in unseren alten Städten, Stadtteilen, in Mitteleuropa, in Westeuropa und zum großen Teil auch in Osteuropa wieder das Leben. Seltener sieht man Bulldozer am Werk. Vornehmlich wird erhaltend saniert, werden Fußgängerzonen eingerichtet und finden Altstadtfeste statt. Das Vergnügen wächst, in der alten Stadt und in alten Stadtteilen wieder zu leben.

In Europa hat nach meiner Einschätzung nie zuvor eine Kampagne des Europarats so viel positives Echo gefunden und so dauerhaft gewirkt wie das Jahr des Denkmalschutzes 1975. Bessere Früchte konnten wir uns nicht vorstellen.

Insbesondere in meinem Land hat sich in den letzten Jahren ein Wandel gezeigt. Wir haben ihn gerade bei dem Wettbewerb unter dem Motto „Denkmalschutz im Städtebau", den wir vor einigen Monaten abgeschlossen haben, positiv registriert: Es lohnt sich weder finanziell noch sonst, ein altes Haus abzureißen, um ein neues zu bauen – im Gegenteil!

Das alles klingt gut, das alles klingt sogar sehr gut und ist es auch.

Aber erweitern wir nun unser Blickfeld! Beziehen wir die ländlichen Gebiete in unsere Betrachtungen ein, so befällt uns eigentlich nur tiefes Entsetzen. Fast überall in Europa ist die **Zerstörung dörflicher Architektur** so weit fortgeschritten, daß für unverlierbar Gehaltenes meistens längst ein für allemal verloren ist.

Gegenwärtig frißt sich so etwas wie eine Modernisierungswelle durchs flache Land. Sie treibt dahin, daß zwischen Flensburg und Konstanz – ich nenne zunächst Beispiele aus meinem Land – und zwischen Aachen und Lüchow-Dannenberg die dörflichen Architekturen einander immer mehr angleichen und daß nur noch die Frage des verwendeten Zements unterschiedlich zu beantworten ist.

Mit anderen Worten: Die Gehäuse der Menschen – und um sie geht es ja – verlieren immer mehr das Originäre. Die Menschen, die durch ihre Landschaft geprägt sind, werden jetzt durch eine vorgeformte Architektur geprägt, eine, die als industrielle Massenbauweise auch die ländlichen Regionen längst heimgesucht hat. Wo ist da noch der Ort zur Identität?

Dieses, wie ich es nennen möchte, Konglomerat von Häßlichkeiten, dahingeklotzt durch achtlose Brutalität, rüde gegen jede Landschaft gebaut, ist in hohem Maße so inhuman, daß es Betroffene und Beschauer spüren.

Sind unsere Dörfer noch zu retten? Einige haben längst aufgegeben, darauf zu hoffen. Allzu umfassend hat der Strukturwandel mit all seinen tiefgreifenden Konsequenzen für ländliche Wirtschaft, für Agrar-, Kultur- und Sozialgemeinschaft schon gewirkt. Nichts läßt sich zurückdrehen. Irgend so etwas wie Fortschritt fand und findet statt.

Dieser sogenannte „Fortschritt" zeigt sich u. a. darin, daß Dorfstraßen durch Begradigung und Erweiterung immer verkehrsgerechter gemacht werden. Dafür müssen selbstverständlich alte Häuser abgerissen werden. Gesunde, zum Teil uralte, das Gesicht unserer Landschaft prägende Bäume werden abgeschlagen und statt ihrer werden große Peitschenlampen aufgestellt.

Oder es wird die Agrarstruktur verbessert, indem Flurbereinigungsmaßnahmen, Verrohrung von Gräben, Rodung von Hecken etc. durchgeführt werden. Das ökologische und architektonische Dorfgepräge wird damit stark beeinträchtigt, daß alte Gebäude, wie gesagt, dadurch „modernisiert" werden, daß vorgefertigte Industrie-Bauteile verwendet werden. Dadurch gleichen sie sich einander an, und die alten Handwerkskünste werden in unseren Dörfern nicht gefordert; diese Bau-Art wird verlernt und ganze Gewerbe sterben aus.

Das Ergebnis: dörfliche Tristness und wachsende Gleichförmigkeit eigentlich vom Nordkap bis zu den Alpen. Die Uniformität von Dorf zu Dorf hat schon ein so großes Ausmaß erreicht, daß wir noch staunen, ob diese Entwicklung immer noch so weitergehen kann.

Ist diese ländliche Modernisierungskampagne, die die kommerzielle Werbung als das Non-plus-Ultra ausgibt und die durch öffentliche Programme gefördert wird, überhaupt noch aufzuhalten? In Zeiten von Programmen zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit und Sparen von Energie muß man da mit gutem Grund seine kritischen Fragen stellen.

Ich wäre nicht Politiker und wir wären nicht Politiker, wenn wir nicht trotz dieser fatalen Entwicklung hofften, daß wir hier und dort einen Pflock einschlagen könnten, um ein fortschreitendes Zerstören aufzuhalten. Insbesondere der Denkmalschutzpolitiker hofft, daß er nie „nie" sagen muß, sondern er hofft vielmehr auf die Einsicht in die Notwendigkeit, daß immer mehr Bürger diese fatale Entwicklung begreifen und sich, wie in den Städten, Bürgerinitiativen bilden und wir eine stärkere Unterstützung auch durch die Medien finden, wie wir das im Jahr des europäischen Denkmalschutzes schon erlebt haben.

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, vor allem müssen wir uns darüber klar sein, daß wir an die Bevölkerung der ländlichen Regionen keine Ansprüche stellen dürfen, ohne gleichzeitig auch die Alternativen aufzuzeigen, die es für sie gibt, um auch am Wohlstand teilzuhaben. Es darf nicht so sein, daß sie nicht bekommen, was wir Städter längst für uns gewonnen haben: Modernisierung muß auch für sie stattfinden. Wir müssen uns also bewußt sein, daß wir keinem Dorfbewohner so etwas wie Denkmalschutz zumuten dürfen, wenn

wir nicht gleichzeitig seinen Ansprüchen auf einen angemessenen Lebensstandard für Wohnen, Arbeiten und Freizeit gerecht werden. Und wir müssen ihm helfen, dieses auch politisch durchzusetzen.

Daraus folgt, daß sich **ländlicher Denkmalschutz** nur im Zusammenhang mit einer vernünftigen nationalen Raumordnungspolitik und einer übergreifenden europäischen Regionalpolitik verwirklichen läßt. Die Formel von der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen muß, auch wenn sie sich schwer verwirklichen läßt, überall Anwendung finden.

Der Appell von Granada eröffnet uns Perspektiven für die Bekämpfung der Zerstörung in unseren ländlichen Regionen. Der Appell von Granada macht deutlich, daß das Problem Denkmalschutz nicht eines unter vielen ist, sondern mit der übergeordneten Frage des Überlebens in unseren ländlichen Regionen zusammenhängt.

Frau Präsidentin, mein Bericht macht den Versuch, erstens die Situation, wie sie sich uns darbietet, zu analysieren, zweitens die politischen Maßnahmen aufzuzeigen, die notwendig sind, um eine Änderung zu erwirken und schließlich drittens die Problematik des ländlichen Denkmalschutzes so in die Raumordnungspolitik einzubinden, daß daraus eine sinnvolle Regionalpolitik wird. Lassen Sie mich in sechs Punkten das Ergebnis dieser Überlegungen vorläufig resümieren:

Erstens. **Dorferneuerung** ist gegenüber der Stadterneuerung bisher sowohl gesellschaftspolitisch als auch von der Wissenschaft her stark vernachlässigt worden.

Zweitens. In staatlichen Programmen für den ländlichen Raum ging es bislang vor allem darum, daß Disparitäten gegenüber den urbanisierten Räumen auszugleichen sind. Die Entwicklung und Erhaltung der komplexen, historisch gewachsenen Dorfstrukturen war nur selten die Zielvorstellung. Dorferneuerung beinhaltete in der Regel Erneuerung ohne Rücksicht auf den Altbestand und meistens in Anlehnung oder sogar Nachahmung der städtischen Entwicklung in unseren Dörfern.

Drittens. Dorf und Dorfbevölkerung leben in einer geschichtlichen Tradition und schöpfen ihre Lebensqualität nicht zuletzt aus der Überlieferung, auch wenn diese im ländlichen Raum – anders als in den Städten, insbesondere auch den kleinen Städten – gelegentlich nicht so deutlich wie dort artikuliert wird.

Viertens. Die politische Zielvorgabe lautet: erhaltende Dorferneuerung. Dies entspricht dem Selbstverständnis eigentlich einer jeden Kulturnation und basiert auf der Europäischen Charta für Denkmalschutz, die wir uns 1975 in Amsterdam gegeben haben. Erhaltende Dorferneuerung beinhaltet die angemessene Bewahrung der überlieferten Dorfmerkmale bzw. der Dorfidentität bei allen Dorferneuerungsmaßnahmen und bietet zugleich die Option für künftige wirtschaftliche Entwicklungen.

Fünftens. Die Aufgabe der erhaltenden Dorferneuerung bedarf verstärkt einer wissenschaftlichen Begleitung und weiterer politischer Planungen.

Sechstens. Wir fordern eine europäische Kampagne der Revitalisierung der ländlichen Regionen, so etwas wie ein Europäisches Jahr der Dorferneuerung, womit wir die allgemeine Öffentlichkeit auf dieses gravierende Problem aufmerksam machen zu können hoffen. Wir hoffen, daß wir – ähnlich wie 1975 – mit Pilot-Projekten den Versuch unternehmen können, Mustergültiges in den Vordergrund zu stellen und damit Schlechtes deutlich zu kennzeichnen – auch, um Anregungen zu geben. Denn die Macht des Beispiels ist, wie Lord Duncan-Sandys heute morgen sagte, besonders für diesen Bereich wichtig.

Es gibt einige positive Entwicklungen, die wir auf keinen Fall übersehen dürfen. So haben wir zum Beispiel in der Po-Ebene, in der Gegend von Ferrara vor einem halben Jahr so etwas studiert, desgleichen hat der Fachausschuß für Denkmalschutz in meinem eigenen Land vor einem Jahr in der Gegend um Bremen mustergültige Erhaltungsmaßnahmen erlebt.

Frau Präsidentin, ich schließe, indem ich noch einmal betone: Mit diesem Bericht wird e i n Aspekt des Denkmalschutzes – der im Augenblick wichtigste, wie mein Ausschuß meint – allgemein bewußt gemacht. Wir hoffen, daß unser Appell und die Entschließung dazu beitragen werden, daß dieses Thema endlich aus dem kleinen Kreis der Experten herauskommt und in der großen Öffentlichkeit diskutiert wird.

Europas Kulturlandschaft hat ihr eigenes Gepräge nicht allein durch Burgen und Schlösser und durch seine alten Städte, sondern entscheidend auch durch seinen ländlichen Raum. Neben den befestigten Orten haben in jahrhundertelanger Entwicklung Dörfer und Flecken ihre unverwechselbare Gestalt erhalten. Durch ihre Integration in die je unterschiedliche Landschaft bis hinein zur handwerklichen Materialbearbeitung sind sie originäre Zeugnisse unserer gemeinsamen europäischen Vergangenheit. Der harmonische Einklang, den sie durch Natur-Vorgegebenheiten, in der Regel durch einfache Nutzungsarchitektur, ausstrahlen, spiegelte ein Stück weit auch das einfache Glück seiner Bewohner wider.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele von uns machten gestern hier in Straßburg einen Ausflug, der uns in das Elsaß hinaus in die Landschaft brachte. Wer gestern jenes Dorf Hunspach besucht hat, der wird ein Gefühl dafür bekommen haben, was **ländliches Erbe** sein kann. Dabei ist dieses ländliche Erbe nicht etwa nur auf die Architektur beschränkt, auf die Häuser, sondern bezieht sich auch auf die Menschen, die in diesen Häusern leben. Wir konnten gestern mit den Trachten, der Musik und den Tänzen der Menschen selber erleben, wie diese Menschen in diesem Dorf noch in einer heilen kulturellen Welt leben. Das alles ist in Europa bedroht.

Der Schwerpunkt der industriellen und tertiären Entwicklung in Europa liegt in den Städten, vor allem in den großen Ballungsräumen. Die Bedrohung, die von dieser Entwicklung kommt, führt da-

zu, daß die Menschen aus den ländlichen Räumen abwandern.

Ich werde dabei erinnert an eine Studie der Weltbank, die darauf hinweist, daß die Ausbildung und der Ausbau der städtischen Ballungszentren in erster Linie dadurch zustande kommt, daß der Mehrwert, der im Lande erwirtschaftet wird, dann in den Städten verbaut wird, daß also eine echte Ausbeutung des flachen Landes stattfindet.

Neben der natürlichen Abwanderung und dem daraus folgenden Verfall der Landschaft und der Häuser im flachen Lande ist noch ein zweiter Punkt zu beachten: der Verfall des Bewußtseins der Bevölkerung in den ländlichen Räumen. Falsche Ratschläge, scheinbare Modernität und Fortschrittlichkeit haben hier in den vergangenen Jahren einen unheilvollen Einfluß ausgeübt. Vorfabrizierte Teile, vor allem für Türen, Fenster, Dächer, wurden als modern ausgegeben, alte Häuser wurden zerstört, ganze Ensembles vernichtet. Die Coca-Cola-Kultur hat auch dort Einmarsch gehalten.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, was ursprünglich in den ländlichen Räumen gewachsen ist, unterliegt einer massiven Bedrohung. Das kulturelle, das religiöse Leben, Trachten, Musik, alles das, was hier zusammengehört, sind ernsthaft bedroht.

Wie sehr gelegentliche Ereignisse mit dazu beitragen können, hier das Bewußtsein wieder zu heben, möchte ich Ihnen an einem Beispiel zeigen: In meiner unmittelbaren Heimat hat es in diesem Frühjahr eine Schneekatastrophe gegeben. Der Strom fiel für drei, zum Teil für bis zu fünf Tage aus. Da ist dann plötzlich eine Bewußtseinsänderung im ländlichen Raum vor sich gegangen. Denn alle die, die die Modernsten waren, die die alten Kachelöfen aus den Bauernhäusern hinausgeworfen hatten, die auf Ölheizung und Strom angewiesen waren, mußten fünf Tage frieren, während die Altmodischen, die die alten Öfen noch hatten, heil über diese Katastrophe hinwegkamen. Das war eine kleine Nachhilfestunde, die lehrte, daß sich in diesen Räumen durchaus nicht alles, was als modern ausgegeben wird, bewährt.

Ich möchte nicht nur die Notwendigkeit der Erhaltung der Gebäude besonders unterstreichen, sondern auch die Notwendigkeit der Erhaltung der kulturellen Tradition der Menschen in diesen Gebäuden und in dieser Landschaft. Das ist natürlich auch – darüber müssen wir uns im klaren sein – eine enorm gesellschaftspolitische Frage. Dorf-Ensembles und Einzelhöfe bleiben sicher nicht erhalten, wenn wir in Europa die Agrarfabrik nach amerikanischem Vorbild bekommen. Es muß also auch die herkömmliche bäuerliche Berufssicht erhalten bleiben, wenn man Dörfer und Landschaft in der bisherigen Form erhalten will.

Sicher wird man nicht alle Bauern als Vollerwerbsbauern erhalten können, aber man muß ihnen die Chance geben, als Nebenerwerbsbauern im ländlichen Raum wohnen bleiben zu können und nicht gezwungen zu sein, in die Ballungsräume abzuwandern. Hier ist durchaus ein vernünftiges Nebeneinander möglich.

Ich darf das an einem Beispiel verdeutlichen: In meiner unmittelbaren Heimat besteht eine Fabrik mit immerhin 14 000 Arbeitern, die moderne Automobile herstellen. Aber 30 % dieser 14 000 Arbeiter leben als Bauern, sind Nebenerwerbslandwirte. Sie arbeiten in dieser Fabrik. Die Stadt, in der diese Fabrik steht, hat nur 11 000 Einwohner. 14 000 Menschen kommen aus der ganzen Umgebung, weil sie in ihren Dörfern, in ihren Weilern, in ihren Einzelgehöften wohnen bleiben und dort auch das kulturelle Erbe erhalten können.

Eine ganz große Rolle spielt auch im ländlichen Raum die Tatsache, daß die Kommunikation zwischen den Menschen erhalten bleibt. Wenn man moderne Schnellstraßen durch die Dörfer baut, ist diese Kommunikation von vornherein gefährdet. Sie ist auch gefährdet, wenn die Wirtshäuser, die Gasthäuser – der Kollege Schwencke hat ja in seinem Bericht darauf hingewiesen – draußen in den Dörfern verschwinden. Ich sage das nicht allein deswegen, weil ich aus einem Land komme, in dem 60 % sämtlicher Brauereien der Welt sind, nämlich aus Bayern. Ich spreche also nicht aus einem lokalen Interesse, aber ich glaube, das Dorfgasthaus, das Dorfwirtshaus ist ein ganz wichtiger Punkt für die Kommunikation im ländlichen Raum. Und gerade bei den Gasthäusern handelt es sich ja meistens um sehr alte und denkmalgeschützte Häuser.

Die Einübung der Tugenden einer humanen Gesellschaft ist in einem dörflichen Rahmen viel leichter möglich als in der Anonymität der Ballungsräume und Großstädte. Auch das **Handwerk** – der Kollege Schwencke hat es ja bereits erwähnt – spielt im ländlichen Raum eine viel größere Rolle. Wir müssen dieses Handwerk erhalten. Auch hier gibt es neue Entwicklungen. Gehen Sie heute einmal zu einem Kaminbauer in meinem Lande, und versuchen Sie sich einen Kachelofen bauen zu lassen! Sie werden hören, daß Sie mindestens ein Jahr warten müssen, bis Sie die Chance haben, überhaupt einen freien Termin zu bekommen. So hat auch hier, in einem ganz anderen Rahmen, die Energiekrise eine gewisse Auswirkung und Einfluß auf die Entscheidungen der Bevölkerung gehabt.

Im ländlichen Raum spielen Solidarität, Hilfsbereitschaft und Gemeinschaftsarbeit immer noch eine viel größere Rolle, als es etwa in den Ballungsräumen der Fall ist. Wenn ein Bauernhof abbrennt, dann hilft die ganze Gemeinschaft, ihn wieder aufzubauen. Wenn dort Not herrscht, wenn es etwa bei einem Verkehrsunfall Tote oder Schwerverletzte gegeben hat, zeigt sich noch Solidarität mit den Nachbarn. Ich glaube, das ist etwas, was in dieser Form in den großen Ballungsräumen leider nicht zu finden ist. In den Dörfern des ländlichen Raumes aber ist es noch vorhanden. Das heißt, Geist und äußerlicher Ausdruck dieses Geistes, nämlich das Dorf, wie es sich in der Tradition darstellt, müssen eine ganz vernünftige Bindung miteinander eingehen.

Freilich geht das nicht ohne Hilfe des Staates. Eigentlich ist es skandalös, sehr verehrte Kollegen,

daß in meinem Lande in einem Regierungsbezirk wie zum Beispiel Niederbayern durch Streckenstilllegungen bei der Bundesbahn jährlich 1,5 Millionen DM eingespart werden. Das ist fast genau die Summe, die täglich für die Subventionierung des Massenverkehrs in einer einzigen deutschen Millionenstadt ausgegeben wird. Hier wird der ländliche Raum benachteiligt.

Außerdem sind auch die Vorschriften oft widersinnig. So war zum Beispiel in einem ländlichen Raum in meiner Heimat vorgesehen, einen Wirtschaftsweg mit alten Steinen zu pflastern, was sehr gut in die Landschaft gepaßt hätte. Aber nach den Vorschriften der EG mußte er asphaltiert werden. Man durfte für diesen Weg keine Steine gebrauchen, sondern mußte dort das erdölhaltige Bitumen verwenden. Hier sieht man, wie auch staatliche Vorschriften einen negativen Einfluß haben.

Schließlich, meine Damen und Herren, ist entscheidend das Bewußtsein der Menschen. Wir wissen, daß **Denkmalschutz im ländlichen Raum** immer noch umstritten ist, daß es viele Bürger im ländlichen Raum gibt, die meinen, Denkmalschutz sei etwas Altmodisches, man müsse modernisieren, müsse moderne Gebäude haben. Hier kommt es ganz entscheidend darauf an, durch positive Beispiele dem Bürger im flachen Land draußen zu zeigen, daß er stolz sein kann auf die Erhaltung des kulturellen Erbes. Wir müssen erreichen, daß der Mensch im ländlichen Raum den Denkmalschutz nicht als eine lästige Paragraphenreiterei der Bürokratie betrachtet, sondern daß er den Denkmalschutz als etwas nimmt, was ihm sein eigenes Leben im ländlichen Raum verbessern und verschönern kann. Das persönliche Beispiel spielt hier eine ganz große Rolle.

Zum Schluß will ich nur ein solches Beispiel erwähnen. Da hat ein Mann, der im ländlichen Raum als, wie man bei uns sagt, Honoratior betrachtet werden kann, ein altes Bauernhaus hergerichtet. In diesem Haus lebt er. Plötzlich sagen die übrigen Bauern, die alle modernisiert haben: Man kann ja in einem solchen Haus leben! Es kommen die Bäuerinnen mit Omnibussen und besichtigen dieses Haus. Auch sie sagen: Jawohl, man kann in einem solchen Haus leben, das keine Ölzentralheizung hat, das nicht moderne Aluminiumfensterrahmen hat, sondern im alten Stil erhalten geblieben ist. So ist es, wenn einer ein Beispiel setzt. Ich glaube, solche Beispiele können dazu beitragen, auch in den Köpfen der Landbewohner die Notwendigkeit des Denkmalschutzes bewußter zu machen.

Empfehlung 881

betr. das ländliche architektonische Erbe

Die Versammlung

1. hat den Bericht ihres Ausschusses für Kultur und Erziehung über das ländliche architektonische Erbe, Dok. 4421, zur Kenntnis genommen;

2. ist der Auffassung, daß das Europäische Denkmalschutzjahr 1975 und die Europäische Charta für den Denkmalschutz die Bedeutung des ländlichen und des städtischen Erbes gleichermaßen hervorgehoben haben;

3. ist jedoch darüber besorgt, daß die Aufmerksamkeit, die dem ländlichen Erbe und den Problemen seiner Erhaltung gewidmet wird, seit 1975 kaum zugenommen hat, während sich der Zerstörungsprozeß oft unter dem Deckmantel der „Modernisierung" rasch fortsetzt;

4. begrüßt die jüngsten Initiativen des Europarates in bezug auf das ländliche Erbe und insbesondere den Appell von Granada (1977) und die Schlußerklärung des Dritten Europäischen Symposiums über historische Städte (München/Landshut 1978);

5. beharrt auf der Anwendung ihrer jüngsten Empfehlung 880 über die Erhaltung des architektonischen Erbes sowohl auf Denkmäler auf dem Lande als auch in der Stadt insbesondere in bezug auf die Registrierung, gesetzliche Schutzmaßnahmen und die Bereitstellung finanzieller Unterstützung und betont außerdem die Notwendigkeit einer weiteren Studie und Erforschung des architektonischen Erbes auf dem Lande;

6. betont die Bedeutung des ländlichen Erbes in seinem lokalen, kulturellen und soziologischen Zusammenhang wie auch in seiner weiterreichenden ökologischen und wirtschaftlichen Rolle;

7. ist der Auffassung, daß die Erhaltung und der Schutz der historisch-architektonischen Umgebung in ländlichen Gebieten von wesentlicher Bedeutung sind, wenn die Landbewohner die Möglichkeit erhalten sollen, ihre besonderen sozialen und kulturellen Werte zu entwickeln;

8. hofft, daß die für die Handelsaktivitäten in ländlichen Gebieten Verantwortlichen ihre Verpflichtung akzeptieren, zur Erhaltung des architektonischen Erbes auf dem Lande sowie seiner natürlichen Umgebung beizutragen;

9. weist darauf hin, daß Stadtbewohner und vor allem junge Leute die Werte des Landes immer mehr schätzen, und fordert die zuständigen offiziellen Gremien auf, diese Tendenz zu unterstützen, aber gleichzeitig darauf zu achten, daß Tourismus, Wochenendbesucher und Zweitwohnungen die Lebensweise auf dem Lande nicht gefährden;

10. ist der Auffassung, daß ein zufriedenstellendes Gleichgewicht und ein positives Verhältnis zwischen Stadt und Land nur im Zusammenhang mit einer globalen Politik im Hinblick auf die Regionalentwicklung erreicht werden kann, in der Städte- und Landesplanung gleichermaßen berücksichtigt werden;

11. erhofft sich von anderen Gremien, die mit Fragen im Zusammenhang mit ländlichen Gebieten

befaßt sind, in erster Linie von den für die Raumplanung zuständigen europäischen Ministern und von den Europäischen Gemeinschaften ein konstruktives Echo auf die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Erhaltung des architektonischen Erbes auf dem Lande,

12. empfiehlt dem Ministerkomitee:

    a) diese Empfehlung den verschiedenen Gremien zu übermitteln, die mit den Entscheidungen befaßt werden können, die das ländliche Erbe betreffen;

    b) sicherzustellen, daß das ländliche Erbe im Rahmen des zweiten mittelfristigen Planes des Europarates gebührend berücksichtigt wird;

    c) seinen Lenkungsausschuß für Regionalplanung und Denkmalschutz zu beauftragen, als Gegengewicht für seine 1980 laufende Kampagne über städtische Renaissance anschließend eine Kampagne über die Revitalisierung des Dorflebens in Erwägung zu ziehen;

    d) sich vordringlich mit den notwendigen Maßnahmen zur Erhaltung der Qualität des Erbes und des natürlichen Lebens in ländlichen Gebieten zu befassen, wozu sowohl Fragen des Wohngebiets und der Landschaft als auch Fragen des eigentlichen architektonischen Erbes gehören.

Dienstag, 9. Oktober 1979

Tagesordnungspunkt:

Tätigkeitsbericht der OECD 1978 – Antwort der Versammlung

(Drucksachen 4410, 4358)

Berichterstatter: Abg. Stray

6. und 7. Jahresbericht der Kernenergieagentur der OECD – Antwort der Versammlung

(Drucksachen 4410, 4358)

Berichterstatter: Abg. Ferretti

Dr. Holtz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bericht des Kollegen Stray ist wichtig und in besonderem Maße auch wertvoll. Durch ihn wie auch durch den Bericht des Kollegen Ferretti werden die Arbeiten der **OECD** – einer Organisation, in der die Regierungsvertreter sitzen – einer parlamentarischen Revision unterzogen. Der Bericht ist kein Spezialbericht, der sich mit einem besonderen Einzelthema befaßte, sondern er bietet in dankenswerter Klarheit einen Überblick über die wichtigsten Probleme, die unsere Gesellschaft insgesamt betreffen.

Als ein Hauptproblem wird die Energiefrage als eine Ursache für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten unserer Zeit genannt. Dazu einige Bemerkungen:

Stempeln wir bitte nicht die erdölproduzierenden Staaten zu den alleinigen Sündenböcken für unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sondern seien wir uns bewußt, daß ein Teil des Raubbaues an der Natur, daß die Verschwendung von Energie von den Industrieländern häufig selbst zu verantworten sind, daß andere Faktoren wie der Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton Woods, ja daß selbst auch der Vietnam-Krieg ein Stückchen mit dazu beigetragen hat, daß eben eine starke Währung nicht mehr so stark ist und daß das ganze Währungsgefüge ins Rutschen gekommen ist.

Aber ich möchte die Bedeutung des Erdölschocks auch nicht minimieren. Ich weiß sehr wohl, daß durch diese **Erdölpreiskrise** – oder wie immer man diese Krise nennen mag – eine Art Revolution der weltwirtschaftlichen Beziehungen, eine Oktoberrevolution der weltwirtschaftlichen Beziehungen – wenn man den Oktober 1973 einmal als Ausgangspunkt nimmt – eingesetzt hat und daß zum erstenmal eine Gruppe von Ländern der Dritten Welt als Subjekt auftritt und die Handelsbedingungen, die Austauschbedingungen zwischen Nord und Süd gestaltet, während das bisher in der Regel immer umgekehrt war. Dieser Erdölpreisschock hat sicher auch zur Inflationsverstärkung beigetragen, und er erhöht auch die Schwierigkeiten in der Dritten Welt.

Aber ich warne dennoch davor, diese Energiekrise als die alleinige Ursache anzusehen. Ich setze große Hoffnung auch in das Verantwortungsbewußtsein dieser erdölproduzierenden Länder selbst. Scharfmacher sind in der Vergangenheit des öfteren zurückgepfiffen worden. Wir sollten uns besonders bemühen, diejenigen zu unterstützen, die eine maßvolle Politik betreiben.

Eine besondere Rolle kommt meines Erachtens einem Land zu, von dem man im Zusammenhang mit den Energiefragen nur am Rande spricht, höchstens wenn es eine Katastrophe gibt wie jetzt in der Karibik: ich meine das Land **Mexiko.** Mexiko gehört nicht der OPEC-Organisation an. Mexiko ist aber ein erdölproduzierendes Land mit enormen Erdölreserven. Der Staatspräsident von Mexiko, López Portillo, hat anläßlich der Generalversammlung der Vereinten Nationen Ende des vergangenen Monats den Vorschlag gemacht, ein **Weltenergieforum** zu bilden. Ich möchte Sie, Herr Generalsekretär, fragen, wie die OECD zu diesem Vorschlag steht. López Portillo und die Mexikaner lassen sich von dem Gedanken leiten, daß alle Energiequellen in die gemeinsame Verantwortung der Menschheit gehören und daß es deshalb auch Aufgabe und Verantwortung der ganzen Menschheit ist, diese Rohstoffe zu vermehren, sie, wo dies möglich ist, sparsam zu nutzen und sie gerecht zu verteilen. Ich meine, dieser Staat verdient besondere Aufmerksamkeit, weil er in der Lage ist, eine vermittelnde Rolle zu spielen. Man sollte diesen Vorschlag des mexikanischen Staatspräsidenten sehr sorgsam prüfen und ihm wenn möglich auch folgen, ohne allerdings zu er-

warten, daß Mexiko etwa eine Quisling-Rolle gegenüber der Politik der OPEC-Staaten einnehmen wird.

Die Industrieländer wie auch einige Entwicklungsländer haben an die erdölproduzierenden Staaten die Forderung gestellt, differenzierte Preise im Erdölbereich festzulegen, so daß besonders die ärmsten Entwicklungsländer eine Chance haben, etwas besser durch diese schwierigen Energiezeiten und damit auch durch die Schwierigkeiten ihrer Devisenbilanzsituation zu kommen. Ich fände es sehr gut, wenn die in der OECD zusammengeschlossenen Staaten nicht nur Forderungen an andere richteten – in diesem Falle an die erdölproduzierenden Staaten –, sondern wenn sie selbst einen Vorschlag machten, wie das scharfe Nord-Süd-Gefälle eingeebnet werden kann. Ich denke etwa daran, daß die OECD-Staaten differenzierte Preise für Investitionsgüter anbieten. Was man von anderen verlangt, sollte man auch an sich selbst richten. Ich meine differenzierte Preise für Investitionsgüter, die die OECD-Staaten in die Dritte Welt exportieren.

Ich weiß, daß man in der Geschichte der Wirtschaftsbeziehungen nur schwerlich Beispiele dafür finden wird, wo so etwas praktiziert worden ist. Ich kann mir auch vorstellen, daß es trickreiche Tüftler geben wird, die dann auf für sie interessante Dreiecksgeschäfte kommen. Ich meine dennoch, daß die OECD einen Vorschlag machen sollte, der die Nord-Süd-Beziehungen belebt und mit neuen Elementen versieht.

Erstaunt war ich, daß der berühmte Club of Rome und die Studien, die an ihn gerichtet waren, bei seiner letzten Tagung in Berlin, die am vergangenen Wochenende zu Ende gegangen ist, neuerdings wieder, folgt man den Pressemitteilungen, stärker auf das Wachstum setzen. Einer Studie an den Club of Rome verdanken wir den schlagwortartigen Titel „Grenzen des Wachstums". Nun heißt es als Fazit, bei den Beratungen des Club of Rome habe sich die Auffassung durchgesetzt, eine Entwicklung, die die Menschheit zu einer gerechteren Ordnung und zu Wohlstand führen solle, könne ohne **wirtschaftliches Wachstum** nicht auskommen. Die OECD und ihr Generalsekretär müßten jubilieren, da sie dieser Wirtschaftsphilosophie in der Regel immer angehangen haben. Die OECD setzte und der vorliegende Bericht setzt auf wirtschaftliches Wachstum. Um dieses Wachstum sicherzustellen, könne auf Kernenergie nicht verzichtet werden, so wurde heute mehrfach betont. Dazu meinerseits folgende Akzente.

Wachstum ist sicher nötig. Die Alternative heißt nicht: Nullwachstum oder hohe quantitative Steigerungsraten des wirtschaftlichen Outputs, vielmehr brauchen wir humanes qualitatives Wachstum, das zum Beispiel im tertiären und quartären Bereich stattfinden kann, wie Sie dies im Bericht und auch in der Resolution vorschlagen. In der Resolution und im Bericht von Herrn Stray wird zu Recht gefordert, daß bei der Abstimmung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Wirtschafts- und Energiepolitik die Sozialpartner einbezogen – assoziiert, wie es im französischen Text heißt – werden müssen. Ich möchte vorschlagen, zu prüfen, ob diese Assoziation nicht viel stärker als bisher institutionell verankert werden kann. Die OECD sollte bei der Erarbeitung von Vorschlägen auf dem Wirtschafts- und Energiesektor die Arbeitnehmer- und die Verbrauchervertretungen viel stärker beteiligen.

Einige abschließende Bemerkungen zu einer Tatsache, die einige von uns bundesdeutschen Politikern am letzten Sonntag schockiert hat. Ich meine die Tatsache, daß die sogenannten Grünen mit rund 5 % zum erstenmal in ein Landesparlament der Bundesrepublik Deutschland eingezogen sind, in den Landtag von Bremen. – Nur noch im Telegrammstil, Herr Präsident!

Wie kann man Energiefragen lösen?

Erstens meine ich, daß wir ein Nein zum Bau und zur Inbetriebnahme weiterer **Kernkraftwerke** aussprechen sollten, solange Entsorgung und Sicherheit für die Bevölkerung nicht optimal sichergestellt sind.

Zweitens. Nutzbarmachung – und da beziehe ich mich auf das, was der Kollege Ferretti gerade ausgeführt hat – bislang nicht verwendeter neuer Energiequellen.

Drittens. Schluß mit der Energieverschwendung! Das gilt auch für die Dritte Welt. Ich habe in Venezuela vor ein paar Wochen erleben müssen, daß dort der Liter Benzin sieben Pfennig kostet. Das regt nicht gerade dazu an, sparsame Automobile herzustellen, sondern dazu, amerikanische „Schluckmobile" einzuführen. Wir Parlamentarier müssen den Mut haben, beim Energieverbrauch gesetzgeberisch die Notbremse zu ziehen.

Viertens. Stopp dem weltweiten Rüstungswettlauf! Dort werden nicht nur Gelder verschwendet, sondern auch Energie und menschlicher Erfindungsgeist.

Fünftens. Umweltgerechte Nutzung einheimischer Energieträger.

Sechstens. Stopp auch dem vorzeitigen Verschleiß und Zerfall von Produkten! Durch präventiven Korrosions- und Rostschutz kann zum Beispiel ein Vielfaches derjenigen Energie eingespart werden, die bei der Reparatur einzelner Produkte aufgewendet werden müßte.

Besten Dank, Herr Präsident.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sozusagen als Auftakt dieser Debatte, die sich mit Fragen der **Energieversorgung** und vor allem der Nuklearenergie befaßt, hat heute früh ein beachtenswertes Ereignis stattgefunden: Wieder einmal wurden Erdölpreise erhöht. Kuweit hat den Preis um 10 % erhöht, und Mexiko, das vom Kollegen Holtz gerade noch als verantwortungsbewußt bezeichnet wurde, hat eine Preiserhöhung um 8 % vorgenommen.

Daraus ergibt sich das, was in dem Bericht des Kollegen Ferretti zu lesen ist, daß nämlich drei Dinge sicher und konkret vorausgesagt werden können.

Mit diesen drei Dingen meinte er erstens einen permanenten Preisanstieg für Öl.

Zweitens meinte er eine permanente Verknappung, die vor allem auch dadurch eintritt, daß die Vereinigten Staaten in den nächsten Jahren zusätzliches Öl importieren und deswegen auf dem Welterdölmarkt verschärft als Mitwettbewerber auftreten werden. Ergänzend möchte ich hierzu sagen, daß wahrscheinlich auch die Sowjetunion hinzukommt. Denn nach allem, was man weiß, wird die Sowjetunion in den nächsten Jahren ebenfalls vom Exporteur zum Importeur von Erdöl werden.

Der dritte Punkt ist die politische Unsicherheit in den Räumen, wo Erdöl gefördert wird. Hier möchte ich gar nicht so weit gehen wie etwa der Bundeskanzler der Bundesrepublik, der in diesem Zusammenhang ja einmal von einer drohenden Kriegsgefahr gesprochen hat.

Bei dieser Situation sehen wir ein Europa, das im Vergleich zu der sogenannten Dritten Welt im Wohlstand lebt und weiter an Wachstum glaubt. Dieses Wachstum aber und der Wohlstand werden gefährdet sein, wenn es uns nicht gelingt, Alternativ- bzw. Ersatzenergien für das Erdöl in Europa bereitzustellen.

Fast noch schlimmer ist die Tatsache, daß diejenigen, die schon bisher auf der Strecke geblieben waren, nämlich die Dritte Welt, noch stärker davon betroffen sein werden. Wir können es uns mit den Währungsreserven noch leisten – z. B. die Bundesrepublik –, erhöhte Preise zu zahlen, während die Dritte Welt weiter ins Elend zurückgestoßen wird. Im Nord-Süd-Konflikt sieht der Süden keine große Chance des Aufstiegs mehr.

Welches ist die Alternative dazu? Natürlich ist sie auf der einen Seite das Sparen von Energie. Aber auf der anderen Seite geht es auch um **alternative Energieträger,** die eingesetzt werden können, um Öl zu ersetzen.

Sicher, es gibt auch die Kohle. Sicher, es gibt auch andere Entwicklungen. Aber wir wissen, daß auch der Einsatz von Kohle problematisch ist. Die Kollegen aus Schweden werden uns sicher erzählen können, wie ihre Seen aussehen, wie die Luft, die aus dem Ruhrgebiet und aus Südengland nach Südschweden getrieben wird, dort zum Absterben der Gewässer geführt hat. Wir kennen die Berichte aus den Vereinigten Staaten, wonach Kraftwerke, die auf Heizbasis – sowohl Erdöl wie Kohle – aufgebaut sind, jährlich zu 15 000 bis 18 000 Toten östlich des Mississippi führen.

Das heißt, im Grunde genommen bleibt nur die **Kernenergie** übrig. Auch hier möchte ich an das anknüpfen, was in dem Bericht des Kollegen Ferretti steht. Gedacht werden muß nicht nur an eine Kernenergienutzung nach der bisherigen Technologie, sondern darüber hinaus auch an eine Nutzung nach der Brütertechnologie, auch aus Gründen der Versorgungssicherheit.

Nun, alles, was technisch neu ist, ist problematisch. Ich möchte Ihnen das an einem Beispiel vor Augen führen.

Als im Jahre 1835 im Bereich des Deutschen Bundes die erste Eisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth eröffnet wurde – in den anderen Bereichen des Deutschen Bundes fuhr man damals noch auf dem gelben Wagen –, hatte das bayerische oberste Medizinalgremium entschieden, diese Eisenbahn sei lebensgefährlich, weil der menschliche Organismus ihre Höchstgeschwindigkeit von 20 Kilometern in der Stunde auf die Dauer nicht ertragen könne. Man weiß, daß diese Prophezeiung nicht richtig war. Der Tod ist bei den Passagieren nicht eingetreten.

Damit möchte ich keineswegs verharmlosen, was etwa im Zusammenhang mit der Atomenergie zur Debatte steht. Aber ich habe die Begebenheit als ein Beispiel dafür erwähnt, daß neue technische Einrichtungen beim Bürger immer zu Unsicherheiten führen, wenn er über sie nicht genau informiert wird.

Wenn wir die Fragen der **Strahlenbelastung** anschneiden, müssen wir wissen, daß die Strahlenbelastung durch Kernkraftwerke nach einem offiziellen Bericht in meinem Lande nur 0,001 mrem im Jahr beträgt, während die natürliche Strahlenbelastung in meinem Lande zwischen 4 und 294 mrem im Jahr liegt. Das heißt, die Bürger im Bayerischen Wald, wo die Strahlenbelastung mit 294 mrem am höchsten ist, müssen eigentlich, wenn es nach den Grünen und den Kernkraftgegnern ginge, sofort evakuiert werden, weil sie in einem „lebensgefährlichen" Gebiet leben.

Ein anderes Beispiel: Sie müßten 39 Kilogramm Fische, die im Kühlwasserausfluß des Kernkraftwerks Brunsbüttel gefangen worden wären – dieses Wasser ist leicht radioaktiv – essen, um eine Belastung von 1 mrem aufzunehmen. Sie müssen aber keine 39 Kilogramm dieser Fische essen, Sie können es sich viel leichter machen und nur zwei Stunden in einem Flugzeug fliegen. In der großen Flughöhe betrüge die Strahlenbelastung ebenfalls 1 mrem. Sie sehen, wie relativ das alles ist. Sie sehen auf der anderen Seite, wie verunsichert und ängstlich die Bevölkerung ist, weil sie nicht genau Bescheid weiß.

Ein Aspekt ist insbesondere im Zusammenhang mit Wahlen – und Herr Kollege Holtz hat die Grünen erwähnt – ganz interessant: Wo es Kernkraftwerke gibt – und in meiner unmittelbaren Nachbarschaft steht das Kernkraftwerk Ohu an der Isar –, ist die Mobilisierung der Bevölkerung gegen Kernkraftwerke am geringsten, nicht am stärksten, weil die Bürger dort wissen, wie Kernkraftwerke funktionieren und sie nicht irgend etwas Irrationales in diesen Kernkraftwerken sehen.

Was hat das für Konsequenzen? Liebe Kollegen, ich glaube, die größte Verantwortung auf diesem Gebiet haben die sogenannten Medien. Das, was einige Medien nach dem Unfall von Harrisburg und in einigen anderen Fällen gemacht haben, war im Grunde genommen absolut unverantwortlich. Da hat es zum Beispiel unmittelbar nach dem Unfall in Harrisburg im Kernforschungszentrum in Garching bei München einen Unfall gegeben. Es handelte sich um einen kleinen Kellerbrand. Die Zeitungen kamen mit Schlagzeilen heraus, daß 10 000 Todesfälle ge-

droht hätten, wenn dort bestimmte radioaktive Substanzen irgendwie von diesem Feuer angegriffen worden wären.

Die einzige richtige Antwort, die darauf gegeben wurde, kam von dem Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, der bedeutendsten wissenschaftlichen Vereinigung in der Bundesrepublik. Er erklärte, daß, wenn das so sei, jede Apotheke in der Bundesrepublik geschlossen werden müßte; denn in jeder Apotheke liegen Giftstoffe, um 8000, 9000 oder 10 000 Menschen zu töten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen: Die Medien haben hier eine ungeheure Verantwortung. Man kann nur an die Journalisten, ganz gleich, wo, appellieren, sich ihrer Verantwortung bewußt zu zeigen.

Das Dritte: Auch die Politiker tragen Verantwortung. Bei den Politikern ist vor allem eines, was wir immer wieder merken, zu kritisieren: Sie neigen dem in meinem Lande so genannten Sankt-Florian-Prinzip zu. Das heißt, sie sind bemüht, nur selbst nicht betroffen zu sein, im eigenen Bereich kein Kernkraftwerk zu haben, während es woanders Kernkraftwerke ruhig geben könne. Der Zweck dieses Verhaltens ist, irgendwelchen Aufklärungsaktionen, irgendwelchen Diskussionen aus dem Wege gehen zu können. Ich halte diesen Opportunismus für schlechthin unverantwortlich. Man kann entweder gegen Kernkraftwerke sein – darüber kann man diskutieren –, oder man kann für Kernkraftwerke sein; dann muß man aber auch bereit sein, für solche Einrichtungen im eigenen Bereich einzutreten.

Verehrte Kollegen, ich komme zum Schluß: Das Entscheidende dürfte sein, daß auch die Politiker mit dazu beitragen, der Bevölkerung die Wahrheit über Radioaktivität, über Kernkraftwerke, über Energien und über Alternativen zu sagen: die Wahrheit, daß man ohne diese Kernkraft nicht auskommen wird, die Wahrheit, daß ohne die Nutzung der Kernkraft in den industriell entwickelten Staaten in den „armen" Ländern — und das ist die Mehrheit der Staaten dieser Welt — das Elend noch weiter wachsen wird und es dann keine Solidarität zwischen den reichen und den armen geben kann.

Das heißt also: Verantwortungsbewußtsein ist das, was die Politiker heute auszeichnen muß. Eine Strategie der Panik- und Angstmache ist das Letzte, was wir in diesem Bereich der Politik brauchen können.

Dr. Vohrer (FDP): Frau Präsident! Herr Generalsekretär! Verehrte Kollegen! Wir haben heute die Aufgabe, nicht nur Ihren Bericht, Herr van Lennep, zu diskutieren, sondern auch die Resolution und den ausführlichen und sehr detaillierten Bericht, den uns Herr Stray vorgelegt hat.

Als Mitglied des Wirtschaftsausschusses darf ich vielleicht bemerken, daß wir uns sehr gefreut haben, daß Sie vieles aus der Debatte über den Bericht aufgenommen und in der Resolution zum Ausdruck gebracht haben. Ich freue mich sehr, daß dadurch der Bericht sehr ausgewogen und für die Mehrzahl der hier versammelten Mitglieder sicherlich auch akzeptabel wurde.

Gefreut habe ich mich auch über Ihren heutigen Beitrag, Herr Stray, in dem Sie zum Ausdruck gebracht haben, daß es sich für Sie nicht um eine Ölkrise handelt, sondern darum, daß das Öl teurer geworden ist, daß sich dadurch viele volkswirtschaftliche Schwierigkeiten ergeben können, daß sich die Ölknappheit in steigenden Preisen ausdrückt und daß wir mit dieser Situation fertig werden müssen. Mit Aufmerksamkeit habe ich auch verfolgt, daß Herr van Lennep deutlich machte, daß die steigenden Ölpreise Voraussetzung dafür sind, daß im Energiebereich Substitutionsvorgänge in Gang kommen und intensive Bemühungen in unseren Volkswirtschaften stattfinden, die geeignet sind, wirklich Öl zu sparen, Öl und Energie insgesamt besser zu nutzen.

Weiterhin hat Herr Stray erklärt, daß er Wachstum bejaht, aber ein Wachstum mit weniger Rohstoff- und weniger Energieverbrauch. Das ist keineswegs die Quadratur des Zirkels, sondern das ist ohne weiteres möglich. Denken wir nur daran, daß die Möglichkeiten des Recycling von Rohstoffen noch nicht annähernd ausgeschöpft sind und daß durch Recycling sowohl Energie als auch Rohstoff gespart werden kann.

Ich möchte in meinem Beitrag nicht auf die Details eingehen, auf die Kommastellen der Inflationsraten oder der Arbeitslosigkeit. Ich möchte hier auch kein neues Energiekonzept entwerfen, sondern mich auf einen einzigen Punkt konzentrieren: auf die Wachstumsziele der OECD. Immer wieder hört man in Berichten und Beiträgen der OECD, das Wachstum sei nicht ausreichend, zu gering, zu langsam. Denn das Wachstum wird immer wieder als Vehikel benutzt, um aktuelle wirtschaftspolitische Probleme zu lösen, um einen Beitrag zu leisten zur Lösung von Beschäftigungsproblemen, Problemen der Einkommensverteilung, der Inflation oder all der wirtschaftlichen Übel, die sonst noch aufgeführt werden, der öffentlichen Verschuldung oder des Ungleichgewichts der Zahlungsbilanz. Es wird aber nicht ausreichend auf die negativen Nebenwirkungen eingegangen, die mit dem **wirtschaftlichen Wachstum** verbunden sind. Das wirtschaftliche Wachstum wird nicht in dem Maße kritisch diskutiert, wie ich es mir wünschen würde.

Wir müssen uns die Frage stellen: Was ist wirtschaftliches Wachstum?. Wie wird es gemessen? Haben wir überhaupt die richtigen Ansätze, um das Bruttosozialprodukt als Indikator für den Wohlstand zu erfassen? Wir müssen uns fragen, was eigentlich wachsen soll.

Denn wir als Politiker sind aufgefordert, ein wirtschaftliches Wachstum zu bewerkstelligen, das die Ressourcen besser nutzt, das die vorhandenen Kapazitäten besser auslastet und nicht nur auf natürliche Rohstoffe zurückgreift, die dann späteren Generationen fehlen. Für mich besteht ein großer Unterschied, ob wirtschaftliches Wachstum mit vorhandenen Ressourcen bewerkstelligt wird oder ob

wirtschaftliches Wachstum durch Eingriff in den Naturhaushalt erreicht wird.

Ich erwarte von der OECD auch gedankliche Anregungen in bezug auf die Frage, welches die marktwirtschaftlichen Ansätze sind, um wirtschaftliches Wachstum bei limitierten Ressourcen zu bewerkstelligen. Hierher gehört auch die Debatte über das Verursacherprinzip: inwieweit wir mit unserem jetzigen Wirtschaftssystem auch die Nebenwirkungen genügend erfassen, inwieweit bei unserem jetzigen Wirtschaftssystem im Preis auch die wirkliche Knappheit der Produkte zum Ausdruck kommt. Bislang spielte für die Preisgestaltung der Umstand, inwieweit durch die Herstellung des Produkts die Ressourcen für künftige Generationen beeinträchtigt werden, kaum eine Rolle.

Ich stelle mir auch die Frage, ob seitens der OECD ein ausreichender Beitrag für die Lösung des Problems geleistet wird, wie die internationale Kooperation zu gestalten ist, damit die einzelnen Länder in der Lage sind, wirtschaftliches Wachstum ohne negative ökologische Nebenwirkungen zu erzielen. Ich beobachte immer wieder, daß in den nationalen Parlamenten argumentiert wird: Wir können hier nicht vorangehen, das bringt für uns Kostenerhöhungen, und wegen unserer starken internationalen wirtschaftlichen Verflechtung können wir solche einseitigen Kostenstrukturveränderungen nicht vornehmen, denn dadurch würde unser Außenhandel und würden letztlich auch unsere Arbeitnehmer unvertretbar belastet.

Wenn diese Fragen nicht befriedigend beantwortet werden, bleiben wir Politiker in einer mißlichen Situation. Denn wir können ohne eine Beantwortung dieser Fragen der Bevölkerung nicht sagen, wie ihren immer dringender werdenden Sorgen abgeholfen werden kann.

Der Präsident sagte in seinen einleitenden Worten, die OECD sei für Realismus, Imagination und Kooperation bekannt. Ich würde sagen, in bezug auf Imagination, auf Vorstellungskraft könnte man von der OECD mehr erwarten. Ich habe den Ansatz der OECD immer als etwas konservativ empfunden und hatte den Eindruck, daß von der OECD mehr reagiert als vorausgedacht wird. Ich würde mich sehr freuen, wenn sich dies änderte und wenn dies auch bei internationalen Konferenzen zum Ausdruck käme. Daß UNCTAD V kein Beispiel für Originalität war, brauche ich niemandem zu sagen, der die Verhandlungen in Manila verfolgt hat.

Ich würde mich auch freuen, wenn die OECD einmal ein Gespräch mit den OPEC-Ländern führte, in dem zum Ausdruck käme, warum die Industrienationen die **Preise der Erdölprodukte** in diesem Maße erhöhen und daß in diesem Preis nicht nur das Produkt abgegolten wird, sondern auch sehr viele Nebenwirkungen abgegolten werden.

Ich denke daran, daß in meinem Land auf dem Ölverbrauch die Mineralölsteuer liegt, die alle Kosten, die das Automobil verursacht – vom Straßenbau bis zum Unfallrettungsdienst, von der Verkehrsregelung bis zu allen möglichen Lärmschutzmaßnahmen –, abdecken soll. Das ist ein ganzes Bündel von Nebenkosten, das – nach dem Verursacherprinzip – auf einem Produkt lastet. Das sollte auf der anderen Seite nicht in der Form fehlinterpretiert werden, daß man sagt: Wir bieten das Produkt so billig an, ihr verkauft es so teuer, also können wir beliebig die Preise erhöhen.

Solche grundsätzlichen Diskussionen sollten von der OECD verstärkt geführt werden, damit systematische, marktwirtschaftsimmanente Probleme der anderen Seite besser vor Augen geführt werden.

Ich fordere auch immer wieder von der OECD, mehr Impulse zu geben, damit uns **Sozialindikatoren** zur Verfügung gestellt werden und die Diskussion um Fragen des qualitativen Wachstums nicht immer in ideologische Glaubensbekenntnisse einmündet.

Wir sollen Entscheidungen der Art fällen, ob öffentlicher Verkehr oder Individualverkehr besser ist. Wir haben nicht die ausreichenden Zahlen als Entscheidungshilfen, um ohne den Verdacht ideologischer Voreingenommenheit den Nachweis führen zu können, daß wir uns auf Grund der Abwägung volkswirtschaftlicher Kosten für Schiene oder Straße entschieden hätten.

Ich möchte zum Schluß eines ganz deutlich machen. In diesem Parlament sitzen im Moment noch keine Vertreter ökologischer Parteien. In meinem Land wurden am vergangenen Sonntag erstmals Vertreter solcher Parteien auf Landesebene in ein Parlament gewählt. Ich habe viel Verständnis für die jüngeren Leute, die sich gezielt dieser Frage annehmen und die von uns Politikern eine stärkere Beachtung dieser Fragen bei unseren Entscheidungen verlangen. Ich kann also nur in aller Deutlichkeit darauf aufmerksam machen – und das nicht unter der momentanen Einwirkung des Ergebnisses einer Wahl in einem kleinen Bundesland –, daß alle Parteien gefordert sind, klar ihre Lösungsansätze für die ökologischen Probleme aufzuzeigen.

Wir sollten von der OECD verlangen, daß sie das Etikett einer gewissen Wachstumsgläubigkeit, das bisher ihrer Politik angehängt werden kann, ablegt und sie ihre Vorstellungen für die zukünftige marktwirtschaftliche Politik in den Industrienationen auch stärker darauf ausrichtet, wie dabei die ökologischen Probleme gelöst werden können.

Daß der Bericht, den Herr Stray hier vorgelegt hat, in einigen Punkten dieser Anforderung gerecht wurde, hat mich sehr gefreut und ermöglicht es mir, wie gesagt, ihm zuzustimmen.

Wenn es der OECD gelänge, mit mehr Nachdruck vorausschauend zu denken, um uns Politikern Entscheidungshilfen zu geben, wäre ich im Hinblick auf die zukünftige Zusammenarbeit in dieser parlamentarischen Versammlung sehr optimistisch und könnte mir auch vorstellen, daß unsere Freunde aus Übersee einige vernünftige und für sie sehr hilfreiche Anregungen mitnehmen könnten.

Abg. Dr. Vohrer wendet sich in einem mündlichen Änderungsantrag gegen die Annahme von Paragraph/Ziffer 16 c der nachstehenden Entschließung 710, der jedoch abgelehnt wurde.

Dr. Vohrer (FDP): Herr Präsident, der Bericht, den Herr Stray erarbeitet und der im Ausschuß eine breite Zustimmung gefunden hat, hat diese Unterstützung vor allem deshalb bekommen, weil Herr Stray als Berichterstatter immer wieder auf die Anregungen aus dem Ausschuß eingegangen ist und sich sehr bemüht hat, einen konsensfähigen Bericht vorzulegen.

Da Abschnitt c des Berichts davon ausgeht, daß für nukleare Energie eine Notwendigkeit besteht, also jegliche Option, auch ohne **Kernenergie** auszukommen, ausklammert, wird es für all diejenigen, die an dem Konsens und dem Kompromiß mitgewirkt haben, schwierig, anschließend dem Bericht zuzustimmen. Ich bitte deshalb darum, daß der Abschnitt c nicht unterstützt wird, damit auch diejenigen dem gesamten Bericht zustimmen können, die dazu sonst nicht in der Lage wären.

Entschließung 710

betr. Antwort auf den Tätigkeitsbericht der OECD für das Jahr 1978

Die Versammlung

1. hat vom Tätigkeitsbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für das Jahr 1978 (Dok. 4358) und vom Bericht ihres Ausschusses für Wirtschaft und Entwicklung (Dok. 4410) Kenntnis genommen;

I. Wirtschafts- und Energiefragen

2. stellt fest, daß das OECD-Gebiet trotz der ermutigenden Erfolge bei der Reduzierung von Inflation und Ungleichgewichten in der Zahlungsbilanz in bestimmten Ländern insgesamt immer noch durch langsames Wachstum und unannehmbar hohe Arbeitslosenquoten gekennzeichnet ist;

3. ist der Auffassung, daß die Erzielung eines höheren Wirtschaftswachstums, das ausreicht, um eine allmähliche Rückkehr zur Vollbeschäftigung und die erforderlichen Investitionen in Energieerhaltungs- und -entwicklungsprojekte sicherzustellen, die dringlichste Aufgabe für die Regierungen der OECD-Länder in den kommenden Jahren ist, und daß diese Aufgabe auf der Grundlage des vom OECD-Rat im Jahre 1978 gebilligten konzertierten Aktionsprogramms zur Verwirklichung eines anhaltenderen Wirtschaftswachstums eine intensive internationale Zusammenarbeit und Koordinierung erfordert;

4. ist besorgt über die Tatsache, daß die Chancen für die Verwirklichung dieses Wachstums in den nächsten Jahren nicht so gut sind, so lange die derzeitigen Verhaltensbeziehungen (Lohn-Preis-Spirale) und andere strukturelle Zwänge (Energie) weiterhin bestehen, und weist darauf hin, daß diese Lage ferner eine intensive Konsultation zwischen Regierungen und Sozialpartnern erfordert, um die Folgen der verschiedenen wirtschafts- und sozialpolitischen Optionen gründlich zu analysieren;

5. räumt ein, daß der sprunghafte Anstieg der Energiepreise ein ernsthaftes Hindernis für die Bekämpfung der Inflation ist und daß eine dauerhafte Rückkehr zu nichtinflationärem Wachstum, das für die Verwirklichung der Vollbeschäftigung erforderlich ist, nur zu erwarten ist, wenn effektive Politiken verfolgt werden, die darauf abzielen, Versorgungsknappheiten durch eine mehr als ausgleichende Anhebung der Energieproduktion in den Nicht-OPEC-Ländern wettzumachen;

6. ist der Auffassung, daß die ständig steigenden Ölpreise in angemessener Weise an die Energieverbraucher weitergegeben werden sollten, damit die Energieeinsparung und Entwicklung von alternativen Energiequellen gefördert wird, und daß der Anstieg der Ölpreise die Aussichten auf höhere Realeinkommen für alle sozialen Gruppen verringert;

7. begrüßt die von den Energieministern der sieben Länder des „Tokyoer Gipfeltreffens" auf ihrer Tagung am 26. September 1979 in Paris getroffene Entscheidung, eine internationale Energietechnologiegruppe zu bilden, die die Aufgabe hat, die internationale Zusammenarbeit im Bereich der großangelegten Kommerzialisierung von Kohle, der Entwicklung von Kernenergie und der Erforschung von alternativen Energiequellen zu verfolgen;

8. bedauert jedoch die unzureichenden Ergebnisse der Energiesparprogramme in den meisten Industrieländern trotz der von der Internationalen Energiebehörde durchgeführten Kampagne, die dazu führte, daß der Monat Oktober 1979 zum Internationalen Energiesparmonat erklärt wurde;

9. betont die Bedeutung selektiver Maßnahmen zur Bewältigung von Inflations- und Energiekrisen, vor allem konkreter Anpassungs- und Restrukturierungspolitiken in der Industrie und in anderen Bereichen, der Ankurbelung von Klein- und Mittelbetrieben, insbesondere durch eine Verringerung der bürokratischen Last und den Ausbau arbeitsintensiver Dienstleistungen in den Bereichen Sozialwesen und Umwelt;

10. begrüßt das vom OECD-Rat gebilligte OECD-Sonderarbeitsprogramm über konkrete Anpassungspolitiken, die die erforderliche strukturelle Anpassung sowie die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der betreffenden Sektoren fördern sollen;

11. ist überzeugt, daß die Schaffung besserer Bedingungen für die technologische Neuerung ein zentraler Bestandteil dieser Politiken sein muß;

12. verweist auf die Überprüfung der Richtlinien für multinationale Unternehmen, die 1979 stattfand, und betont die Notwendigkeit, die Durchführung dieser Richtlinien unter Beteiligung von Vertretern aus Gewerkschaft, Industrie und Handel weiterhin zu überwachen;

13. erinnert an ihre Entschließung 639 (1976) und hofft, daß sie Gelegenheit haben wird, in bezug auf die Durchführung der Richtlinien für multinationale Unternehmen ihre Ansichten zu äußern und mit den zuständigen Gremien in der OECD zusammenzuarbeiten, ehe ihre nächste Überprüfung fällig ist;

14. fordert die Regierungen der OECD-Länder auf:

    i) die internationale Zusammenarbeit und Koordinierung hinsichtlich der nationalen wirtschafts- und energiepolitischen Maßnahmen auf der Grundlage des konzertierten Aktionsprogramms zu verbessern, damit eine Rückkehr zu einem angemessenen nichtinflationären Wachstum und damit zur Vollbeschäftigung im Rahmen der OECD möglich wird, und die Sozialpartner zu der regelmäßigen Überprüfung der im Zuge dieses Programms erzielten Fortschritte heranzuziehen;

    ii) Initiativen für ein reibungsloseres Funktionieren des internationalen Währungssystems zu ergreifen, damit eine zu große kurzfristige Schwankung der Wechselkurse vermieden wird, die eine nachteilige Wirkung auf das Vertrauen und die wirtschaftliche Aktivität hat;

    iii) Mittel und Wege zu prüfen, um die Arbeitslosigkeit durch die Einführung von Teilzeitbeschäftigungen, flexibler Altersgrenzen, einer international konzertierten Herabsetzung der Arbeitszeit sowie einer größeren Flexibilität des Arbeitsmarktes zu lindern;

    iv) die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch eine Konzentration auf arbeitsintensive Tätigkeiten, im tertiären (z. B. Verkehr, Handel, Versicherungen, Bankwesen) und quartären (z. B. Dienstleistungen im sozialen und kulturellen Bereich, Umweltschutz) Bereich zu fördern;

    v) sich protektionistischen Maßnahmen zu widersetzen, konkrete Anpassungsprogramme zur Erweiterung der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit in den von den neuen Strukturen des internationalen Handels betroffenen Bereichen zu intensivieren und die Entwicklung von Industrien, die einen vergleichsweisen Vorteil bieten, besonders zu begünstigen;

    vi) sich so genau wie möglich an die von der Internationalen Energiebehörde im Jahre 1977 gebilligten „Entscheidung über Gruppenziele und Prinzipien für die Energiepolitik" zu halten, die eine ausgezeichnete Grundlage für nationale Maßnahmen und die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Energieeinsparung und der Entwicklung neuer Energiequellen bietet;

    vii) die Kampagne der Internationalen Energiebehörde durch die energische Durchführung von Maßnahmen, die Unternehmen, staatliche Dienststellen und Privatpersonen zur Energieeinsparung anregen können, voll zu unterstützen: Steuervorteile, Beihilfen, Bauzuschüsse, die Rückführung von ungenutzter Energie usw.;

    viii) die schnellere Entwicklung der Erforschung neuer und erneuerbarer Energiequellen zu fördern;

    ix) die langfristigen Folgen und Risiken in bezug auf die sozialen und wirtschaftlichen Kosten zu ermitteln, die sich aus der Entwicklung verschiedener Arten von Energie, nicht nur Kohle und Atomkraft, sondern auch neuer Energiequellen, ergeben;

    x) die Durchführung der Richtlinien für multinationale Unternehmen und die laufenden Arbeiten der OECD in diesem Bereich weiterhin zu unterstützen und die im Juni 1979 vom OECD-Rat angenommene Empfehlung über die Festlegung von Transferpreisen zwischen Schwestergesellschaften tatsächlich anzuwenden;

II. Landwirtschaft

15. unterstützt die Durchführung von Abkommen, die sich aus den multilateralen Wirtschaftsverhandlungen ergeben, und fordert die Mitgliedstaaten der OECD auf, die Erfordernisse der Entwicklungsländer zu berücksichtigen und damit zur Verwirklichung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung beizutragen;

16. begrüßt die Durchführung eines konzertierten Forschungsprojekts über die Erzeugung und den Schutz von Nahrungsmitteln, damit die Forschung im Hinblick auf die Sicherstellung einer ausreichenden Nahrungsmittelproduktion landwirtschaftlichen Ursprungs unter geringerer Zuhilfenahme nicht erneuerbarer Produktionsfaktoren gefördert wird, und betont, daß dieses Unternehmen eindeutig den Anliegen entspricht, die die Versammlung in bezug auf die Förderung der landwirtschaftlichen Forschung im allgemeinen und die außerordentliche Rolle, die die Landwirtschaft im Zusammenhang mit der allgemeinen Energieknappheit und der Lage auf dem Arbeitsmarkt spielt, zum Ausdruck gebracht hat;

17. begrüßt ferner, daß die OECD in ihren technischen Kooperationsprogrammen Maßnahmen ergriffen hat, um den südeuropäischen Ländern bei der gemeinsamen Verwertung ihrer Erfahrungen zur Verbesserung der Rentabilität öffentlicher Investitionen zu helfen, und damit den ebenfalls von der Versammlung befürworteten Nord-Süd-Dialog in Europa intensiviert;

18. vermerkt mit Genugtuung die von der OECD ergriffenen Maßnahmen, um unter Berücksichtigung der Tatsache, daß das Nahrungsmittelproduktions- und -verteilungssystem gegenwärtig eine tiefe strukturelle Umwälzung erfährt, die den nichtlandwirtschaftlichen Unternehmern auf Kosten der Landwirtschaft eine beherrschende Position einräumt, das Verhalten des Nahrungsmittelsektors zu verbessern;

19. erinnert daran, daß sie der Beurteilung der durch die Erweiterung der nationalen Zuständigkeit entstandenen Lage auf dem Fischereisektor große Bedeutung beimißt, wodurch beträchtliche Änderungen in den Preis- und Absatzbedingungen für Meeresprodukte entstanden sind, und möchte die OECD in ihrer Überprüfungstätigkeit in diesem Bereich ermutigen;

20. fordert die Regierungen der OECD-Mitgliedstaaten auf, die in den Absätzen (15) bis (19) aufgeführten Tätigkeiten dieser Organisation voll zu unterstützen;

III. Umweltschutz und andere Aktivitäten

21. bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß Umweltschutz, Straßenforschung, Stadtverwaltung und Tourismus im OECD-Arbeitsprogramm weiterhin als vorrangig erscheinen, und ersucht den OECD-Rat und die Mitgliedsregierungen:

    i) die wirtschaftlichen Auswirkungen des Kampfes gegen die Umweltverschmutzung auf Industrie und öffentliche Dienststellen weiterhin systematisch zu untersuchen, damit die Kosten für den Umweltschutz zu einem ständigen Faktor in der Berechnung der allgemeinen Kosten für Produktion oder Dienstleistungen werden;

    ii) bei der Anregung staatlicher und privater Unternehmen zur Energieeinsparung und Entwicklung neuer und erneuerbarer Energiequellen die Auswirkung dieser Maßnahmen auf den Umweltschutz zu berücksichtigen;

    iii) die Öffentlichkeit über die wirtschaftliche Notwendigkeit der Kernenergie, die während des gesamten Produktionszyklus geltenden Kontrollmaßnahmen, die verfügbaren Mechanismen im Falle von Unfällen, die Möglichkeiten der Verarbeitung radioaktiver Abfälle und die ökologischen Auswirkungen der Kernenergie im Vergleich zu anderen Energiequellen zu informieren;

    iv) die Verwaltung und Nutzung regionaler Hilfsfonds zu rationalisieren;

    e) der Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas ein Informationspapier über die verschiedenen Aspekte der Arbeit der OECD vorzulegen, die für die Vertreter der Gemeinden von Interesse sind;

    f) die Zusammenarbeit zwischen dem Umweltschutzausschuß der OECD und dem im Rahmen des Europarats tätigen Europäischen Ausschuß zum Schutz der Natur und der Bodenschätze zu verbessern;

    g) die bereits hergestellte Zusammenarbeit zwischen der OECD und der UN-Wirtschaftskommission für Europa besonders in Fragen der grenzüberschreitenden Luftverschmutzung fortzusetzen.

Entschließung 711

in Beantwortung des 6. und 7. Tätigkeitsberichts der OECD-Atomenergiebehörde (1977 und 1978)

Die Versammlung

1. hat den 6. und 7. Tätigkeitsbericht der OECD-Atomenergiebehörde für die Jahre 1977 und 1978 geprüft und vermerkt, daß eines der Hauptziele der Behörde darin besteht, die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen ihrer Mitgliedstaaten bei der Beurteilung der künftigen Rolle der Kernenergie als Beitrags für den wirtschaftlichen Fortschritt zu fördern;

2. begrüßt die Rolle dieser Behörde, die nach dem Unfall von Harrisburg einen vollständigen Meinungs- und Informationsaustausch zwischen der Nuclear Regulatory Commission der Vereinigten Staaten und den Sicherheits- und Aufsichtsbehörden anderer Mitgliedstaaten ermöglichte;

3. vermerkt mit Besorgnis, daß Westeuropa nach den derzeitigen Vorhersagen bis über die 90er Jahre hinaus stark von Öleinfuhren abhängig und damit gegenüber Ereignissen in den ölproduzierenden Gebieten der Welt politisch und strategisch empfindlich bleiben wird – in bezug auf die Uranversorgung ist die Lage ähnlich;

4. ist überzeugt, daß von nun an energische Maßnahmen unternommen werden müssen, wenn sich die Lage bis zum Jahr 2000 bessern soll;

5. ist der Auffassung, daß es mittelfristig – ohne Beeinträchtigung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung – nicht möglich ist, die derzeitige Generation der thermischen Kernreaktoren zu umgehen, daß aber gleichzeitig rigorosere Energieeinsparungspolitiken betrieben werden müssen;

6. ist jedoch der Auffassung, daß die Rolle der Kernenergie längerfristig (über das Jahr 2000 hinaus) nach der Möglichkeit beurteilt werden muß, ob die derzeit starke Verflechtung zwischen Wirtschaftswachstum, das unerläßlich bleibt, und Energieverbrauch durch (a) eine viel rationellere Energienutzung, (b) viel wirksamere Verfahren der Kohleverbrennung und -nutzung und (c) einen Beitrag aus erneuerbaren Energien zu durchbrechen ist;

7. ist der Auffassung, daß die Erforschung moderner Konverter- und Brütertechnologien bis

zum Abschluß dieser Beurteilung der längerfristigen Rolle der Kernenergie und unter Berücksichtigung der derzeitigen Schätzungen der Uranreserven in der Welt fortgesetzt werden muß, daß aber Entscheidungen über die Nutzung dieser Technologien angesichts ihrer ökologischen und wirtschaftlichen Tragweite erst nach einer breiten demokratischen Diskussion getroffen werden dürfen;

8. ist sich bewußt, daß die öffentliche Meinung in einer demokratischen Gesellschaft ein entscheidender Faktor bei den Entscheidungen über die Technologie-Politik sein sollte;

9. begrüßt die Veranstaltung des 4. öffentlichen parlamentarischen Hearings über „Sicherheit und wirtschaftliche Aspekte des Schnellen Brüters", die im Rahmen ihrer „Übung in wissenschaftlicher Zusammenarbeit" stattfand;

10. ruft die Regierungen, die im Rahmen der OECD-Atomenergiebehörde zusammenarbeiten, auf:

    i) ihre Programme für die nukleare Sicherheit und ihre Verfahren und Praktiken hinsichtlich des Anlagebetriebs und der Überwachung im Lichte der Erfahrung des Unfalls von Harrisburg zu verstärken;

    ii) Studien über die Gesamtauswirkungen durchzuführen, die die für eine Verwendung der Nuklearoption erforderlichen Investitionen im Verhältnis zu den auf einer vergleichbaren Ebene erforderlichen Investitionen für Energieeinsparungen und rationelle Energienutzung sowie für die Verwendung neuer Techniken für die Umwandlung und Nutzung von Kohle und für die Entwicklung erneuerbarer Energien auf unsere Wirtschaft haben, und die Ergebnisse darüber zu veröffentlichen;

    iii) zur Kenntnis zu nehmen, daß die Kernenergie wahrscheinlich keine weitgehende öffentliche Zustimmung erhalten wird, wenn ihre Notwendigkeit und die damit zusammenhängenden Sicherheitsvorkehrungen nicht richtig erklärt werden, und die Behörde zu diesem Zweck zu ersuchen:

    — ihre Bemühungen um eine Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der nuklearen Sicherheit in allen Stufen des nuklearen Brennstoffkreislaufs zu verstärken;

    — die Möglichkeiten zu prüfen, um den Informationsbedürfnissen von Parlamentariern auf nationaler und internationaler Ebene sowie von regional und lokal gewählten Vertretern gerechter zu werden.

Mittwoch, 10. Oktober 1979

Tagesordnungspunkt:

Die Lage im Nahen Osten

Ansprachen des ägyptischen Staatsministers für auswärtige Angelegenheiten Boutros Boutros-Ghali und des israelischen Außenministers Moshe Dayan

Boutros Boutros Ghali (Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten der arabischen Republik Ägypten):

(Übersetzung aus dem Französischen)

Herr Präsident, es ist mir eine große Ehre, anläßlich des zweiten Teiles der 31. ordentlichen Sitzungsperiode Ihrer Parlamentarischen Versammlung der Einladung Ihrer hohen Versammlung zu folgen, um die Krise im Nahen Osten aus ägyptischer Sicht darzustellen.

Ich hatte bereits die Ehre, Ihre Unterkommission in Kairo zu empfangen, mit der ich die Krise erörtert habe, und heute habe ich mir vorgenommen, bestimmte Themen, die ich mit dieser Unterkommission angeschnitten habe, wieder aufzugreifen.

Die Krise im Nahen Osten, die Teil des fortdauernden Orientproblems ist, ist auf einen einzigen Gegensatz zurückzuführen, der auf mancherlei Art und Weise ausgedrückt werden kann: Orient – Okzident, Asien – Europa, Süd – Nord, Intuition – Logik, Imagination – Organisation, das Prinzip dieser Gegensatzpaare ist immer das gleiche. Seien Sie jedoch beruhigt, ich werde meine Analyse nicht auf die Normen der Psychologie stützen, und ich werde nicht bis zu den punischen Kriegen zurückgehen, die nach Herodot den Ausgangspunkt dieser Konfrontation bilden.

Ich will mich mit einem kurzen politischen Exposé begnügen, das auf eigenen Erfahrungen beruht und einen Rückblick auf die jüngsten Entwicklungen der schwierigen Verhandlungen geben soll, die wir sowohl auf der Ebene der bilateralen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern als auch auf der Ebene der Dreiergespräche über die palästinensische Frage mit den Israelis geführt haben.

Bevor ich mit dieser Analyse beginne, halte ich drei einleitende Bemerkungen für geboten: Zunächst einmal war der historische Besuch Sadats am 19. November 1977 in Jerusalem nicht die erste Friedensinitiative der Präsidenten. Schon am 4. Februar 1971 schlug Präsident Sadat den Israelis vor, den Suezkanal freizugeben und einen Zeitplan für Verhandlungen über die Anwendung der Entschließung 242 aufzustellen. Zwei Jahre später, am 16. Oktober 1973, als die Kämpfe nach dem Zusammenbruch der Barlev-Linie weitergingen, schlug Präsident Sadat die Einberufung einer internationalen Konferenz in Genf vor, um der militärischen Konfrontation ein Ende zu setzen. Noch weitere Initiativen, die alle zu ihrer Zeit nicht gebührend gewürdigt wurden, konnten die damals zwischen Kairo und Tel-Aviv bestehende Mauer des Mißtrauens, der Verständnis-

losigkeit und, ich möchte sogar sagen, des Hasses, nicht sprengen. Es ist jedoch wichtig, zu betonen, daß Präsident Sadat seit seinem Regierungsantritt jegliche Strategie des Zwanges und der Konfrontation abgelehnt und sich für eine Politik der Versöhnung und der friedlichen Koexistenz nach innen wie nach außen mit den nahestehenden wie mit den verfeindeten Staaten eingesetzt hat. Das ist die Lage der Dinge aus der Sicht Sadats, die wesentlich für das Verständnis der Außenpolitik meines Landes ist.

Zweite Bemerkung: Wie sehr Präsident Sadat sich auch der panarabischen Berufung Ägyptens bewußt war, die übrigens für die arabische Politik während der Nasser-Periode verantwortlich war, hat er auf seiner Suche nach dem Frieden doch immer die gemeinsame Annäherung der bilateralen vorgezogen.

Nach seiner Jerusalemreise am 19. November 1977 dachte er an eine internationale Konferenz, um den Impuls seiner Initiative am Leben zu erhalten und eine direkte Verhandlung mit den Israelis in Gang zu bringen. Ich war mit der Vorbereitung dieser Zusammenkunft beauftragt, und ich übergab den Botschaftern der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Syriens, Jordaniens, des Libanon, dem Repräsentanten der PLO sowie dem der Vereinten Nationen eine schriftliche Einladung zu dieser Zusammenkunft in Kairo, die zur Vorbereitung der Konferenz von Genf dienen sollte. Da wir keine direkten Beziehungen zu Israel hatten, oblag es unserem Ständigen Vertreter bei den Vereinten Nationen, die Einladung dem bei dieser Organisation akkreditierten israelischen Vertreter zu überbringen. Das Treffen fand beim Botschafter eines europäischen Staates, der Niederlande, statt, und ich freue mich, hier an diesem Ort noch einmal meinen Dank aussprechen zu können.

Ist es nötig, die Entwicklungen seit dieser ersten vorbereitenden Konferenz noch einmal zu wiederholen? Die eingeladenen Staaten entschuldigten sich, nicht daran teilnehmen zu können, oder antworteten überhaupt nicht. Nach Kairo kamen die Vereinigten Staaten, die Vereinten Nationen und Israel.

Wenn diese erste Konferenz auch die einzige blieb, so stellt sie doch das erste offizielle Zusammentreffen zwischen ägyptischen und israelischen Diplomaten und den Anfang eines langen Verhandlungsprozesses dar, der sich über Monate und Monate mit Höhen und Tiefen fortsetzte, der jedoch eines Tages in einer friedlichen und weltweiten Lösung der Nahostkrise enden sollte.

Während dieser Verhandlungen bestimmt das Prinzip der Kollektivität unser diplomatisches Vorgehen. Der Staat Israel besteht dagegen auf direkten Kontakten und strebt rein bilaterale Verhandlungen an. Bewußt oder unbewußt, mit oder ohne Absicht versucht Israel Ägypten von seinen verschiedenen Partnern und Freunden zu isolieren, vielleicht um seine Verhandlungsposition zu stärken oder aus Mißtrauen anderen bzw. Dritten gegenüber, – ganz gleich ob es sich dabei um Amerikaner, Europäer, UNO-Partner oder Araber handelt – wenn nicht gar, um mit Ägypten die eigene Isolierung zu teilen.

Dritte Bemerkung: In ihrem Gesamtrahmen mißt die ägyptische Diplomatie der Präsenz der UNO während der Verhandlungen sowie während der Durchführung der Abkommen und der Verträge, die daraus hervorgehen könnten, besondere Bedeutung bei. Die feste Bindung an die Vereinten Nationen ist immer ein Bestandteil der ägyptischen Außenpolitik gewesen, seitdem Ägypten im Jahre 1945 in San Francisco zur Gründung der Organisation beigetragen hat. Zu Recht oder Unrecht hat Ägypten die UNO immer als den einzigen Garanten der internationalen Legalität und als den institutionellen Rahmen für die Beilegung der zwischenstaatlichen Streitigkeiten schlechthin angesehen. Unser Beharren auf Beteiligung der Vereinten Nationen an unseren diversen Verhandlungen wurde von den Israelis immer mit Zurückhaltung, ja sogar mit Feindseligkeit aufgenommen. Darin schließen sie sich der Haltung der „rejektionistischen" arabischen Staaten an, die aus verschiedenen Gründen die Präsenz der Vereinten Nationen bei unseren Verhandlungen unterbinden wollen, um deren bilateralen Charakter zu unterstreichen und uns somit zu beschuldigen, einen Separatfrieden geschlossen zu haben.

Während der Delegierte der Vereinten Nationen ohne allzu langes Zögern an der vorbereitenden Konferenz in Kairo im Dezember 1977 teilgenommen hat, haben wir seine Präsenz während der Zusammenkunft in Jerusalem im Januar 1978 erst nach langen Verhandlungen erreicht. Allerdings ist er nur als Beobachter gekommen und, um diesen Status deutlich zur Schau zu stellen, ließ er sich einen Sitzplatz in bestimmter Entfernung zur Verhandlungsrunde, die von den Israelis im Salon des Hilton-Hotels in Jerusalem untergebracht worden war, einrichten.

Während der Blair House-Gespräche von September bis November 1978 in Washington wurde die Präsenz der UNO noch viel symbolischer. Sie beschränkte sich auf eine einzige Fahne neben den amerikanischen, ägyptischen und israelischen Fahnen am Eingang der Residenz.

Aus den gleichen Überlegungen heraus besteht der ägyptische Unterhändler immer darauf, in die Texte möglichst viele Bezüge auf Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen, auf ihre Leitsätze und ihre verschiedenen Entschließungen einzuarbeiten, während der israelische Unterhändler immer versucht, derartige Bezüge zu beseitigen oder ihre Reichweite zu beschränken.

Kurz, wir bemühen uns um einen umfassenden Frieden, an dem die größtmögliche Anzahl arabischer oder nichtarabischer Staaten als Partner, Zeugen oder Garanten beteiligt sein sollte, einen globalen Frieden, den die beiden Supermächte und die internationalen Organisationen garantieren und sanktionieren, während die Israelis einen Separatfrieden und eine bilaterale Lösung des Konflikts anstreben.

Dieser grundlegende Gegensatz war eines der wichtigsten Hindernisse während der Verhandlun-

gen von Camp David, Blair House und während der augenblicklich laufenden Dreierverhandlungen über die Zukunft von Transjordanien und Gaza.

So wollten wir während der Verhandlungen oder während der Blair House-Gespräche den Rückzug der israelischen Truppen aus dem Sinai eng mit ihrem Rückzug aus den palästinensischen Gebieten verknüpfen. Wir wollten eine ineinandergreifende Lösung der ägyptischen und palästinensischen Frage. Wir forderten in dem Entwurf des Friedensvertrages einen Palästina gewidmeten Artikel. Die Israelis lehnten jede de jure oder de facto-Verbindung zwischen den beiden Fragen ab. Sie erklärten sich höchstens bereit, die Palästinafrage nach Abschluß des Friedensvertrages mit Ägypten zu diskutieren.

Als Kompromiß haben wir nach langen Verhandlungen am 26. März 1979 in Washington zwei internationale Verträge unterzeichnet, die für die Israelis voneinander unabhängig, für uns aber einander ergänzend und eng miteinander verbunden sind.

Der erste Vertrag sieht den stufenweisen Rückzug der israelischen Truppen aus dem Sinai und die Normalisierung der ägyptisch-israelischen Beziehungen vor. Der zweite Vertrag sieht den teilweisen Rückzug der israelischen Truppen aus dem Gaza-Streifen und Westjordanien sowie die Errichtung einer autonomen palästinensischen Selbstverwaltung in diesen Gebieten vor.

Ein genauer Zeitplan wurde aufgestellt, um diese beiden Operationen aufeinander abzustimmen. So soll die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Kairo und Tel Aviv, das Symbol für den Beginn der Normalisierung zwischen den beiden Staaten, im Abstand von nur wenigen Monaten mit den Wahlen zu einer palästinensischen Behörde und mit der Beendigung der Besetzung Westjordaniens und des Gaza-Streifens durch israelisches Militär einhergehen.

Wenn die zweite Verhandlungsrunde beginnt, die das endgültige Statut der palästinensischen Gebiete festlegen soll, müssen sich die israelischen Besatzungsgruppen endgültig aus dem Sinai zurückgezogen haben. Diese zeitliche Abstimmung, die durch eine Verknüpfung von politischen und juristischen Faktoren hergestellt wurde, scheint für die Israelis nicht zu bestehen, obwohl die beiden Verträge auf den gleichen Abkommen von Camp David beruhen, die sich ihrerseits auf die gleichen Entschließungen der Vereinten Nationen stützen, und obwohl diese beiden Verträge von den gleichen Signatarstaaten geschlossen, durch den gleichen amerikanischen Bürgen garantiert und am gleichen Tage in Washington unterzeichnet wurden.

Ganz gleich, ob wir uns für die These, die nur eine de jure-Verbindung zwischen den beiden Verträgen zuläßt, oder diejenige, die nur eine de facto-Verbindung zwischen ihnen einräumt, entscheiden, das Ineinandergreifen der verschiedenen Phasen und Stufen, die zum Aufbau des Friedens zwischen Ägypten und Israel erforderlich und zur Schaffung des Friedens in Palästina unerläßlich sind, ist praktisch nicht aufzulösen. In dem Maße, wie sich die Israelis weigern, dieses Ineinandergreifen anzuerkennen, bleibt das Problem in seiner ganzen Tragweite und Komplexität bestehen.

Zu dieser Dimension des Problems muß man ferner die panarabische Dimension hinzufügen. Einer der Aspekte dieser Dimension, dessen Komplexität keinesfalls geringfügig ist, besteht in der feindseligen Politik der Mehrheit der arabischen Staaten gegenüber den Camp-David-Abkommen und den Verträgen von Washington. Die „Rejektionisten", insbesondere Syrien, der Irak, Lybien, Jordanien und die PLO verurteilen die ägyptische diplomatische Aktion und versuchen, Ägypten auf panarabischer, panafrikanischer, panislamischer Ebene und selbst innerhalb der bündnisfreien Bewegungen zu isolieren.

Ich habe mein Land auf dem afrikanischen Gipfel in Monrovia, beim Gipfeltreffen der bündnisfreien Länder in Havanna und letzten Samstag in New York anläßlich der außerordentlichen Sitzung des Rates der Außenminister der bündnisfreien Staaten vertreten.

Ich könnte die gemeinschaftliche Aktion, die von den „rejektionistischen" arabischen Staaten verfolgt wird, um die Isolierung Ägyptens zu verstärken, noch lange analysieren.

Mit anderen Worten, wir kommen über einen seltsamen Umweg zur Bildung einer faktischen Allianz zwischen den israelischen und den arabischen „Rejektionisten". Beide verurteilen aus völlig entgegengesetzten Gründen den Friedensprozeß und wollen Ägypten vom Rest der arabischen Welt isolieren. Die ägyptischen Friedensbemühungen werden somit von zwei Seiten eingeschränkt: Israel weigert sich, eine palästinensische Einheit anzuerkennen, und die arabische Welt weigert sich, den Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel anzuerkennen. Diese besondere Konstellation spiegelt sich in den laufenden Verhandlungen wieder, die unter Beteiligung der Vereinigten Staaten zwischen Alexandrien, Tel Aviv und Haifa wegen der Regelung der palästinensischen Frage stattfinden und bis zum heutigen Tage zu keinem greifbaren Ergebnis geführt haben. Nach israelischer Ansicht sollen diese Verhandlungen nämlich auf die Errichtung einer Art Protektorat über Westjordanien und den Gaza-Streifen oder zumindest auf eine Dezentralisierung der Verwaltung oder schließlich auf eine Art Bantustan für die Palästinenser hinauslaufen.

Nach unserer Vorstellung sollen diese Verhandlungen den rechtlichen Rahmen festlegen, der den Palästinensern die Wahrnehmung ihrer Rechte auf Selbstbestimmung gewährleistet.

Schließlich stellen die Verhandlungen aus der Sicht der Palästinenser, die die Hauptbeteiligten sind, eine Politik der Ablenkung dar, die darauf abzielt, die Prüfung der palästinensischen Frage auf bessere Zeiten zu verschieben oder sogar die Beschlagnahmung der besetzten Gebiete durch Israel seit der arabischen Niederlage vom Juni 1967 für legitim zu erklären.

Mit anderen Worten, die Palästinenser weigern sich, an dem in Camp David eingeleiteten Friedensprozeß teilzunehmen.

Unsere ganze Politik und unser gesamtes diplomatisches Vorgehen sind darauf ausgerichtet, diese doppelte Vertrauenskrise zu überwinden, die den Friedensprozeß gefährdet, der durch den historischen Besuch Präsident Sadats in Jerusalem in Gang gebracht wurde.

Dieses Vorgehen ist um so schwieriger, als die ägyptisch-arabische Versöhnung das Risiko in sich birgt, die ägyptisch-israelischen Beziehungen zu behindern, und umgekehrt birgt die ägyptisch-israelische Annäherung die Gefahr der Ausweitung der Krise zwischen Ägypten und der arabischen Welt in sich.

Um diese doppelte Aktion der ägyptischen Diplomatie zu behindern, versuchen übrigens Israelis wie Araber durch ihre spektakulären Aktionen und wiederholten Erklärungen die Kontroverse, die zwischen Ägypten und den arabischen „Opponenten" einerseits und den israelischen „Opponenten" andererseits besteht, zu vergrößern.

Unangebrachte Erklärungen des israelischen Premierministers und seiner Mitarbeiter, die Gründung neuer israelischer Siedlungen in Westjordanien, die Genehmigung zum Erwerb arabischer Ländereien, die, vom israelischen Kabinett anläßlich des ersten Jahrestages der Unterzeichnung der Abkommen von Camp David beschlossen wurde, anhaltende Angriffe gegen den Südlibanon einerseits und andererseits unangebrachte Erklärungen der arabischen Führer, militärische Aktivitäten der PLO auf israelischem Gebiet: all das sind Aktionen und Reaktionen, die die faktische Allianz zwischen den israelischen und arabischen „Opponenten" stärken und die Friedensmission Ägyptens vergeblich machen und somit den Frieden im Nahen Osten und dadurch den Weltfrieden in Gefahr bringen.

Was können Sie tun, um uns zu helfen? Welches könnte die Rolle Europas angesichts eines so vielschichtigen Problems sein? Wann wird Europa diese Rolle spielen können, zumal die Vereinigten Staaten bereits die Rolle eines vollgültigen Partners in den augenblicklich laufenden Verhandlungen eingenommen haben?

Erlauben Sie mir, Herr Präsident, Ihrer hohen Versammlung ergebenst einige sehr einfache Vorstellungen zu unterbreiten.

Durch seine moralische Schlagkraft und auf Grund der Verantwortung, die es in der Nahostkrise hat, müßte Europa eine besondere Rolle spielen, die ein dreifaches Ziel haben könnte. Erstens, die legitimen Rechte der Palästinenser zu schützen, zweitens, das legitime Trauma der Israelis zu beschwichtigen, und drittens, die interarabischen Meinungsverschiedenheiten nicht zu verschärfen.

Eine direkte Aktion zugunsten der Palästinenser in Westjordanien und im Gaza-Streifen, um ihre physische Präsenz in den besetzten Gebieten aufrechtzuerhalten und ihre nationale Identität zu wahren, sowie ständige diplomatische Bemühungen könnten die Vereinigten Staaten und die Israelis dazu bringen, einen Dialog mit der PLO einzuleiten.

Auf diese Weise könnten die Palästinenser und die arabischen „Rejektionisten" dazu gebracht werden, an dem von Ägypten befürworteten Friedensprozeß teilzunehmen.

Ferner gibt es eine bestimmte Anzahl von internationalen Garantien, die Europa Israel geben könnte.

Schließlich könnten sich die europäischen politischen Parteien und Gewerkschaften bei ihren entsprechenden israelischen Kollegen dafür einsetzen, daß ein intensiver Dialog in Gang gebracht wird, um der israelischen Öffentlichkeit die palästinensische Sache zu verdeutlichen. Alle diese verschiedenen Schritte könnten den Israelis helfen, ihre Zwangsvorstellungen im Hinblick auf Sicherheit und ihre politische Isolation zu überwinden, sowie sie letzten Endes dazu bewegen, die palästinensische Nation anzuerkennen.

Und schließlich könnte Europa angesichts der arabischen Meinungsverschiedenheiten die wohl schwierige, aber auch schöne Rolle des Vermittlers spielen, wobei es jedoch vermeiden sollte, in der ernsten und schwierigen Konfliktsituation oder Konfrontation, die zwischen Ägypten und seinen „rejektionistischen" Bruderländern besteht, für eine der beiden Seiten Partei zu ergreifen.

Herr Präsident, ich komme zum Schluß. Diese Politiken, die ich mir vorzuschlagen erlaubt habe, sollten sich von der Verteidigung der Menschenrechte, deren Grundsätze Sie aufgestellt und deren Institution Sie geschaffen haben, leiten lassen.

Der Palästinenser muß die Staatsbürgerschaft erlangen, die er durch die europäische und anschließend durch die zionistische Kolonialisierung verloren hat. Der Israeli muß die Sicherheit und Würde erlangen, die er zunächst durch eine gewisse europäische Tradition und dann durch die Umstände im Nahen Osten verloren hat.

Eine der Berufungen Europas und des Europarates könnte es sein, den Menschen guten Willens zu helfen, dieses doppelte Ziel zu erreichen und die Menschenrechte auf dieser dreifach heiligen Erde wiederherzustellen. Es geht um den Frieden an den südlichen und nördlichen Ufern des Mittelmeeres, das Meer, das uns und unser Schicksal vereint.

Moshe Dayan (Außenminister von Israel):

(Übersetzung aus dem Englischen)

Herr Präsident, hohe Versammlung,

ich überbringe Ihnen herzliche Grüße der israelischen Regierung und der Knesset, und ich danke Ihnen, daß Sie mich heute zusammen mit meinem verehrten Kollegen aus Ägypten, S. E. Dr. Boutros B. Ghali, zu sich eingeladen haben.

Ich freue mich sehr, Herr Präsident, daß ich Gelegenheit habe, Ihnen und dieser Versammlung unseren tiefempfundenen Dank aussprechen zu können für Ihre Freundschaft und Zusammenarbeit mit Israel und insbesondere mit den Beobachtern der Knesset, unseres Parlaments, die ihren Beratungen annähernd 15 Jahre lang beigewohnt und an ihnen teilgenommen haben. Wir sind stolz, auf diese Weise einem Gremium beiwohnen zu können, in dem

die Idee demokratischer Versammlungen in der heutigen Welt solch bemerkenswerten Ausdruck findet.

Darf ich auch unsere Anerkennung für Ihre Entschließung über die Juden in der Sowjetunion zum Ausdruck bringen. Die weitgehende Unterstützung, die die Entschließung in dieser Versammlung erhielt, gab unzähligen tapferen und unterdrückten Männern und Frauen in ihrem Kampf um die grundlegenden Menschenrechte und Menschenwürde Hoffnung und Mut.

Ihre energische Verurteilung des Terrorismus in all seinen Formen und Ihre sichtbare Entschlossenheit, ihm entgegenzutreten, haben in den europäischen Konventionen über die Bekämpfung des Terrors konkrete Formen angenommen. Auch auf diesem Gebiet haben Sie den freien Menschen in der gesamten Welt ein Beispiel gegeben.

Der Friedensprozeß

Vor sechs Jahren sprach die frühere Premierministerin von Israel, Frau Golda Meir, vor Ihnen in dieser Versammlung. Sie erinnerte an die Kriege und die Geschichte Europas und an Ihre Überzeugung, daß kein Mitgliedstaat dieser Versammlung die Waffen gegen einen seiner Nachbarn ergreifen würde. Sie brachte ferner den hoffnungsvollen Wunsch zum Ausdruck, daß die Nationen des Nahen Ostens dem Beispiel Europas folgen mögen. Fünf Tage später jedoch begannen unsere Nachbarn zum vierten Male in 25 Jahren einen Krieg gegen Israel. Lassen Sie mich dennoch die Hoffnung aussprechen, daß die Bemühungen der Parteien in dem gegenwärtigen Friedensprozeß, an dem wir jetzt arbeiten, gleichermaßen auch Schritte zur Erlangung harmonischer Beziehungen sein werden.

Herr Präsident, ich freue mich, auf Ihre Botschaft anläßlich der Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel hinweisen zu können, die ein Zeichen der Anerkennung für die historische Errungenschaft von Camp David und den Friedensvertrag war. Mit der Entschließung dieser Versammlung vom 7. Mai 1979 unterstützen Sie uns in unserer Entschlossenheit, wirklichen Frieden in unserem Gebiet zu schaffen, und zwar trotz jener, die ihn ablehnen und zu behindern versuchen.

Auch wenn es nur ein Anfang ist, so hat der Friedensvertrag mit Ägypten doch den Grundstein für eine neue Realität in dieser Region gelegt. Während der 30 Kriegsjahre haben wir alle möglichen Arten von Vereinbarungen erlebt: Waffenstillstandsabkommen, Abkommen über Waffenruhe, Trennung der Streitkräfte, Begrenzung der Streitkräfte, UN-Streitkräfte und UN-Beobachter, Überwachungsorgane usw. Nach jedem Krieg wurde etwas neues erfunden, aber nie war es eine tatsächliche Lösung, d. h. Beendigung des Kriegszustandes und Herstellung echter friedlicher Beziehungen zwischen den Parteien.

Jetzt hat sich das geändert. Die hervorragenden Bemühungen und die mutige Führung von Präsident Sadat und Premierminister Begin mit der engagierten Hilfe Präsident Carters brachten den ersten arabischen Nachbarstaat dahin, zu erkennen, daß es keinen Sinn hat, Israel weiterhin zu boykottieren und sich seiner bloßen Existenz zu widersetzen, wie es die arabischen Staaten trotz unseres ständigen Rufes nach Frieden seit der Gründung Israels im Jahre 1948 getan haben. Nun ist ein Friedensvertrag zustandegekommen, und ein Traum wurde Wirklichkeit. Ein erster Schritt, die Grenzen für gegenseitige Besuche beider Länder zu öffnen, ist bereits eingeleitet. Unsere führenden Politiker und Regierungsbeamten besuchen sich gegenseitig in einer herzlichen Atmosphäre. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang betonen, daß wir den Vertrag mit Ägypten als einen ersten Schritt in dem Prozeß zur Verwirklichung eines umfassenden Friedens sehen. Wir wünschen nichts mehr, als den Weg zu Friedensvereinbarungen mit allen unseren Nachbarn einzuschlagen. Von diesem Podium aus wiederhole ich unsere Einladung an die Regierungen von Jordanien, Syrien und Libanon, sich diesem Vorhaben anzuschließen, sowie die Einladung an die Vertreter der palästinensischen Araber, Bewohner von Judäa, Samaria und Gaza, sich an den gegenwärtigen Verhandlungen über die Einrichtung der Selbstverwaltungsbehörde zu beteiligen.

Verschiedene Haltungen gegenüber dem Friedensprozeß

Herr Präsident, in diesem Zusammenhang möchte ich mit Ihnen unsere Enttäuschung über die Haltung einiger europäischer Regierungen gegenüber dem Friedensprozeß teilen. Es war bedauerlich und überraschend, festzustellen, daß eine große Anzahl von europäischen Regierungen den Friedensvertrag nicht begrüßte. Diese Haltung spiegelte sich hauptsächlich in den Nahosterklärungen der Außenminister der Europäischen Gemeinschaften und insbesondere in ihrer jüngsten Erklärung vor den Vereinten Nationen wider, in der sie es sogar unterließen, den ägyptisch-israelischen Friedensvertrag bei seinem Namen zu nennen und ihn nur noch als „das Abkommen" bezeichneten. Man kann es als Zynismus bezeichnen, wenn diese Erklärung, die Israel wegen Aktionen im Libanon verurteilt, die eindeutige Selbstverteidigungsmaßnahmen waren, keinerlei Bezug auf die mörderischen Verbrechen der PLO gegen unsere Zivilbevölkerung nimmt, die uns gezwungen haben, unsere Verteidigung selbst in die Hand zu nehmen. Sprechen wir es offen aus: diese Haltung kann nur diejenigen schwächen, die den Friedensprozeß unterstützen. Wir hoffen und erwarten, daß die Regierungen des freien Europas, des Kontinents, der so viele Kriege erlebt hat und der Schauplatz vom Holocaust der jüdischen Bevölkerung der letzten Generation war, über ihre große Verantwortung nachdenken, von einer vorschnellen Beurteilung der Ergebnisse Abstand nehmen, und uns alle statt dessen in den schwierigen Verhandlungen, die vor uns liegen, unterstützen werden. Hier fühle ich mich verpflichtet, mit Genugtuung die vielen Persönlichkeiten in Regierung, Parlament und öffentlichem Leben in den europäischen Ländern hervorzuheben, die den Friedensprozeß und seine Errungenschaften aufrichtig unterstützt haben.

Die Autonomiegespräche

Herr Präsident, Israel fühlt sich den Camp-David-Abkommen voll verpflichtet. Die laufenden Verhandlungen zielen darauf ab, diese Abkommen zu verwirklichen. Der darin festgelegte Weg umfaßt den Abzug der israelischen Militärverwaltung und ihre Ersetzung durch eine Selbstverwaltungsbehörde, einen Verwaltungsrat der dort lebenden palästinensischen Araber. Auf diese Weise wird den in Judäa, Samaria und dem Gazastreifen lebenden palästinensischen Arabern für eine Übergangszeit von fünf Jahren volle Autonomie gewährt werden. Wenn die Selbstverwaltungsbehörde – der Verwaltungsrat – von den Bewohnern dieser Gebiete frei gewählt, eingerichtet und eröffnet worden ist, beginnt die Übergangsperiode von fünf Jahren, nach deren Ablauf ein Abkommen über den endgültigen Status der Gebiete erreicht und Verhandlungen mit Jordanien geführt werden sollten, um einen Friedensvertrag, der die Grenzen zwischen den beiden Staaten festlegen wird, zu schließen.

Lassen Sie uns in diesem Zusammenhang nicht vergessen, daß Jordanien früher ein Teil des Mandatsgebietes Palästina war und nach 1948 den Bewohnern von Judäa und Samaria die Staatsbürgerschaft gewährt hatte. Etwa eine Million palästinensischer Araber leben jetzt in Jordanien und beinahe eine weitere Million jordanischer Bürger wohnen in Judäa und Samaria. Die palästinensische arabische Bevölkerung, die sowohl in Jordanien als auch in diesen Gebieten lebt, pflegt dank der Politik der offenen Brücken und aufgrund der auf beiden Ufern des Jordans bestehenden familiären Bindungen sehr enge Beziehungen in allen Lebensbereichen. Was den Begriff der Selbstbestimmung für die palästinensischen Araber angeht, muß der Tatsache Rechnung getragen werden, daß er praktisch schon in einem großen Ausmaß im Königreich Jordanien verwirklicht wurde, wo die palästinensischen Araber, die dort wohnen, sich in jeder Hinsicht zu Hause fühlen.

Was die PLO angeht, war es in der Ideologie und in der Praxis stets ihr Ziel, dem Staat Israel ein Ende zu setzen. Der Ehrenname einer nationalen Befreiungsbewegung, der in unserer Generation international gebilligt und unterstützt wurde, ist von dieser terroristischen Gruppe in Wirklichkeit verfälscht und fehlinterpretiert worden.

Gestatten Sie mir, einen Moment auf das Dokument einzugehen, das „die Palästinensische Nationalcharta" (Palestinian National Covenant) genannt und von der PLO als deren ideologische Basis präsentiert wird.

Nach dieser Charta sollen die Juden, die nach Beginn der „zionistischen Invasion" – die von der PLO auf das Jahr 1917, den Zeitpunkt der Balfour-Erklärung, festgesetzt wird – nach Palästina kamen, nicht als Palästinenser angesehen werden. Das bedeutet, daß der größte Teil der jüdischen Bevölkerung Israels nicht berechtigt ist, dort zu leben. Ferner stellt die Charta ausdrücklich fest, daß „die Gründung des Staates Israel, ungeachtet der verstrichenen Zeit, völlig illegal ist", und daß „Ansprüche auf historische oder religiöse Bindungen der Juden an Palästina mit den Tatsachen der Geschichte unvereinbar sind". Israel wird abgestempelt als „ein geographischer Stützpunkt für den Weltimperialismus und eine ständige Bedrohung des Friedens im Nahen Osten". In dieser Charta wird behauptet, daß „die Befreiung Palästinas die zionistische und imperialistische Präsenz zerstören und zur Schaffung des Friedens im Nahen Osten beitragen wird" ... Die PLO zielt somit einfach auf unsere Liquidation als Staat und nationale Einheit ab. Jede Anspielung, daß die PLO in Wirklichkeit andere Ziele habe, ist falsch. Ferner wurde diese verwerfliche Doktrin Jahre hindurch in tägliche Verbrechen niedrigster Art umgesetzt und schloß den Mord an vielen hundert Menschen, Juden und Arabern, und die Verwundung von weiteren Tausenden ein.

Herr Präsident, wir glauben wie die Amerikaner und Ägypter, daß die Lösung, wie sie in den Camp-David-Abkommen vorgeschlagen wird, den arabischen Bewohnern der Gebiete die Aussicht auf Selbstregierung und auf engen und freien Kontakt mit ihren beiden Nachbarn Israel und Jordanien eröffnet. Hoffen wir, daß die Einschüchterungskampagne, Mordandrohungen der PLO und die heftige Opposition der Rejektionisten, die gegen die Bewohner der Gebiete gerichtet sind, sie nicht daran hindern werden, an den Verhandlungen teilzunehmen.

Terrorismus und Libanon

Israel ist das Ziel fortwährender Versuche, seine Bevölkerung zu terrorisieren. Die Regierung von Israel hat, wie jede andere Regierung, das Leben ihrer Bürger zu schützen und wird dies auch weiterhin tun. Wir können und wollen keine Situation hinnehmen, in der das einzige, was wir zum Wohl unserer Bevölkerung tun können, in einer Vermehrung der Ambulanzen in Israel besteht.

In diesem Zusammenhang ist es erwähnenswert, daß die Lage im Libanon, die sich in den letzten Jahren in einem besorgniserregenden Maß verschlechtert hat, zu einem großen Teil darauf beruht, daß es hauptsächlich in seinem südlichen Teil den terroristischen Aktivitäten der PLO ausgeliefert ist. Diese Aktivitäten sind nicht nur gegen Israel gerichtet, sondern auch gegen die christliche und mohammedanische Bevölkerung des Gebietes – und dies mit der Zustimmung Syriens, das die Kontrolle über den nördlichen Teil des Landes übernommen hat. Wir unterstützen die Souveränität, territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit des Libanon; aber die bedauerliche Unfähigkeit der libanesischen Regierung, ihre Souveränität auszuüben und die Aktivitäten der PLO zu verhindern, ermöglicht es den Terroristen, gegen unsere Zivilbevölkerung und die südlibanesischen Dörfer zu agieren. Bedauerlicherweise geschieht dies unter dem Schutz der Syrer und von den Dörfern aus, die in dem von der PLO kontrollierten Gebiet liegen. Der ständige hiervon ausgehende Terror hat uns gezwungen, zur Selbstverteidigung gegen diese Mörder zu schreiten. Wir empfinden Schmerz und Trauer um jedes Leben,

das in dieser tragischen Situation verloren geht. Niemand kann aber erwarten, daß Israel ruhig im Hintergrund bleibt und zuläßt, daß die PLO Mörder ausbildet und sie für Angriffe gegen unsere Bevölkerung organisiert. Die Regierung des Libanon und die Bevölkerung, die auf der anderen Seite der Grenze lebt, kann nicht den Terroristen Unterschlupf gewähren und gleichzeitig ein normales Leben führen. Wir können nur hoffen, daß die libanesischen Behörden Maßnahmen ergreifen, um feindselige Aktivitäten von ihrem Gebiet aus zu verhindern.

Herr Präsident, die Kampagne gegen den Friedensprozeß, der derzeitig im Nahen Osten stattfindet, war mit gewaltigen propagandistischen Aktivitäten verbunden, um die PLO auf der internationalen Ebene zu legitimieren. Überdies werden wir jetzt oft gebeten, mit dieser Organisation zu verhandeln. Bedauerlicherweise verkennen diejenigen, die dafür plädieren, die eigentliche Natur dieser Organisation. Insbesondere Europa sollte sich angesichts seiner historischen Erfahrung der Tatsache bewußt sein, daß verwerfliche Ideologien praktische Politik werden können, und daß, wenn man keine Notiz vom Mord an der Zivilbevölkerung nimmt, dies moralische und praktische Folgen in jeder Gesellschaft hat. Tun wir unser äußerstes, um dies zu verhindern.

Die Flüchtlinge

Herr Präsident, lassen Sie mich ein paar Worte über die arabischen Flüchtlinge sagen. Man sollte sich darüber klar werden, daß das Problem der palästinensischen arabischen Flüchtlinge, die jetzt im Libanon, in Syrien, Jordanien und anderswo leben, nicht in den Gebieten Judaä, Samaria und im Gazastreifen gelöst werden kann. Die Zahl der Flüchtlinge, die im Libanon und in Syrien leben, beläuft sich auf ungefähr 300 000 und in Jordanien auf ungefähr 240 000. Bei einer Gesamtbevölkerung von über 1 200 000 Menschen leben in Judäa, Samaria und im Gazastreifen selbst ungefähr 350 000 Flüchtlinge. Hinzu kommt, daß diese Gebiete in keiner Weise wirtschaftlich autark sind. Die Lösung für die Ansiedlung der Flüchtlinge müßte daher in den anderen arabischen Ländern gefunden werden, von denen die meisten reich an Land sind, aber eine geringe Bevölkerungszahl haben. Wir haben in den Camp-David-Abkommen unsere Bereitschaft angekündigt, mit Ägypten und anderen interessierten Parteien auf die Schaffung des Rahmens für eine schnelle, gerechte und dauerhafte Lösung des Flüchtlingsproblems hinzuarbeiten; wir haben auch zugestimmt, über Modalitäten der Aufnahme von Personen, die Judäa, Samaria und Gaza im Jahre 1967 verlassen haben, zu diskutieren und Vereinbarungen zu treffen. Was die PLO jedoch anstrebt, ist, wie ich erwähnt habe, etwas völlig anderes. Indem sie die Rückführung der Flüchtlinge in ihre Häuser und Ländereien, die sich in Israel befinden, fordern, verfolgen sie nur ein Ziel – nicht über die Zukunft der palästinensischen Araber, sondern über unsere Zukunft zu entscheiden.

Herr Präsident, man sollte von uns nicht erwarten, daß wir uns zu Gesprächen mit dieser Terroristenorganisation zusammensetzen, deren Praxis es ist, unsere Bürger zu ermorden, und die nur ein Ziel haben – unseren Staat zu liquidieren.

Das israelische Volk vertraut darauf, daß der Friedensprozeß seine Anziehungskraft eventuell auch auf andere arabische Staaten ausüben wird. Wir erwarten, daß Europa diesen Prozeß unterstützt und auch danach strebt, regionale Zusammenarbeit zu fördern und Wirtschaftsprojekte von beiderseitigem Interesse für unser Gebiet und die europäischen Staaten in Gang zu bringen. Man könnte gewissermaßen einen neuen Marshall-Plan ins Auge fassen, um dem Nahen Osten das Beispiel der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit nahezubringen. Das ist die echte Herausforderung, die Herausforderung des Friedens.

Herr Präsident, es ist eine Tatsache, daß die Camp-David-Abkommen heute der einzige realistische Rahmen für die Förderung des Friedens im Nahen Osten sind.

Der Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel wird gegenwärtig schon in die Praxis umgesetzt, über die Autonomie der palästinensischen Araber wird verhandelt. Die Camp-David-Abkommen wurden von Präsident Sadat und Premierminister Begin in Anwesenheit von Präsident Carter unterzeichnet. Man kann nicht von ihnen abweichen. Versuche, die Abkommen zu kritisieren, anstatt ihre Durchführung zu unterstützen, können nur zu einem Rückfall in die Schrecken des Krieges und zur Demontage des Friedensprozesses anstelle seiner Förderung führen. Wir bitten Sie: Tragen Sie mit Ihrer Hilfe zum Frieden bei!

Auf schriftliche Fragen des Abg. Dr. Geßner (SPD) und anderer, was der Europarat nach Ansicht des israelischen Außenministers zur Förderung des Friedensprozesses im Nahen Osten beitragen könne, verwies Außenminister Dayan im allgemeinen auf seine vorangegangene Ansprache (S. 35) und fügte ergänzend hinzu, vor allem sollten die Europäer das Übereinkommen von Camp David als einzigen existierenden konkreten Rahmen der Friedensbemühungen wirtschaftlich, politisch und moralisch unterstützen und sich der Kritik daran sowie neuer Ideen dazu enthalten.

Eine schriftliche Frage der Abg. Frau von Bothmer (SPD) an Minister Dayan lautete, in welcher Form und mit welchem Ziel das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes nach Ansicht seiner Regierung verwirklicht werden solle.

Außenminister Dayan entgegnete, das Camp-David-Abkommen enthielte kein Wort über Selbstbestimmungsrechte der Palästinenser. Es sei lediglich die Rede davon, das Palästinenser in den israelisch-jordanischen Grenzverhandlungen auf seiten der Jordanier beteiligt werden könnten.

Mündliche Zusatzfrage:

Frau von Bothmer (SPD): Muß man nicht befürchten, Herr Dayan, daß die gerade in der letzten Zeit

verstärkte **Siedlungspolitik** in Ihrem Land auf Zeit spielt mit dem Zweck, Verhandlungen über Selbstbestimmung und Autonomie eines Tages bis zu einem gewissen Grade gegenstandslos werden zu lassen?

Außenminister Dayan antwortete, Israel betrachte die besetzten Gebiete nicht als sein Staatsgebiet, sondern als homeland, was soviel bedeute wie die Möglichkeit, es ohne Visum betreten zu dürfen und darin Land zu kaufen oder Land der öffentlichen Hand zu besiedeln, vorausgesetzt, daß es nicht jemand anderem gehöre oder bereits kultiviert sei. Ziel dieser Siedlungspolitik sei nicht die Vertreibung von Arabern oder die Errichtung neuer Grenzen zwischen Arabern und Israelis, sondern das friedliche Zusammenleben beider Bevölkerungen. Infolgedessen seien neue Siedlungen keine Hindernisse für den Frieden.

Auf die schriftliche Frage des Abg. Dr. Holtz (SPD), welche Schlußfolgerungen Israel aus dem Ergebnis einer Meinungsumfrage in den USA ziehe, derzufolge eine Mehrheit der Bevölkerung der USA Gespräche mit der PLO befürworte, ging Außenminister Dayan nicht ein.

Büchner (SPD): Herr Präsident! Ich möchte Herrn Minister Dayan fragen, ob die israelische Regierung bereit wäre, Ratschläge hinsichtlich der Anerkennung der **PLO als Gesprächspartner**, die aus vielen Ländern der ganzen Welt kommen, ernster zu nehmen, wenn die PLO ihre Haltung zu dem Staat Israel, wie sie der Minister heute morgen interpretiert hat, in Zukunft modifizierte?

Außenminister Dayan erklärte, Israel werde nicht mit Leuten verhandeln, die laut ihrer Charta Israel vernichten wollten. Seit Jahren hätten die USA vergeblich versucht, die PLO zur Anerkennung der UN-Resolution 242 und des Existenzrechts Israels zu bewegen. Da er selbst keine Kontakte zur PLO habe, nehme er diese Tatsache als Anzeichen, daß in der PLO keine Sinnesänderung eingetreten sei.

Dr. Vohrer (FDP): Herr Minister Dayan, Sie haben heute morgen in Ihrer Rede Enttäuschung über die Haltung einiger europäischer Regierungen geäußert. Aber haben Sie denn auch zur Kenntnis genommen, daß alle verantwortungsbewußten Politiker in Europa, die sich mit der Nahostfrage auseinandergesetzt und die das Recht der Palästinenser auf Heimat zum Ausdruck gebracht haben, Ihre einschlägigen Äußerungen immer mit der ganz klaren Aussage verbunden haben, daß sie als Voraussetzung dafür das **Existenzrecht Israels** und das Recht der Israelis auf ein Leben in gesicherten Grenzen ansehen?

In seiner zusammenfassenden Beantwortung dieser und weiterer mündlichen Fragen gab Außenminister Dayan hierzu keine Erklärung ab.

Donnerstag, 11. Oktober 1979

Tagesordnungspunkt:

Die Lage im Iran

(Drucksache 4398)

Berichterstatter: Abg. Lemoine

Dr. Holtz (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Westen ist zur Tagesordnung kommender Sorgen in bezug auf den **Iran** übergegangen. Der Europarat und dessen Parlamentarische Versammlung machen hier eine rühmliche Ausnahme. Der Westen beschäftigt sich in der Regel mit seinen Sorgen, nämlich Sorgen um Öl, um Energie, um die Sicherheit am Persischen Golf. Von daher halte ich es für ausgezeichnet, daß uns heute dieser Bericht und der Resolutionsentwurf vorliegen.

Häufig wird verdrängt – ich will ein bißchen an das anknüpfen, was der Kollege Ulman eben gesagt hat –, was uns diese Sorgen, die sicherlich auch legitim sind, eigentlich beschert hat, nämlich das Regime des Schah. Ich würde dieses Regime nicht so positiv qualifizieren wie Sir Frederic. Man kann fast von jedem Regime sagen, es habe auch gute Seiten gehabt. Das habe ich selbst von meiner Väter-Generation in bezug auf Deutschland gehört. Was uns diese Sorgen beschert hat, ist das Regime des Schah und sind die westlichen Beziehungen zum Iran. Den Iran kann man nicht einfach zu den Akten legen. Ich glaube, daß der Iran ein Lehrstück für das Fehlverhalten vieler von uns selbst, von Politikern und auch von Publizisten ist, wenn man so will: ein Fall zum Nachsitzen; wir sitzen ja heute morgen auch hier, um vielleicht ein Stück dieser Arbeit zu leisten.

Am Lehrstück des Iran kann man ablesen, daß internationale Beziehungen noch immer als intergouvernementale Beziehungen aufgefaßt werden. Auch der Kollege Baeza hat gesagt, die Regierungen hätten damals vielleicht Bedingungen stellen sollen. Ich meine, daß es nicht nur um die Regierungen geht, sondern auch um uns selbst. Wir leben eben nicht mehr im absolutistisch-monarchistisch-feudalen Zeitalter. Wir sollten lernen, daß die Demokratien, wollen sie in ihrer Außenpolitik überraschungssicher und erfolgreich sein, sich von Anfang an um die Demokratie in den Gesellschaften zu kümmern haben, mit denen sie politisch verkehren oder verkehren wollen. Und „sich kümmern" heißt analysieren und auch beeinflussen. Ich meine, daß das Prinzip der non-interference in internal affairs, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, das immer beschworen wird, auch in der Helsinki-Akte, zum Teil ein vorgeschobenes Argument ist. Wenn ich Kredite an den Iran gebe, wenn ich Kredite an das Allende-Regime in Chile gegeben oder verweigert habe, dann ist das auch Einmischung. Und was wir hier diskutieren, soll ja auch Einfluß haben. Von daher halte ich es für ganz wichtig, daß der Bericht in seiner Analyse auch auf die

Vergangenheit eingeht. Wer die Zukunft gestalten will, muß die Vergangenheit kennen und ebenso die Gegenwart.

Wir sollten auch erkennen, daß die große Mehrheit der Bevölkerung diese Revolution – was auch immer das sein mag – mitgetragen hat. Da kamen eben Massen, da kamen Millionen Menschen zusammen und haben zu Beginn Chomeini unterstützt, weil sie die Korruption und die soziale Ungerechtigkeit der Schah-Diktatur leid waren, weil sie von den Folterungen, von den Morden, von den Massakern wußten. Viele Familien waren betroffen. Das spielte sich nicht irgendwo in den Köpfen von Intellektuellen ab, das war fast für jede einzelne Familie erfahrbar. Von daher meine ich, daß der Bericht gerade in dieser Phase der Vergangenheitsbewältigung zu unterstützen ist.

Wichtig scheint mir auch die Erkenntnis, daß das abendländische Wertesystem und daß westliche Modernisierungsvorstellungen einem Land der Dritten Welt nicht einfach übergestülpt werden können. Wenn Chomeini sich auf diese Erkenntnis beruft, dann hat er wohl sehr viele im Iran hinter sich. Der deutschen Illustrierten „Stern" hat Chomeini in der vergangenen Woche ein Interview gegeben, in dem er unter anderem sagte:

> Vor den guten Dingen des Westens
>
> „haben wir keine Angst und verwenden sie auch. Wir fürchten nicht eure Wissenschaften und eure Technologie, sondern eure Ideen und eure Lebensart. Das heißt, wir fürchten euch politisch und gesellschaftlich, und wir wollen, daß dieses Land uns gehört. Und wir werden in Zukunft jeden bekämpfen, der versucht, sich in unsere Angelegenheiten zu mischen, sei es von rechts oder von links."

Wir selbst haben im Bericht und auch hier heute morgen gehört, daß es wichtig ist, eine „echt repräsentative Demokratie" aufzubauen. So der Kollege Baeza. Was ist das, eine echt **repräsentative Demokratie?** Haben wir ein Modell dafür, das Westminster-Modell, das spanische, das bundesrepublikanische? Gibt es andere Formen, die die bürgerlichen Freiheitsrechte, die wirtschaftlichen und die sozialen Grundrechte gewährleisten?

Ich meine, jedes Land hat ein Recht darauf, das, was in den beiden UN-Menschenrechtspakten, dem Bürgerrechts- und dem Sozialrechtspakt, dargestellt ist, auf die eigene Art und Weise zu verwirklichen. Wir können Meßlatten zur Verfügung stellen, aber wir sollten uns davor hüten, zu sagen: Nur so hat die Demokratie auszusehen. Es kommt auf den Inhalt an. Und wir wollen, daß eben echte demokratische Freiheiten hergestellt werden. Die Formen können unterschiedlich sein. Ich glaube, dies klingt auch im Resolutionsentwurf an.

Die islamische Republik à la Chomeini – wenigstens so, wie sie sich entwickelt – ist meines Erachtens vom Wesen her ein theokratisches Regime. In § 13 des Berichts heißt es, die Trennung von Kirche und Staat sei eine westliche Idee. Von daher müssen wir sicher auch etwas tiefergehend analysieren, wie dieses theokratische Regime von uns vielleicht doch durch Unterstützung – nicht nur durch Attacken von außen, sondern eben durch Unterstützung – dazu gebracht werden kann, daß die Inhalte, die wir verwirklicht sehen wollen, dann langsam einer Realisation zugeführt werden.

Ich halte es für abenteuerlich, wie selbstmörderisch unbekümmert die augenblickliche islamische Regierung gegenüber den Wirtschaftsproblemen eingestellt ist. Es gibt dort Millionen von Arbeitslosen. Ich fände es sehr gut, wenn wir konstruktiv sagten: Wir helfen euch, wenn die Hilfe gewünscht ist, eure wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden.

Es ist kein Zufall, daß in dieser Debatte von heute morgen jeder vierte Redner aus der Türkei kommt. Das hat seine Ursache. Man muß ja fragen: Welche Folgewirkungen können von dieser islamischen Revolution ausgehen? Deshalb dürfen wir nicht nur auf die politischen Aspekte schauen, sondern müssen auch die wirtschaftlichen und sozialen Probleme sehen. Ich werde mein Land immer wieder ermuntern, helfende Hände in diesem wirtschaftlichen Bereich anzubieten.

Eine Kluft tut sich innerhalb der Opposition gegen den Schah auf. Auf der einen Seite gibt es, wie wir wissen, die bedingungslosen Anhänger des Imam, auf der anderen Seite die verschiedenen nationalistischen – es ist schwierig, sie zu definieren – progressiven linken, wie auch immer gearteten Bewegungen, die aber alle in dem Punkt verbunden sind, daß sie die antidemokratische Orientierung bekämpfen. Auch wir hier vertreten unterschiedliche politische Auffassungen. Dennoch sollten wir uns gemeinsam bemühen, die demokratischen Kräfte zu unterstützen, sie zu stärken, auch dadurch, daß wir Verständnis für ihre historischen, kulturellen und Erfahrungshintergründe der jüngsten Geschichte mitbringen und indem wir gleichzeitig konkrete Hilfen anbieten, also nicht nur als „champion de la démocratie" auftreten. — Besten Dank, Herr Präsident.

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Auch ich möchte unserem Berichterstatter herzlich für seinen Bericht danken. Ich habe den Bericht als einen zusätzlichen Versuch angesehen, das Phänomen der Entwicklung im modernen **Iran** zu erfassen. Ich darf mich wirklich bedanken, weil ich glaube, daß in dem Bericht eine Fülle neuer Argumente enthalten ist.

Allerdings bedaure ich zugleich, wie es auch Mrs. Hafstad tat, daß in dem Bericht das Thema der **Emanzipation der Frau** leider nicht in einem Maße behandelt worden ist, wie es notwendig gewesen wäre. Ich gestehe ganz offen: Ich bin in dieser Männerversammlung etwas erschreckt, daß uns erst eine Dame darauf aufmerksam machen mußte und wir nicht selber darauf gekommen sind.

In der Debatte heute morgen haben wir sehr viel von westlicher Selbstkritik gehört, weil wir in den westlichen Staaten, vor allem in den Staaten des

Europarats, nicht genug gegen den früheren **Schah Reza Pahlewi** getan hätten.

Ich will überhaupt nichts entschuldigen; denn ich weiß, wie mancher Staat und manche Regierung mit dem Regime des Schahs allzugern verhandelt und Handel getrieben haben. Aber ich möchte doch darauf hinweisen, daß dies keine speziell westliche Erscheinung war. In den letzten zehn Jahren der Amtszeit von Reza Pahlewi hat es wohl keine Staatengruppe gegeben, in der er so ruhig und ohne Schwierigkeiten auftreten konnte, wie in den kommunistischen Staaten oder in vergleichbaren anderen Diktaturen.

Es war der augenblickliche iranische Außenminister, der in der vergangenen Woche vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen darauf hinwies, daß es nicht eine Regierung der Welt gegeben habe, die es während der Amtszeit des Schahs für notwendig hielt, innerhalb der Vereinten Nationen gegen den Schah aufzutreten.

Wenn wir also, meine Damen und Herren, kritisch sein und Kritik bei uns selbst anmelden wollen, dann sollten wir das nicht nach der Methode tun: Wir allein sind die großen Büßer; die anderen haben als ideale Lichtgestalten herumgestanden und haben immer dafür gesorgt, daß innerhalb des Iran eine bessere Zukunft erwartet werden könnte.

Statt dessen sollten wir mit aller Nüchternheit feststellen, daß wir auch auf Grund des Selbstverständnisses der Länder der Dritten Welt oft nicht die notwendige Kritik geübt haben. Wie oft ist uns bei jeder kritischen Bemerkung gegenüber einem Staat der Dritten Welt – und Persien gehört dazu – gesagt worden, es sei Neo-Kolonialismus, weil wir uns durch die Anwendung unserer Maßstäbe praktisch in die inneren Angelegenheiten des Regierungssystems eines Staates der Dritten Welt einmischten. Oft haben wir gerade deshalb auch gezögert, Kritik gegenüber vielen anderen Staaten der Dritten Welt zu üben und nicht nur gegenüber der damaligen Schah-Diktatur des Iran.

Meine Damen, meine Herren, ich glaube, wir sollten eines feststellen: Wir haben in dieser Versammlung eine gewisse Tendenz erlebt, die darauf abzielt, zwar den Schah nach den Grundsätzen des rechtsstaatlichen Denkens, des westlichen Denkens, zu beurteilen und zu kritisieren, aber auf der anderen Seite dieses Wertsystem abzulehnen, wenn es sich um die Beurteilung einer Regierung handelt, deren Verhalten zwar auch offenkundig in eine Diktatur einmündet, die aber eben nicht mit der Regierung des Schah identisch ist.

Meine Damen, meine Herren, ich stelle mir die Frage: Welches Recht haben wir, eine politisch vergleichbare Situation nach verschiedenen Koordinatensystemen zu behandeln? Wir haben doch diesen Schah nicht deswegen kritisiert, weil er, wie früher Hermann Göring oder verwandte Leute, in bunten Uniformen auftrat.

Wir haben ihn auch nicht unbedingt deswegen kritisiert, weil er meinte, sich eine riesige Armee leisten zu müssen, sondern wir haben ihn kritisiert, weil er die Menschenrechte mißachtete; wir haben ihn kritisiert, weil er keine Rechtsstaatlichkeit kannte, wir haben ihn kritisiert, weil er die Demokratie im Iran verhinderte.

Ich stelle mir nun die Frage: Warum darf ich nicht dieses gleiche Koordinatensystem bei meiner Bewertung des Ayatollah Chomeini anwenden? Ja, ich stelle mir sogar die Frage: Muß ich nicht dieses Koordinatensystem anwenden? Ich fürchte, wenn ich es nicht tue, dann hätte ich nie versucht, den Schah aus den genannten Gründen zu kritisieren, sondern dann müßten andere Gründe dafür vorgelegen haben.

Daher, meine Damen, meine Herren, meine Bitte, die ich gleich in meine Schlußbemerkung kleiden möchte: Wir alle haben sehr viele Freunde unter iranischen Intellektuellen, unter iranischen Journalisten, unter iranischen Politikern. Sie alle haben gehofft, daß nach dem Ende der Schah-Herrschaft eine Demokratie im Iran eingeführt würde. Sie haben für Freiheitsrechte, sie haben für Menschenrechte demonstriert – sie haben gelitten. Ich habe in den letzten Wochen erlebt, daß etliche dieser Menschen aus dem Iran wieder zu uns in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind, weil sie nun der gleichen Verfolgung ausgesetzt sind wie zur Zeit des Schah. Meine Damen, meine Herren, wenn wir deswegen nicht genau so hart und genauso kritisch gegenüber dem augenblicklichen System auftreten, dann habe ich die Sorge, daß wir unsere Freunde, die die Demokratie im Iran einführen wollten, verraten könnten. Dies, glaube ich, dürfte in einer Versammlung wie der Parlamentarischen Versammlung des Europarates nicht geschehen.

Dr. Enders (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Sturz des grausamen Schah-Regimes hat die Hoffnungen des persischen Volkes auf Freiheit und Demokratie nicht erfüllt. Die Nachfolger, seit Jahren herbeigesehnt und mit lautem Jubel begrüßt, entsprachen bei weiten Teilen der Bevölkerung nicht den Erwartungen. Chomeini entwickelt eine Alleinherrschaft, eine Oligarchie, in der von wenigen die Mitwirkung des Volkes ausgeschlossen wird. Selbst die vorgesehene Verfassung kann nicht auf Grund eines breiten freien Volksentscheides ausgearbeitet werden, sondern wird das Ergebnis der Beauftragten der religiösen Führung sein. Diese Zusammensetzung des verfassungsgebenden Organs läßt befürchten, daß demokratische Grundlagen für das neue Persien nicht etabliert werden.

Man hat den Eindruck, daß das Rad der Geschichte auf den Stand des finsteren Mittelalters zurückgedreht wird. So ist der **Iran** eine Männergesellschaft, in der die Frauen erniedrigt, unterworfen und in die Rolle der Zweitrangigkeit gedrückt werden.

Was meines Erachtens aber vor allem das Gewissen der Welt aufrütteln müßte, ist der Versuch der neuen persischen Machthaber, die Minderheit der **Kurden** auszuschalten. Bombenanschläge und Todesurteile zeichnen eine blutige Spur der Feindschaft. Die Auseinandersetzungen nehmen kriegerische Formen an und werden von beiden Seiten

mit erbitterter Härte geführt. Ein hochaktueller Bezug zu unserem Bericht wird dadurch hergestellt, daß zu Beginn dieser Woche ein Trupp von Wächtern der Revolution in einen Hinterhalt der Kurden geriet und 52 Pastarnas getötet wurden. Mit militärischen Aktionen will der Verteidigungsminister die Partisanen in den Bergen und Schlupfwinkeln aufstöbern und vernichten. Wenn dies durchgeführt wird, Herr Präsident, bahnt sich ein Blutbad sondergleichen an.

Die heutige Debatte müßte dazu beitragen, dem Bürgerkrieg zu begegnen und das Recht einer Minderheit auf Leben zu sichern.

Wir haben in der Geschichte großartige Beispiele dafür erlebt, daß glorreiche Revolutionen dazu beitrugen, gewalttätige Regime zu überwinden und Menschenrechte zu sichern. Wir brauchen nicht bis 1776 oder 1789 zurückzugehen. Auch in unseren Tagen haben wir diesen Wandel erfreulicherweise erlebt. Was sich aber im Iran getan hat, enttäuscht bislang – bei aller Würdigung der anderen Verhältnisse – das Volk und die Welt. Es wird notwendig sein, den starren theokratischen Machthabern deutlich zu machen, daß die Wahrung demokratischer Grundsätze, die Einhaltung abgeschlossener Verträge und das gegenseitige Vertrauen zwischen den Staaten Grundlage für eine hoffnungsvolle Zukunft in den eigenen Reihen des Volkes und in der menschlichen Gesellschaft sein können.

Entschließung 712

betr. die Lage im Iran

Die Versammlung

1. hat von dem Bericht ihres Politischen Ausschusses über die Lage im Iran (Dok. 4398) Kenntnis genommen;
2. verweist auf ihre Empfehlung 829 (1978) über die Menschenrechte in der Welt;
3. beglückwünscht zwar das iranische Volk, das sich durch seinen Widerstand und seinen langen Kampf von dem autoritären und repressiven Regime befreit hat, das durch die Herrschaft des Schahs verkörpert wurde, betont aber erneut, daß das Volk eines jeden Landes das Recht haben muß, sein politisches System in freien und geheimen Wahlen frei zu wählen;
4. erinnert an ihre Verbundenheit mit den demokratischen Idealen, der Achtung der Menschenrechte und dem Schutz der staatsbürgerlichen Grundrechte, die vom Schah-Regime mißachtet wurden und von der derzeitigen Regierung mißachtet werden;
5. ist tief besorgt über die Verschlechterung der politischen Lage im Iran und verurteilt jeden Rechtsmißbrauch, die Massenverhaftungen und die standrechtlichen Verfahren, die Hinrichtungen, die Diskriminierung der Frauen, die Beeinträchtigung der Presse- und politischen Meinungsfreiheit, die Nichtachtung des Rechts des Volkes, seinen Willen in freien Wahlen zum Ausdruck zu bringen;
6. ist tief besorgt über die Bedrohung der religiösen und ethnischen Minderheiten und über die militärischen Operationen und die Repressalien im Innern des Landes, die einen Bürgerkrieg auszulösen drohen, der die territoriale Integrität des Iran gefährden würde;
7. vertritt die Ansicht, daß die internationale Gemeinschaft und insbesondere die internationalen Gremien, die die Überwachung der Achtung der Grundrechte und -freiheiten zur Aufgabe haben, verpflichtet sind, die Zusammenarbeit im Hinblick auf die Achtung dieser Rechte zu fördern und schwerwiegende und wiederholte Verletzungen dieser Rechte überall, wo sie auftreten, zu verurteilen;
8. bringt ihre Unterstützung und ihr Mitgefühl für das iranische Volk und diejenigen politischen Kräfte zum Ausdruck, die so viele Jahre auf die Errichtung eines demokratischen repräsentativen politischen Systems gehofft haben, das persönliche Freiheit und wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit gewährleistet;
9. hat Verständnis für den legitimen Wunsch des iranischen Volkes, Verbrecher zu bestrafen, appelliert jedoch an die iranischen Behörden, den standrechtlichen und geheimen Verfahren und den Hinrichtungen ein Ende zu setzen;
10. appelliert an die Behörden des Iran, unverzüglich demokratische Verfahren einzuleiten, die zu der Durchführung von Wahlen führen, die der Gesamtheit der politischen, religiösen und weltlichen Strömungen die Möglichkeit geben, ihre Meinung frei zu äußern;
11. bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß Europa in einem demokratischen Iran bald einen neuen Partner finden wird, mit dem es durch die gemeinsamen Prinzipien der persönlichen Freiheit, der politischen Freiheit und der Rechtsstaatlichkeit verbunden ist;
12. fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarates auf, diese Entschließung bei der Gestaltung ihrer bilateralen und multilateralen Politiken gegenüber dem Iran zu berücksichtigen.

Tagesordnungspunkt:

Europäische Rahmenkonvention über grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene

(Drucksache 4402)

Berichterstatter: Abg. Dr. Ahrens

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wenn man nicht zu dramatischen Übertreibungen oder zu rhetorischen

Kraftakten neigt, muß man sagen, daß der Weg, den die Behandlung der **grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa** in den Gremien des Europarats gefunden hat, eine Tragödie ist. Seit 1964, also seit nunmehr 15 Jahren, bemüht sich die Parlamentarische Versammlung um Regelungen, die die Zusammenarbeit zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften diesseits und jenseits der Grenzen, die unsere Staaten trennen, erleichtern sollen.

Dabei verfolgte die Parlamentarische Versammlung mit dieser Initiative von vornherein zwei Ziele. Zum einen wollten wir denjenigen unter unseren Bürgern helfen, die unter den Nachteilen der alten Staatsgrenzen am unmittelbarsten und am schwersten betroffen sind und die an diesen Wunden der Vergangenheit auch heute noch schwer zu leiden haben. Zum anderen aber sollte an den Grenzen unserer Staaten ein Beispiel für die europäische Zusammenarbeit gesetzt werden. Wir wollten zeigen, daß unsere Staaten durchaus in der Lage sind, aus den Schatten der Vergangenheit herauszutreten, bislang als unabdingbar geltende eherne Grundsätze aufzugeben und im Interesse der Menschen diesseits und jenseits der Grenzen zusammenzuarbeiten. Diese beiden Ziele, also ein praktisches und ein ideales, gelten heute, nach 15 Jahren, unverändert fort.

Herr Präsident, der Ihnen vorliegende Bericht zeigt im einzelnen die Schritte auf, die dieses Hohe Haus in den letzten anderthalb Jahrzehnten gegangen ist. Schon in dem Bericht unseres früheren langjährigen Kollegen Senator Sibille vom September 1966, in der Recommandation 470, wird vorgeschlagen, eine Konvention zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates zu verabschieden, die den Gemeinden und den anderen kommunalen und regionalen Körperschaften die Möglichkeit gibt, über die Grenzen hinweg zusammenzuarbeiten.

Dabei sollte es – das war von vornherein unsere Auffassung — nicht um ein materielles Ausnahmerecht gehen. Die Grenzregionen sollten also nicht größere Rechte bekommen als die im Innern unserer Staaten liegenden Räume. Sie sollten vielmehr in ihrer Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg genauso gestellt werden wie die Gemeinden und sonstigen Gebietskörperschaften im Landesinnern bei ihrer Zusammenarbeit. Es geht uns also nicht – das möchte ich ausdrücklich betonen – um Sonderrechte für die Grenzregionen, sondern allein darum, Nachteile auszugleichen, die aus der geschichtlichen Entwicklung unseres Kontinents erwachsen sind und unter denen heute noch viele unserer Mitbürger zu leiden haben.

Die Recommandation 470 wurde von den Fachleuten im intergouvernementalen Komitee für die kommunalen und regionalen Fragen gutgeheißen. Das Ministerkomitee hat sie im Mai 1969 allerdings abgelehnt.

Dann kam es zu einer sehr energischen Intervention unseres langjährigen Kollegen Radius hier in der Versammlung im Mai 1969. Im Verlauf der damaligen Debatte wies die Versammlung das Ministerkomitee energisch darauf hin, daß durch seine Haltung die Beziehungen zur Versammlung erheblich verschlechtert würden.

Nachdem dann verschiedene Kollegen dieses Hohen Hauses in ihren nationalen Parlamenten auf die Notwendigkeit einer besseren Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg hingewiesen hatten, zeigte sich auch im Ministerkomitee eine gewisse Diskussionsbereitschaft. Auf die Fragen in den nationalen Parlamenten hatten die Kollegen nämlich durchweg positive Antworten erfahren. Sie hatten Zustimmung erhalten; denn keine Regierung wagte es, die Probleme an den Grenzen vor der Öffentlichkeit zu verleugnen oder zu vertuschen.

Daraufhin faßte das Ministerkomitee den Beschluß, eine Studie über die Methoden der Zusammenarbeit zwischen europäischen kommunalen Körperschaften zu veranlassen.

Parallel dazu hatte diese Versammlung bereits im Januar 1969 beschlossen, ein erstes **Symposium der europäischen Grenzregionen** durchzuführen. Dieses Symposium wurde in der Resolution 472 vom Januar 1971 ausdrücklich gebilligt. Es fand im Sommer 1972 in Straßburg statt. An ihm beteiligten sich etwa 200 Repräsentanten örtlicher und regionaler Behörden und auch Experten, die aus allen Grenzregionen im Bereich des Europarats nach Straßburg gekommen waren.

Auch dieses Symposium forderte in erster Linie die Schaffung einer klaren rechtlichen Basis für die Kooperation über die Grenzen hinweg, verlangte also den Abschluß einer **europäischen Konvention.**

Unsere Versammlung nahm die Beschlüsse des ersten Symposiums zur Kenntnis.

Es folgte ein weiteres Symposium, das im Herbst 1975 in Innsbruck abgehalten wurde. Auch wenn wir die Ergebnisse dieses Symposiums lesen, können wir feststellen, daß es nach Auffassung aller Fachleute weiterhin unabdingbar ist, eine Rahmenkonvention auszuarbeiten. Auf der Grundlage dieser Rahmenkonvention sollten dann bi- oder trilaterale Verträge als Grundlage für eine rechtlich gesicherte Zusammenarbeit der kommunalen und regionalen Körperschaften in den Grenzregionen geschlossen werden.

Auch die Ergebnisse dieses zweiten Symposiums hat die Versammlung gebilligt und an das Ministerkomitee weitergeleitet. Wir haben damals in diesem Hause das Komitee aufgefordert, das zuständige Kooperationskomitee mit der Ausarbeitung einer solchen Rahmenkonvention zu beauftragen.

Parallel dazu hatte zwischenzeitlich die Konferenz der Europäischen Kommunalminister im November 1975 auf Vorschlag der französischen Regierung beschlossen, ebenfalls die Ausarbeitung einer solchen Konvention zu fordern. Die Kommunalminister wiederholten diese Forderung in ihrer zweiten Sitzung im November 1976 und wiesen darauf hin, daß ohne eine gesicherte rechtliche Basis eine Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg nicht möglich sei.

Nunmehr, nachdem die Initiativen von verschiedenen Seiten kamen, hat auch das Ministerkomitee seinen Widerstand gegen eine solche Konvention

aufgegeben und uns im Mai dieses Jahres den Entwurf einer Rahmenkommission zugeleitet. Es ist der Entwurf, der Ihnen inzwischen vorliegt.

Verzeihen Sie mir bitte, Herr Präsident, daß ich den bisherigen Weg unserer Bemühungen etwas langatmig geschildert habe. Das erschien mir aber vor allem deshalb unabdingbar, um auch einmal vor aller Öffentlichkeit klarzumachen, wo die Verantwortung für diese außerordentlich lange Dauer des Verfahrens liegt.

Der uns heute vorliegende Entwurf erfüllt bei weitem nicht alle Forderungen, die die Versammlung und die auch die unmittelbar Betroffenen an eine solche Rahmenkonvention gestellt haben. Es ist ein erster, ein sehr kleiner Schritt, und manchem unter uns scheint dieser Schritt zu kurz zu sein. Die Rahmenkonvention läßt viele Fragen offen, und sie ermöglicht weitgehend eine Interpretation im Lichte der nationalen Gesetzgebungen. Diese Rahmenkonvention wird mit Sicherheit auch nicht zu übereinstimmenden Regelungen in den verschiedenen Grenzregionen führen, und sie wird die Probleme der Menschen an den Grenzen nicht von heute auf morgen lösen können.

Gleichwohl sollten wir diesen ersten kleinen Schritt begrüßen. Wir sollten – auch in unserer Eigenschaft als nationale Parlamentarier – bei unseren Regierungen darauf hinwirken, daß wenigstens dieser kleine Schritt jetzt getan und die Konvention möglichst bald ratifiziert und in Kraft gesetzt wird.

Den sachlichen Inhalt des Konventionsentwurfs, der Ihnen vorliegt, möchte ich hier nicht in Ausführlichkeit wiederholen. Sie sehen aus dem Entwurf – ich habe das im Bericht im einzelnen dargestellt –, daß es drei Formen der Kooperation über die Grenzen hinweg geben soll: eine Studien- und Koordinierungsgruppe, einen Vertrag über Leistungen und Zusammenarbeit und schließlich eine Vereinigung, ein Syndikat der gemeindlichen Körperschaften.

Die Studien- und Zusammenarbeitsgruppe ist dabei eine sehr lockere Form der Zusammenarbeit, die die Beteiligten weniger rechtlich als politisch oder moralisch verpflichtet.

Die zweite Form, der Vertrag über Zusammenarbeit und Leistungen ist da schon konkreter und verlangt bestimmte Leistungen der Vertragschließenden, die auch rechtlich geltend gemacht werden können.

Die Vereinigung der Kommunalkörperschaften oder das interkommunale Syndikat schließlich ermöglicht es, auch wichtigste Aufgaben gemeinsam zu erfüllen, gemeinsame Einrichtungen zu betreiben und gemeinschaftliches Personal zu haben. Hier bilden also die beteiligten Gebietskörperschaften eine neue juristische Person, deren Recht sich nach dem Recht des Sitzstaates richtet. Weil diese dritte Form der Zusammenarbeit zu einer sehr engen Verbindung über die Grenzen hinweg zwingt und weil sich hierbei auch Kollisionen mit innerstaatlichem Recht nicht von vornherein ausschließen lassen, sieht der Konventionsentwurf vor, daß diese dritte Form der Zusammenarbeit durch einen Vorbehalt des einen oder anderen Staates für seine Gebietskörperschaften ausgeschlossen werden kann.

Herr Präsident, darum also geht es, um nicht mehr. Gleichwohl meine ich, wir sollten alles daransetzen, das Ratifizierungsverfahren so schnell wie möglich einzuleiten und zu einem positiven Abschluß zu bringen. Es wird jetzt an uns Parlamentariern liegen, ob dieser Entwurf bald seine begrenzten Wirkungen in der politischen Realität an unseren Grenzen entfalten wird oder nicht.

Wir alle versprechen uns von dieser Konvention, die uns heute im Entwurf vorliegt, keine Wunder. Sie wird – ich sage es noch einmal – die Probleme der Menschen an den Grenzen nicht lösen, sie wird sie allerdings – so hoffen wir – erleichtern.

Dr. Schäuble (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Rechtsausschuß unterstützt die von Herrn Kollegen Ahrens in seinem sehr abgewogenen Bericht vertretene Auffassung, daß der vom Ministerrat vorgelegte Entwurf einer **Rahmenkonvention über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit kommunaler Behörden** einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung darstellt, daß aber dieser Schritt wesentlich hinter dem zurückbleibt, was diese Versammlung beispielsweise in ihrer Empfehlung Nr. 470 von 1966 gefordert hat.

Zunächst erscheint uns entscheidend, daß sich die Regierungen zum erstenmal auf eine Rahmenkonvention, die diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit der kommunalen Behörden will, geeinigt haben. Deswegen ist, ungeachtet aller Mängel, die diese Rahmenkonvention noch enthält, zu begrüßen, daß damit der Weg, die Zusammenarbeit kommunaler Behörden auf eine rechtlich gesichertere Grundlage zu stellen, eröffnet ist. Wir glauben, daß dies für die Menschen in Grenzregionen einen wichtigen Fortschritt darstellt.

Der Entwurf der Rahmenkonvention bleibt hinter unserer Empfehlung von 1966 vor allem deshalb zurück, weil sich der Ministerrat eben nur auf den Entwurf einer Rahmenkonvention einigen konnte, während unser Entwurf von 1966 den betroffenen kommunalen Behörden der Signatarstaaten unmittelbar die Möglichkeit geben wollte, untereinander die im Entwurf vorgesehenen Vertragstypen über verschiedene Formen grenzüberschreitender Zusammenarbeit abzuschließen. Die Rahmenkonvention beschränkt sich auf die grundsätzliche Bereitschaftserklärung, grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu erleichtern und zu fördern und auf den Abschluß von bi- oder multilateralen Verträgen hinzuwirken, die den betroffenen Kommunen die Möglichkeit geben sollen, zunächst im Rahmen der angebotenen Vertragstypen Verträge über die jeweils gewünschten Formen der Zusammenarbeit unter strenger Beachtung ihrer jeweiligen nationalen Kompetenz zu schließen. Der Entwurf läßt jedoch die Möglichkeit offen, die angebotenen Vertragstypen auf Vorschlag eines Signatarstaates zu ergänzen, wobei man, Herr Präsident, diese evolutive Komponente wohl nicht überschätzen darf; denn

die Erfahrungen, die Kollege Ahrens eben aufgezeigt hat, machen deutlich, wie schwierig es ist, sich auf eine solche zusätzliche Komponente zu einigen, die nach dem Entwurf auch der Zustimmung des Ministerrates bedarf.

In Anbetracht der verminderten rechtlichen Bindungswirkung des jetzt vorgelegten Entwurfs ist es zu begrüßen, daß der Ministerrat seinem Entwurf in einem Anhang Muster der möglichen Vertragstypen beigegeben hat. Wir können nur der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß die Signatarstaaten möglichst bald von diesen angebotenen Vertragstypen Gebrauch machen und so die Möglichkeit für die kommunalen Behörden zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit schaffen.

Der Rechtsausschuß hat bei seiner Prüfung der vom Ministerrat vorgelegten Konvention sehr bedauert, daß in diesem Entwurf zahlreiche Begriffe verwendet werden, die außerordentlich unverbindlich sind, so daß diese Rahmenkonvention bezüglich ihrer Durchsetzungskraft nicht von zu hohen Erwartungen begleitet werden darf.

Natürlich hat der Rechtsausschuß bei seiner Prüfung auch bedacht, daß die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von kommunalen Behörden die staatliche Souveränität nicht verletzen soll. Aber, Herr Präsident, es bleibt die Frage, ob etwa die Zusammenarbeit der Feuerwehren der Städte Straßburg und Kehl im Falle eines Großbrandes wirklich die Souveränität der Staaten Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland gefährden könnte.

Es muß auch gesagt werden, daß die tatsächlichen Entwicklungen, etwa auf dem Gebiet des Umweltschutzes – denken wir an den nächsten Punkt der Tagesordnung, bei dem es um die Rheinverschmutzung geht – faktisch grenzüberschreitende Wirkungen haben, die die Souveränität der Staaten beschränken, so daß die Zusammenarbeit im Grunde eher einer gemeinsamen Wiederherstellung der Integrität dieser Grenzräume dient.

Meine verehrten Damen und Herren, der Rechtsausschuß schlägt Ihnen vor, den Entschließungsentwurf, den Kollege Ahrens vorgetragen hat, in zwei Punkten zu ergänzen. Herr Präsident, um Zeit zu sparen, darf ich vielleicht diese beiden Änderungsanträge gleich hier mit einbeziehen.

Im Änderungsantrag Nr. 1 möchten wir gern zum Ausdruck bringen, daß wir die Unverbindlichkeit der verwendeten Begriffe bedauern. Mit dem Änderungsantrag Nr. 2 möchten wir den Ministerrat ermuntern, einen weiteren Schritt zu tun und sich bei diesem weiteren Schritt die Übereinkunft zum Vorbild zu nehmen, die die skandinavischen Staaten am 26. Mai 1977 getroffen haben, weil darin den kommunalen Behörden ausdrücklich das Recht zuerkannt ist, mit den lokalen Behörden auf der anderen Seite der Grenze im Rahmen ihrer Kompetenzen zusammenzuarbeiten. Wir meinen, daß dies der entscheidende Schritt ist, der als nächster auf den grundsätzlich begrüßenswerten Entwurf, den uns der Ministerrat jetzt zur Begutachtung vorgelegt hat, folgen sollte.

Meine Damen und Herren, grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist ein Beitrag zum Abbau der Benachteiligungen, denen Menschen in Grenzräumen ausgesetzt sind. Diese Versammlung sollte sich in dem Willen einig sein, daß uns der vorliegende Entwurf einer Rahmenkonvention Anlaß geben muß, unsere Bemühungen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu verbessern, weiter und mit größtmöglichem Nachdruck fortzusetzen.

Schlußwort des Berichterstatters und Ausschußvorsitzenden

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will es ganz kurz machen.

Der Bericht hat in allen Diskussionsbeiträgen Zustimmung erfahren. Von allen Rednern ist zugleich bemängelt worden, daß der Konventionsentwurf nicht weitergeht. Das war genau das, was Herr Kollege Schäuble und ich als Berichterstatter zum Ausdruck gebracht haben.

Ich bin Señor Verde sehr dankbar für den Hinweis auf die Notwendigkeit, im Gebiet der **Pyrenäen** zusammenzuarbeiten. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß der Ausschuß in zwei Wochen in Spanien sein wird und daß im Anschluß an die Ausschußsitzung auch eine Sitzung eines Komitees stattfinden wird, das sich mit der Frage der Zusammenarbeit über die Pyrenäen hinweg beschäftigt. Ich hoffe, daß wir auch dort bald zu praktikablen Vorschlägen kommen, wie es auch in anderen Bereichen, etwa im Alpenraum, geschehen ist.

Herrn Kollegen Lien bin ich ganz besonders dankbar für die Mitteilung der positiven Erfahrungen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den nordischen Staaten. Ich glaube, wir sollten die Zusammenarbeit, die jetzt im Gebiet des **Nordischen Rates** installiert ist, aufmerksam verfolgen und sie auf weitere Gebiete Europas übertragen.

Herrn Wilhelm danke ich für den Hinweis auf die Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit zwischen solchen Gemeinden, deren Staaten einen unterschiedlichen Staatsaufbau haben. Ich weiß, das ist außerordentlich schwierig. Dabei gibt es nicht nur das Problem des Föderalismus und des Zentralismus, dabei geht es vor allem um die Frage, in welcher Weise die Gemeinden in dem einen oder dem anderen Staat in den Gesamtaufbau der öffentlichen Verwaltung und des öffentlichen Geschehens eingebaut sind, welche Selbständigkeit sie haben, was sie selbst entscheiden können und was bei der Zentrale entschieden wird. Es geht um die Fragen ihrer Finanzausstattung und um viele andere Probleme. Wir wissen, daß das schwierig ist, aber wir meinen, daß diese Schwierigkeiten überwindbar sind.

Herr Präsident, wenn ich mit Ihrem Einverständnis gleich auf die beiden Amendments eingehen darf, die von dem Kollegen Schäuble vorgetragen worden sind: Der Kommunalausschuß hat sich mit diesen Amendments nicht befaßt. Aber ich kann als Berichterstatter und als Vorsitzender sagen, daß

sowohl das erste wie das zweite Amendment ganz auf der Linie unserer Absichten liegt. Ich würde also auch aus der Sicht unseres Ausschusses bitten, diese Amendments anzunehmen und dadurch unseren Bericht zu verbesern.

Zum Abschluß, Herr Präsident, darf ich vielleicht noch sagen: Wir wissen, daß wir nur einen sehr kleinen Schritt tun. Es bleibt weiterhin nötig, daß auch dieses Haus, der Europarat, die Entwicklung an den Grenzen sehr eingehend verfolgt. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur an eine Forderung erinnern, die wir in diesem Hause nun schon seit sieben oder acht Jahren erheben: die Einrichtung einer **Informationsstelle für Grenzregionen** hier beim Europarat. Wir sollten uns darüber klar sein, daß wir diese Forderung nicht unter den Tisch fallen lassen dürfen, sondern sie auch bei allen Haushaltsberatungen immer wieder erneut stellen müssen, weil wir meinen, daß die Zusammenarbeit in den Grenzregionen durch eine solche Kontaktstelle, eine solche Clearing-Stelle, wie wir das mit einem Arbeitstitel genannt haben, sehr stark gefördert werden könnte. Deshalb sollte auch bei dieser Gelegenheit heute an diese alte Forderung erinnert werden. – Ich danke, Herr Präsident.

Stellungnahme 96

betr. den Entwurf einer Europäischen Rahmenkonvention über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften oder Gemeinden

Die Versammlung

1. betont die Bedeutung, die sie der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa beimißt;

2. erinnert an ihre Entschließung 470 (1966) über den Entwurf einer Konvention über die europäische Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften;

3. begrüßt den vom Ministerkomitee fertiggestellten Entwurf einer Europäischen Rahmenkonvention über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften oder Gemeinden, und dankt ihm für die Übermittlung zur Stellungnahme;

4. bedauert, daß sich die Fertigstellung dieses Dokuments so übergebührlich in die Länge gezogen hat und daß der Text des Ministerkomitees so weit hinter den im Entwurf der Versammlung gesetzten Zielen zurückbleibt;

5. bedauert, daß die Rahmenkonvention zahlreiche äußerst vage Termini enthält und daß es der Konvention damit an Präzision und Verbindlichkeit mangelt;

6. Ist jedoch der Überzeugung, daß die Annahme der Rahmenkonvention für die europäische Zusammenarbeit und vor allem für die Entwicklung einer echten Solidarität unter den Bürgern Europas einen beträchtlichen Schritt nach vorne darstellt;

7. ist der Auffassung, daß die in diesem Text formulierten Prinzipien eine Basis für eine neue Doktrin des Völkerrechts bieten können, die die nachbarlichen Beziehungen über die Grenzen hinaus und die Aufteilung der Zuständigkeiten unter den Gebietskörperschaften regelt;

8. befürwortet den Entwurf einer europäischen Rahmenkonvention über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften oder Gemeinden;

9. bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß sich das Ministerkomitee in seiner Entscheidung über diesen Entwurf für folgendes ausspricht:

   a) die Rahmenkonvention vor Ende des Jahres zur Unterzeichnung der Mitgliedstaaten aufzulegen und sie aufzufordern, unverzüglich das Ratifizierungsverfahren einzuleiten;

   b) darauf zu achten, daß Vorkehrungen getroffen werden, damit ab 1980 unter den Mitgliedstaaten und den betreffenden Gemeinde- und Regionalbehörden nach Maßgabe der Konvention (Artikel 1, 6, 7 und 8) Informationen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verteilt werden können;

   c) dabei frühere Empfehlungen der Versammlung, der Konferenz der europäischen Raumordnungsminister (CEMAT), der Konferenz der Minister für Kommunalverwaltung und des Lenkungsausschusses für Kommunal- und Regionalfragen zu berücksichtigen;

   d) den Ausschuß für die Zusammenarbeit in Kommunal- und Regionalfragen zu beauftragen, innerhalb von drei Jahren nach Inkrafttreten der Rahmenkonvention ein Protokoll vorzubereiten, das den Gebietskörperschaften oder Gemeinden eindeutig das Recht auf grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Sinne der Skandinavischen Konvention vom 26. Mai 1977 über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zuerkennt.

Tagesordnungspunkt:

Wasserverschmutzung im Rheinbecken

(Drucksache 4403)

Berichterstatter: Abg. Jung

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident! Gestatten Sie mir einige ganz kurze Bemerkungen.

Ich habe an dem Symposium von Anfang bis Ende teilgenommen. Ich war Generalberichterstatter des Symposiums. Ich erinnere mich an seinen Ablauf sehr gut.

Ich möchte deshalb Herrn Kollegen Jung für seinen Bericht ganz besonders danken, einen Bericht, der den Ablauf des Symposiums sehr objektiv wiedergibt und an Ausgewogenheit nicht zu übertreffen ist; das möchte ich mit allem Nachdruck feststellen.

Das Symposium hat zwei Dinge ergeben. Erstens: Wir sind allzumal Sünder. Der Rhein wird auch heute noch von allen Anliegerstaaten weithin als Kloake benutzt. Zweitens kam in dem Symposium zum Ausdruck: Wenn wir uns gemeinsam anstrengen, kann dieser Zustand verbessert werden. Das Chemieabkommen hat heute bereits zu Besserungen geführt. Deshalb das Bedauern, daß es mit dem Chloridabkommen nicht weitergeht.

Die Gegensätze, die hier heute in der Versammlung zum Ausdruck gekommen sind, Herr Präsident, waren ähnlich, wenn auch in schärferer Form in dem Symposium zu spüren. Einer der französischen Kollegen hat – allerdings mit gewisser Übertreibung – gesagt, er komme sich vor, als wenn zwischen Frankreich und den Niederlanden Fußball gespielt werde. Das war natürlich übertrieben, denn wer spielt schon gern gegen die Niederlande Fußball!

Ich glaube, Herrn Kollegen Jung ist es sehr gut gelungen, die Substanz des Symposiums in seinem Bericht einzufangen.

Auch bei der Durchführung des Chloridabkommens beißen wir uns nicht an einer Lösung fest, meinen aber, daß die Salzbelastung des Flusses möglichst bald vermindert werden muß.

Herr Grussemeyer hat vorhin von einem Interessenkartell gesprochen. Ja, es ist ein Interessenkartell. Es ist aber nicht gegen Frankreich gerichtet, sondern es ist ein Interessenkartell aller Anliegerstaaten, das zum Ziel hat, den schlechten Zustand des **Rheinwassers,** der zu akuten Gefährdungen vieler Millionen Europäer führen kann, zu verbessern. Daran sollten wir alle mitwirken.

Ich möchte Sie im Namen des Ausschusses bitten, dem Bericht Ihre Zustimmung zu geben.

Empfehlung 882

betr. Wasserverschmutzung im Rheinbecken

Die Versammlung

...

...

10. empfiehlt dem Ministerkomitee:

a) die Regierungen der Anrainerstaaten des Rheins aufzufordern, das Abkommen zum Schutz des Rheins gegen chemische Verschmutzung und das Abkommen zum Schutz des Rheins gegen Chloridverschmutzung, die 1976 in Bonn unter der Schirmherrschaft der Internationalen Kommission zum Schutze des Rheins gegen Verschmutzung unterzeichnet wurden, unverzüglich anzuwenden;

b) die Regierungen der Anrainerstaaten des Rheins aufzufordern, die Verhandlungen wiederaufzunehmen, damit durch die Annahme umfassenderer Maßnahmen, einschließlich Empfehlungen in bezug auf die Vermarktung und Lagerung von Salz, die Verschmutzung des Rheins durch Chloride weiter verringert werden kann;

c) die Regierungen der Anrainerstaaten des Rheins, die der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins gegen Verschmutzung nicht angehören, aufzufordern, dieser Organisation beizutreten oder sich an ihrer Arbeit in anderer Weise zu beteiligen;

d) alle Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern, Maßnahmen zu beschließen, die die Verwendung von Phosphaten in Waschmitteln und landwirtschaftlichen Düngemitteln strikt einschränken;

e) den Entwurf einer Europäischen Konvention zum Schutz der internationalen Wasserläufe gegen Verschmutzung bis Ende des Jahres ohne Einschränkung des *Geltungs*bereichs festzustellen und die Konvention im Frühjahr 1980 zur Unterzeichnung der Regierungen aufzulegen.

Berichtigung

In der Drucksache 8/3046 — Unterrichtung durch die Deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates — vom 6. Juni 1979 muß es in der „Erklärung über die Polizei A. Ethische Pflichten" (Seite 5 Nr. 7) „Befehl" statt „Anordnung" heißen.